



## VERGABEUNTERLAGEN

053-25-EK7

Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim

Offenes Verfahren (EU) (VOB)

Ausschreibung

AUFTRAGGEBER

MV Mannheimer Verkehr GmbH

Möhlstr.27, 68165 Mannheim, Deutschland

---

25.02.2025

# Inhaltsverzeichnis

Vergabeunterlagen .....	1
Projektinformation .....	1
Vertragsbedingungen/Formulare .....	3
Verfahrensinformation .....	3
211_EU_Aufforderung_zur_Abgabe_eines_Angebots.pdf .....	3
212_EU_Teilnahmebedingungen.pdf .....	7
216_Verzeichnis_der_vorzulegenden_Unterlagen.pdf .....	10
Untitled .....	11
Baubeschreibung und Vertragsbedingungen .....	12
02_Baubeschreibung_für_Ausschreibungszwecke .....	12
053-25-EK7_Vertragsgrundlagen .....	48
214_Besondere_Vertragsbedingungen.pdf .....	49
Zusätzliche Vertragsbedingung_Schrotterlöse .....	51
Anlage Merkblatt Elektronische Rechnung .....	52
AnschiebenPDF Rechnung .....	52
Anforderungen PDF-Rechnung .....	53
RNV_Datenschutzinformation .....	55
Auszufüllende Formblätter .....	61
213_ohne_Lose_Angebotsschreiben.pdf .....	61
124_Eigenerklärung.pdf .....	64
234_Erklärung Bieter_Arbeitsgemeinschaft .....	67
235_Verzeichnis der Leistungen_Kapazitäten anderer Unternehmen .....	68
221_Preisermittlung_Zuschlagskalkulation .....	69
222_Preisermittlung_Kalkulation_Endsumme .....	71
Russland-Sanktionen .....	73
RS_EU_Sanktion_bmwsb_eigenerklärung .....	73
Rundschreiben_2022-04-14_BWI7_70904_21_Sanktionen .....	75
I. EU-Sanktionen gegen Russland .....	75
II. Verbot der Auftragsvergabe .....	75
III. Fortführung bestehender Verträge .....	76
IV. Ausnahmen .....	76
V. Zuwendungsbau .....	77
VI. Inkrafttreten .....	77
LTMG - Baden-Württemberg .....	78
Merkblatt über die Abgabe der Verpflichtungserklärung .....	78
Verpflichtungserklärung Arbeitnehmer-Entsendegesetz.pdf .....	87
Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt .....	89
Besondere Vertragsbedingungen .....	91
Produkte/Leistungen .....	95

Eignungskriterien.....	98
Leistungskriterien .....	104
Anlagen .....	105

## INFORMATIONEN ZUR AUSSCHREIBUNG



Es ist beabsichtigt, die in anliegender Leistungsbeschreibung bezeichneten Leistungen im Namen und für Rechnung des unten angegebenen Auftraggebers zu vergeben. Einzelheiten ergeben sich aus den Vergabeunterlagen.

## INFORMATIONEN

### ALLGEMEIN

Auftragsnummer	053-25-EK7
Maßnahme	O331
Auftragsbezeichnung	Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddeshheim
Auftragsbeschreibung	Es ist beabsichtigt die Gleisanlage entlang der OEG Strecke 9403 vor Wendeschleife Heddeshheim in zwei Teilabschnitten zwischen Wallstadt und Heddeshheim zu erneuern. Die hier ausgeschriebene Gesamtbaumaßnahme gliedert sich in zwei Teilabschnitte auf, es handelt sich um die Erneuerung von zwei eingleisigen Abschnitten mit einer Gesamtlänge von ca. 955m. Der Streckenabschnitt West beträgt ca. 510m und der Streckenabschnitt Ost ca. 445m. Die vorhandene Gleisanlage besteht zum größten Teil aus Schottergleis (S41) mit Beton- bzw. Holzschwellen. Dieser wird vollständig zurückgebaut und durch ein offenes Schottergleis (49E1) mit Betonschwellen ersetzt. Die Gesamtbaumaßnahme umfasst im Wesentlichen: - Rückbau der bestehenden Gleisanlage (Schienenprofil S41) und Schwellen. - Abladen von Gleisstoffmaterialien (Schienen, Spannbetonschwellen und Sicherungskappen) - Erneuerung des Gleises (Vignolschiene im offenen Schottergleis) auf Spannbetonschwelle einschließlich Erdarbeiten und Bahnschotter - Aus- und Wiedereinbau des bestehenden Gleises (49E1) - Austausch von Betonschwellen im Bereich des wiederhergestellten Gleises - Einbau von Sicherungskappen in Radienbereichen - Lieferung und Einbau von Kammerfüllelemente für die Bahnübergänge - Erneuerung der Bahnübergänge - Stopf- und Richtarbeiten - Verkehrssicherungsmaßnahmen für die gesamte Baumaßnahme

### VERFAHREN

Auftraggeber	MV Mannheimer Verkehr GmbH
Weitere Auftraggeber	
Auftraggebertyp	Öffentlicher Auftraggeber
Liefer-/Ausführungsort	68542 Heddeshheim
Leistungsart	Bauleistung
Vergabeart	Offenes Verfahren (EU) (VOB)

### VERFAHRENSEIGENSCHAFTEN

Losweise Vergabe	Nein																
Art der losweisen Vergabe																	
Höchstzahl der Lose pro Angebot																	
Zuschlagskriterium	Niedrigster Preis																
Klassifizierungen	<table><thead><tr><th>Code</th><th>Bezeichnung</th></tr></thead><tbody><tr><td>45221250-9</td><td>Tiefbauarbeiten, außer Tunneln, Schächten und Unterführungen</td></tr><tr><td>45233120-6</td><td>Straßenbauarbeiten</td></tr><tr><td>45234116-2</td><td>Gleisbauarbeiten</td></tr><tr><td>45234120-3</td><td>Stadtbahnarbeiten</td></tr><tr><td>45234121-0</td><td>Straßenbahnarbeiten</td></tr><tr><td>45234126-5</td><td>Bauarbeiten für Straßenbahnlinien</td></tr><tr><td>45234129-6</td><td>Stadtbahnbauarbeiten</td></tr></tbody></table>	Code	Bezeichnung	45221250-9	Tiefbauarbeiten, außer Tunneln, Schächten und Unterführungen	45233120-6	Straßenbauarbeiten	45234116-2	Gleisbauarbeiten	45234120-3	Stadtbahnarbeiten	45234121-0	Straßenbahnarbeiten	45234126-5	Bauarbeiten für Straßenbahnlinien	45234129-6	Stadtbahnbauarbeiten
Code	Bezeichnung																
45221250-9	Tiefbauarbeiten, außer Tunneln, Schächten und Unterführungen																
45233120-6	Straßenbauarbeiten																
45234116-2	Gleisbauarbeiten																
45234120-3	Stadtbahnarbeiten																
45234121-0	Straßenbahnarbeiten																
45234126-5	Bauarbeiten für Straßenbahnlinien																
45234129-6	Stadtbahnbauarbeiten																

### ANGEBOTE

Mehrere Hauptangebote zugelassen	Mehrere Hauptangebote sind zulässig
Nebenangebote	Nebenangebote sind nicht zugelassen
Nachlass	Ja
Skonto zugelassen	Nein
Skonto Zahlungsziel	Tag(e)
Verwendung elektronischer Mittel	Die Einreichung der Angebote/Teilnahmeanträge darf nur elektronisch erfolgen
URL für elektronische Angebote	<a href="http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_off">http://www.deutsche-everg.abe.de/Dashboards/Dashboards_off</a>
Zulässige Signaturen	Textform nach §126b BGB

### SONSTIGE ANGABEN



Vertragsart	Bestellung
-------------	------------

## TERMINE

### ALLGEMEIN

Vorausgegangene Vorinformation	Nein
Besondere Dringlichkeit	Nein

### BEKANNTMACHUNG

Vorinformation	
Bekanntmachung	28.02.2025

### ANGEBOTE UND BEWERTUNG

Angebotsfrist	31.03.2025 10:00:00
Frist Bieterfragen	21.03.2025 10:00
Eröffnungstermin	
Bindefrist	30.05.2025
Versand Vorabinformation	19.05.2025

### AUFTRAGSDAUER

Beginn	01.09.2025
Ende	30.09.2025
Anmerkungen	

## ELEKTRONISCHE TEILNAHME

Bitte melden Sie sich auf der Bekanntmachungsplattform unter [http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off) mit Ihrem Benutzernamen und Ihrem Passwort an.

Sofern Sie im System noch nicht registriert sind, können Sie dies auf der Plattform vornehmen. Die Registrierung ist kostenfrei.

Anschließend können Sie auf der Startseite bspw. nach dem Titel des Verfahrens über die Direktsuche als Suchbegriff suchen. Folgen Sie anschließend der Anleitung im System, um an dem Verfahren teilzunehmen.

## BIETERFRAGEN

Bieterfragen müssen bis spätestens 21.03.2025 10:00 Uhr eingegangen sein.  
Für später eingehende Fragen wird deren Beantwortung nicht zugesichert.  
Bieterfragen müssen unter "Nachrichten" im eVergabe Bieterassistenten gestellt, sowie Antworten dort geprüft werden.  
Den Assistenten erreichen Sie unter folgender Adresse: [http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard\\_off](http://www.deutsche-evergabe.de/Dashboards/Dashboard_off)  
Fragen auf anderen Kommunikationswegen, wie telefonische, schriftliche oder E-Mail Anfragen werden nicht beantwortet.

**Hinweis:** Sie erhalten unmittelbar nach Beantwortung einer Bieterfrage eine Benachrichtigung per E-Mail über das Vorliegen von Antworten im Bieterassistenten. Sie müssen daher alle Antworten im Assistenten prüfen und dort zur Kenntnis nehmen.

Vergabestelle

MV Mannheimer Verkehr GmbH

Möhlstr.27

68165 Mannheim

Deutschland

Vergabeart

- ☒ offenes Verfahren  
 nicht offenes Verfahren  
 Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb  
 Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb  
 wettbewerblicher Dialog  
☐ Innovationspartnerschaft

Ablauf der Angebotsfrist

Datum

31.03.2025

Uhrzeit

10:00:00

Bindefrist endet am

30.05.2025

**Aufforderung zur Abgabe eines Angebots**

(Vergabeverfahren gem. Abschnitt 2 VOB/A)

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer

Baumaßnahme

O331

Vergabenummer

Leistung

053-25-EK7

Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim

**Anlagen****A) die beim Bieter verbleiben und im Vergabeverfahren zu beachten sind**

- ☒ 212 EU Teilnahmebedingungen EU (Ausgabe 2019)  
☒ 216 Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen  
☐ 226 Mindestanforderungen an Nebenangebote  
☐ 227 Zuschlagskriterien  
☐ 242 Instandhaltung  
☐ Informationen zur Datenerhebung  
☐  
☐  
☐

**B) die beim Bieter verbleiben und Vertragsbestandteil werden**

- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Baubeschreibung, Pläne, sonstige Anlagen  
☒ 214 Besondere Vertragsbedingungen  
☐ 225 Stoffpreisgleitklausel  
☐ 228 Nichteisenmetalle  
☐ 241 Abfall  
☐ 244 Datenverarbeitung  
☒ Anlage Merkblatt Elektronische Rechnung  
☒ RNV Datenschutzinformation  
☐  
☐  
☐  
☐

**C) die, soweit erforderlich, ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind**

- ☒ 213 Angebotsschreiben
- ☒ Teile der Leistungsbeschreibung: Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm
- ☒ 124 Eigenerklärung zur Eignung
- ☒ 221/222 Angaben zur Preisermittlung entsprechend Formblatt 221 oder 222
- ☐ 224 Angebot Lohngleitklausel
- ☒ 234 Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☒ 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Vertragsformular für Instandhaltung: \_\_\_\_\_
- ☒ Eigenerklärung Russlandsanktionen \_\_\_\_\_
- ☒ Eigenerklärungen Landestarif- und Mindestlohngesetz \_\_\_\_\_
- ☐ \_\_\_\_\_

**D) die ausgefüllt auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle einzureichen sind**

- ☐ 223 Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☐ 236 Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- ☐ \_\_\_\_\_
- ☐ \_\_\_\_\_

**1 Es ist beabsichtigt, die in beigefügter Leistungsbeschreibung bezeichneten Bauleistungen im Namen und für Rechnung**

MV Mannheimer Verkehr GmbH  
Möhlstraße 27  
68165 Mannheim

zu vergeben.

**Es ist beabsichtigt, die in beigefügtem Vertragsformular bezeichneten Instandhaltungsleistungen im Namen und für Rechnung**

zu vergeben.

**2 Kommunikation**

Die Kommunikation erfolgt

- ☒ elektronisch über die Vergabeplattform
- ☐ auf andere Weise (schriftlich/Textform)
- ☐ in Kombination: bis zur Angebotsöffnung elektronisch über die Vergabeplattform; danach schriftlich oder in Textform

Stelle

Rhein-Neckar-Verkehr GmbH

Straße Möhlstraße 27

PLZ/Ort 68165 Mannheim

Fax +49 6214653111

E-Mail vergabe@rnv-online.de

**3 Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)****3.1 Folgende Unterlagen sind mit dem Angebot einzureichen:**

- ☒ siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen
- ☐ \_\_\_\_\_
- ☐ \_\_\_\_\_

**3.2 - frei -****3.3 Nachforderung**

Fehlende Unterlagen, deren Vorlage mit dem Angebot gefordert war, werden

- ☒ nachgefordert.  
☐ teilweise nachgefordert, und zwar folgende Unterlagen:

---

☐ nicht nachgefordert.

**3.4 Folgende Unterlagen sind auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle vorzulegen**

- ☒ siehe Formblatt Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen

☐ \_\_\_\_\_

☐ \_\_\_\_\_

**4 Losweise Vergabe**

- ☒ nein  
 ja, Angebote sind möglich für  
☐ alle Lose (alle Lose müssen angeboten werden)  
☐ eine maximale Anzahl an Losen: siehe Bekanntmachung oder Aufforderung zur Interessensbestätigung  
☐ nur ein Los

bei zugelassener Angebotsabgabe für mehr als ein Los:

- ☐ Beschränkung der Zahl der Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhalten kann  
☐ Höchstzahl: siehe Bekanntmachung bzw. Aufforderung zur Interessensbestätigung  
☐ Bedingungen zur Ermittlung derjenigen Lose, für die ein Bieter den Zuschlag erhält, falls sein Angebot in mehr Losen das wirtschaftlichste ist als der angegebenen Höchstzahl an Losen

**5 Mehrere Hauptangebote**

Die Abgabe von mehr als einem Hauptangebot ist

- ☒ zugelassen.  
 Werden mehrere Hauptangebote abgegeben, muss jedes aus sich heraus zuschlagsfähig sein.  
 § 13 EU Absatz 1 Nummer 2 VOB/A gilt für jedes Hauptangebot.  
☐ nicht zugelassen.

**6 Nebenangebote**

- 6.1** ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen, Nummer 4 der Teilnahmebedingungen EU gilt nicht.  
**6.2** ☐ Nebenangebote sind zugelassen (siehe auch Nummer 4 der Teilnahmebedingungen EU) - ausgenommen Nebenangebote, die ausschließlich Preisnachlässe mit Bedingungen beinhalten -  
☐ für die gesamte Leistung  
☐ nur für nachfolgend genannte Bereiche:

☐ mit Ausnahme nachfolgend genannter Bereiche:

unter folgenden weiteren Bedingungen:

- ☐ nur in Verbindung mit einem Hauptangebot  
☐

**7 Angebotswertung**

Kriterien für die Wertung der Haupt- und ggf. Nebenangebote

☒ Zuschlagskriterium Preis

Der Preis wird aus der Wertungssumme des Angebotes ermittelt.

Die Wertungssummen werden ermittelt aus den nachgerechneten Angebotssummen, insbesondere unter Berücksichtigung von Nachlässen, Erstattungsbetrag aus der Lohngleitklausel, Instandhaltungsangeboten.

☐ Mehrere Zuschlagskriterien gemäß Formblatt Zuschlagskriterien

Werkstätten für Behinderte wird bei der Berechnung der Wertungssumme ein Bonus von 15 Prozent eingeräumt.

Ist ein Angebot, das von einer Werkstatt für Behinderte abgegeben wurde, ebenso wirtschaftlich wie ein anderes Angebot, so wird der Zuschlag auf das Angebot der Werkstatt für Behinderte erteilt.

Der Nachweis der Eigenschaft als Werkstätte für Behinderte ist mit dem Angebot zu führen.

**8 Zugelassene Angebotsabgabe**

☒ Elektronisch

☒ in Textform ☐ mit fortgeschrittener/m Signatur/Siegel ☐ mit qualifizierter/m Signatur/Siegel

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform muss der Bieter zu erkennen sein; falls vorgegeben, ist das Angebot mit der geforderten Signatur/dem geforderten Siegel zu versehen.

Das Angebot ist zusammen mit den Anlagen bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform der Vergabestelle zu übermitteln.

☐ Schriftlich

Das beigelegte Angebotsschreiben ist zu unterzeichnen und zusammen mit den Anlagen in verschlossenem Umschlag bis zum Ablauf der Angebotsfrist an folgende Anschrift zu senden oder dort abzugeben:

☐ siehe Briefkopf

☐ Stelle:

Der Umschlag ist außen mit Namen (Firma) und Anschrift des Bieters und der Angabe

„Angebot für

Maßnahmennummer:	Baumaßnahme: O331
Vergabenummer: 053-25-EK7	Leistung: Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim

”

zu versehen, ggf. unter Verwendung eines bereit gestellten Kennzettels.

**9 Behörde, an die sich der Bewerber oder Bieter zur Nachprüfung behaupteter Verstöße gegen die Vergabebestimmungen wenden kann:**

Vergabekammer (§ 156 GWB, § 21 EU VOB/A):

Regierungspräsidium Karlsruhe

76137 Karlsruhe

**10**

Auftraggeber ist die MV Mannheimer Verkehr GmbH.

Die MV Mannheimer Verkehr GmbH (MV) setzt die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) zur Betreuung des von der MV vergebenen Projektes ein. Die rnv tritt ausschließlich im Namen und Auftrag der MV auf. Die MV ist und bleibt ihr einziger Vertragspartner. Ihr Ansprechpartner ist die rnv.

## Teilnahmebedingungen für die Vergabe von Bauleistungen

### Einheitliche Fassung

Das Vergabeverfahren erfolgt nach der "Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen", Teil A "Allgemeine Bestimmungen für die Vergabe von Bauleistungen" (VOB/A, Abschnitt 2).

#### 1 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Unternehmens Unklarheiten, Unvollständigkeiten oder Fehler, so hat es unverzüglich die Vergabestelle vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen.

#### 2 Unzulässige Wettbewerbsbeschränkungen

Angebote von Bietern, die sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligen, werden ausgeschlossen.

Zur Bekämpfung von Wettbewerbsbeschränkungen hat der Bieter auf Verlangen Auskünfte darüber zu geben, ob und auf welche Art er wirtschaftlich und rechtlich mit Unternehmen verbunden ist.

#### 3 Angebot

3.1 Das Angebot ist in deutscher Sprache abzufassen.

3.2 Für das Angebot sind die von der Vergabestelle vorgegebenen Vordrucke zu verwenden. Das Angebot ist bis zu dem von der Vergabestelle angegebenen Ablauf der Angebotsfrist einzureichen. Ein nicht form- oder fristgerecht eingereichtes Angebot wird ausgeschlossen.

3.3 Eine selbstgefertigte Abschrift oder Kurzfassung des Leistungsverzeichnisses ist zulässig.

Die von der Vergabestelle vorgegebene Langfassung des Leistungsverzeichnisses ist allein verbindlich.

3.4 Unterlagen, die von der Vergabestelle nach Angebotsabgabe verlangt werden, sind zu dem von der Vergabestelle bestimmten Zeitpunkt einzureichen.

3.5 Alle Eintragungen müssen dokumentenecht sein.

3.6 Ein Bieter, der in seinem Angebot die von ihm tatsächlich für einzelne Leistungspositionen geforderten Einheitspreise auf verschiedene Einheitspreise anderer Leistungspositionen verteilt, benennt nicht die von ihm geforderten Preise. Deshalb werden Angebote, bei denen der Bieter die Einheitspreise einzelner Leistungspositionen in „Mischkalkulationen“ auf andere Leistungspositionen umlegt, von der Wertung ausgeschlossen.

3.7 Alle Preise sind in Euro mit höchstens drei Nachkommastellen anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebotes hinzuzufügen.

Es werden nur Preisnachlässe gewertet, die

- ohne Bedingungen als Vomhundertsatz auf die Abrechnungssumme gewährt werden
- und

- an der im Angebotsschreiben bezeichneten Stelle aufgeführt sind.

Nicht zu wertende Preisnachlässe bleiben Inhalt des Angebotes und werden im Fall der Auftragserteilung Vertragsinhalt.

#### 4 Nebenangebote

4.1 Nebenangebote müssen die geforderten Mindestanforderungen erfüllen; dies ist mit Angebotsabgabe nachzuweisen.

4.2 Der Bieter hat die in Nebenangeboten enthaltenen Leistungen eindeutig und erschöpfend zu beschreiben; die Gliederung des Leistungsverzeichnisses ist, soweit möglich, beizubehalten.

Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der Bauleistung erforderlich sind.

Soweit der Bieter eine Leistung anbietet, deren Ausführung nicht in Allgemeinen Technischen Vertragsbedingungen oder in den Vergabeunterlagen geregelt ist, hat er im Angebot entsprechende Angaben über Ausführung und Beschaffenheit dieser Leistung zu machen.

- 4.3 Nebenangebote sind, soweit sie Teilleistungen (Positionen) des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme).
- 4.4 Nebenangebote, die den Nummern 4.1 bis 4.3 nicht entsprechen, werden von der Wertung ausgeschlossen.

## 5 Bietergemeinschaften

- 5.1 Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben,
- in der die Bildung einer Arbeitsgemeinschaft im Auftragsfall erklärt ist,
  - in der alle Mitglieder aufgeführt sind und der für die Durchführung des Vertrags bevollmächtigte Vertreter bezeichnet ist,
  - dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt,
  - dass alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte/mit Siegel versehene Erklärung abzugeben.

- 5.2 Sofern nicht im offenen Verfahren ausgeschrieben wird, werden Angebote von Bietergemeinschaften, die sich erst nach der Aufforderung zur Angebotsabgabe aus aufgeforderten Unternehmen gebildet haben, nicht zugelassen.

## 6 Kapazitäten anderer Unternehmen (Unteraufträge, Eignungsleihe)

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von anderen Unternehmen ausführen zu lassen oder sich bei der Erfüllung eines Auftrages im Hinblick auf die erforderliche wirtschaftliche, finanzielle, technische oder berufliche Leistungsfähigkeit anderer Unternehmen zu bedienen, so muss er die hierfür vorgesehenen Leistungen/Kapazitäten in seinem Angebot benennen. Der Bieter hat auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle zu einem von ihr bestimmten Zeitpunkt nachzuweisen, dass ihm die erforderlichen Kapazitäten der anderen Unternehmen zur Verfügung stehen und diese Unternehmen geeignet sind. Er hat den Namen, den gesetzlichen Vertreter sowie die Kontaktdaten dieser Unternehmen anzugeben und entsprechende Verpflichtungserklärungen dieser Unternehmen vorzulegen.

Nimmt der Bieter in Hinblick auf die Kriterien für die wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit im Rahmen einer Eignungsleihe die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch, müssen diese gemeinsam für die Auftragsausführung haften; die Haftungserklärung ist gleichzeitig mit der „Verpflichtungserklärung“ abzugeben.

Der Bieter hat andere Unternehmen, bei denen Ausschlussgründe vorliegen oder die das entsprechende Eignungskriterium nicht erfüllen, innerhalb einer von der Vergabestelle gesetzten Frist zu ersetzen.

## 7 Eignung

- 7.1 Offenes Verfahren

**Präqualifizierte Unternehmen** führen den Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung durch den Eintrag in die Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) und ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bei Einsatz von anderen Unternehmen ist auf gesondertes Verlangen nachzuweisen, dass diese präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifikation erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

**Nicht präqualifizierte Unternehmen** haben als vorläufigen Nachweis der Eignung für die zu vergebende Leistung mit dem Angebot

- **Entweder** die ausgefüllte „Eigenerklärung zur Eignung“, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise
  - **Oder** eine Einheitliche Europäische Eigenerklärung (EEE)
- vorzulegen.

Bei Einsatz von anderen Unternehmen gemäß Nummer 7 sind auf gesondertes Verlangen die Eigenerklärungen auch für diese abzugeben ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Sind die anderen Unternehmen präqualifiziert, reicht die Angabe der Nummer, unter der diese in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot in die engere Wahl, sind die Eigenerklärungen (auch die der benannten anderen Unternehmen) auf gesondertes Verlangen durch Vorlage der in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. in der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen zu bestätigen. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

## 7.2 Nichtoffene Verfahren, Verhandlungsverfahren

Ist der Einsatz von anderen Unternehmen vorgesehen, müssen **präqualifizierte Unternehmen** der engeren Wahl auf gesondertes Verlangen nachweisen, dass die von ihnen vorgesehenen anderen Unternehmen präqualifiziert sind oder die Voraussetzung für die Präqualifizierung erfüllen, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise.

Gelangt das Angebot **nicht präqualifizierter Unternehmen** in die engere Wahl, sind auf gesondertes Verlangen die in der „Eigenerklärung zur Eignung“ bzw. der EEE genannten Bescheinigungen zuständiger Stellen vorzulegen. Ist der Einsatz von anderen Unternehmen vorgesehen, müssen die Eigenerklärungen und Bescheinigungen auch für die benannten anderen Unternehmen vorgelegt bzw. die Nummern angegeben werden, unter denen die benannten anderen Unternehmen in der Liste des Vereins für die Präqualifikation von Bauunternehmen e.V. (Präqualifikationsverzeichnis) geführt werden, ggf. ergänzt durch geforderte auftragsspezifische Einzelnachweise. Bescheinigungen, die nicht in deutscher Sprache abgefasst sind, ist eine Übersetzung in die deutsche Sprache beizufügen.

Die Verpflichtung zur Vorlage von Eigenerklärungen und Bescheinigungen entfällt, soweit die Eignung (Bieter und benannte andere Unternehmen) bereits im Teilnahmewettbewerb nachgewiesen ist.



	Vergabenummer	Datum
	053-25-EK7	
Baumaßnahme O331		
Leistung Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim		

**Ergänzung der Aufforderung zur Angebotsabgabe****Verzeichnis der im Vergabeverfahren vorzulegenden Unterlagen (Erklärungen, Angaben, Nachweise)****1 Unterlagen, die mit dem Angebot abzugeben sind****1.1 Formblätter**

- ☒ Angebotsschreiben (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☒ Angaben zur Preisermittlung entsprechend den Formblättern 221 oder 222 (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☐ 224 - Angebot Lohnleitklausel (wenn ein Änderungssatz angeboten wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, zu dem ein Änderungssatz angeboten wird)
- ☐ 233 - Verzeichnis der Nachunternehmerleistungen (wenn Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem Teile der Leistung an Nachunternehmer vergeben werden sollen)
- ☒ 234 - Erklärung Bieter-/Arbeitsgemeinschaft (wenn das Angebot von einer Bietergemeinschaft abgegeben wird; bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot einer Bietergemeinschaft)
- ☒ 235 - Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen (wenn sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird; bei Abgabe mehrere Hauptangebote für jedes Hauptangebot, in dem sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedient)
- ☐ 248 - Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☐ Vertragsformular/e Instandhaltung (bei Abgabe mehrerer Hauptangebote für jedes Hauptangebot)
- ☒ Eigenerklärung EU-Russlandsanktionen
- ☒ Eigenerklärungen Landestarif- und Mindestlohngesetz

**1.2 unternehmensbezogene Unterlagen**

- ☒ Angabe der PQ-Nummer im Angebotsschreiben oder Formblatt Eigenerklärung zur Eignung oder Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☒ Referenzangaben im Register Eignungskriterien (direkt auf der Vergabeplattform)
- ☐

**1.3 Leistungsbezogene Unterlagen**

- ☒ Leistungsverzeichnis mit den Preisen
- ☒ Produktangaben in folgenden Positionen:  
01.05.0010 / 02.03.0010 / 02.03.0020 / 02.03.0030 / 02.03.0040 / 02.03.0050 / 02.03.0060 / 02.03.0070 / (
- ☒ ausgefülltes Preisblatt Schrotterlöse als PDF-Datei

**1.4 sonstige Unterlagen**

- ☐ Erfüllung von Mindestanforderungen, z.B. Datenblätter, Muster, spezielle Nachweise
- ☐

**2 Unterlagen, die auf Verlangen der Vergabestelle vorzulegen sind****2.1 Formblätter**

- ☐ 126 - Sicherheitsauskunft und Verpflichtungserklärung Nachunternehmer/Unterauftragnehmer
- ☐ 236 - Verpflichtungserklärung anderer Unternehmen
- ☐ Aufgliederung der Einheitspreise entsprechend Formblatt 223
- ☐
- ☐

**2.2 unternehmensbezogene Unterlagen (Bestätigungen der Eigenerklärungen)**

- ☐ Referenznachweise mit den im Formblatt Eigenerklärung zur Eignung genannten Angaben
- ☒ Erklärung zur Zahl der in den letzten 3 Jahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Lohngruppen, mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal
- ☒ Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer
- ☒ rechtskräftig bestätigter Insolvenzplan (falls eine Erklärung über das Vorliegen eines solchen Insolvenzplanes angegeben wurde)
- ☒ Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse, falls das Unternehmen beitragspflichtig ist
- ☒ Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen, falls das Finanzamt eine solche Bescheinigung ausstellt
- ☒ Freistellungsbescheinigung nach § 48b Einkommensteuergesetz
- ☒ Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen
- ☐
- ☐

**2.3 leistungsbezogene Unterlagen**

- ☐ Produktdatenblätter benannter Fabrikate
- ☐

**2.4 sonstige Unterlagen**

- ☒ Urkalkulation (die Urkalkulation wird für die Prüfung der Preise geöffnet, im Anschluss wieder verschlossen)
- ☒ Die Urkalkulation ist in einem verschlossenen/versiegelten Umschlag mit der Aufschrift
- ☒ "NICHT ÖFFNEN - Urkalkulation" und der Projektbezeichnung und Projektnummer zu versehen.



## **O331 Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim**

**– Ausschreibungsunterlagen –**

**Baubeschreibung**

**[Februar 2025]**

# **Inhaltsverzeichnis**

1	Auszuführende Leistungen der Gesamtmaßnahme .....	1
1.1	Beschreibung der Gesamtmaßnahme .....	1
1.2	Gleismaterial, Lager- und Montageplatz .....	3
1.3	Auszuführende Leistungen .....	3
1.3.1	Gleisanlage und Gleisoberbau .....	3
1.3.2	Leerrohrinfrastruktur.....	4
1.3.3	Gleisentwässerung.....	4
1.4	Maßnahmen an Versorgungsleitungen .....	5
1.5	Ausgeführte Vorarbeiten.....	5
1.6	Gleichzeitig laufende Bauarbeiten .....	5
1.7	Kampfmitteluntersuchung.....	5
1.8	Bauzeit, Bauablauf, Verkehrsführung w. d. Bauzeit.....	6
1.8.1	Bauzeit .....	6
1.8.2	Bauablauf und Verkehrsführung .....	7
1.9	Erdarbeiten .....	9
1.9.1	Allgemeines .....	9
1.9.2	Vorhandener Baugrund .....	9
1.9.3	Oberboden.....	9
1.9.4	Bodenaustausch.....	9
1.9.5	Baugrubenaushub .....	10
1.9.6	Baugrubenverfüllung.....	11
1.9.7	Gleisschotter .....	12
2	Angaben zur Ausführung .....	13
2.1	Lage der Baustelle.....	13
2.2	Zugänge und Zufahrten .....	13
2.3	Ver- und Entsorgungsanlagen im Baufeld.....	14
2.4	Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsanlagen.....	15
2.5	Baustelleneinrichtungs-, Lager- und Arbeitsplätze.....	15
2.5.1	Erschließung und Sicherung der Baustelleneinrichtungsfläche.....	16
2.5.2	Baustelleneinrichtungsplan .....	17
2.5.3	Ver- und Entsorgung der Baustelle.....	17
2.6	Räumung der Baustelle .....	18
2.7	Baugeräte .....	18
2.8	Besondere Anmerkungen zur Baustelle.....	19

2.8.1	Immissionsschutz .....	19
2.8.2	Baustellenkontrollen .....	19
2.8.3	Schäden gegenüber Dritten .....	20
2.9	Benennen eines Bauleiters; Baustellenpersonal .....	20
3	Angaben zur Ausführung .....	21
3.1	Arbeiten im Gleisbereich .....	21
3.1.1	Sicherheitsbelehrung über Gefahren der Bahnstromanlagen bzw. im Gleisbereich.....	21
3.1.2	Arbeitsstellenbeleuchtung .....	21
3.1.3	Stopfarbeiten .....	21
3.1.4	Ladearbeiten, Baugeräte .....	21
3.2	Sicherheits- und Gesundheitsschutz auf Baustellen.....	21
3.3	Vermessung .....	22
3.4	Bestandsunterlagen .....	23
3.5	Baustoffe .....	23
3.6	Einbau von Asphalt.....	25
3.7	Beweissicherung .....	25
3.8	Wasserhaltung / Grundwasser .....	26
3.9	Abrechnung .....	26
3.10	Umrechnungsfaktoren.....	28
3.11	Ausführungsunterlagen.....	28
3.12	Absteckung / Festpunkte .....	29
3.13	Koordination zwischen verschiedenen Unternehmen.....	30
4	Sonstiges .....	31
4.1	Allgemeines zum Leistungsverzeichnis .....	31
4.2	Bedenken des Bieters gegen die vorgesehene Ausführung.....	31
4.3	Änderungen der Mengenansätze .....	31
4.4	Nachtragsangebote und außervertragliche, vorgesehene Arbeiten.....	31
4.5	Vorschriften und Richtlinien .....	32
4.6	Angebotsbegleitschreiben .....	32
4.7	Mehrkosten .....	32
4.8	Güte und Beschaffenheit der Baustoffe .....	33
4.9	Durchführung der Arbeiten .....	33
4.10	Nachträge, Stundenlohn- und Zeitrachweise .....	33
4.11	Bautagebuch .....	33

# **1 Auszuführende Leistungen der Gesamtmaßnahme**

## **1.1 Beschreibung der Gesamtmaßnahme**

Die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH (rnv) beabsichtigt die Gleisanlage entlang der OEG Strecke 9403 vor der Wendeschleife Heddeshcim in zwei Teilabschnitten zwischen Wallstadt und Heddeshcim zu erneuern.

Die hier ausgeschriebene Gesamtbaumaßnahme gliedert sich in zwei Teilabschnitte auf, es handelt sich um die Erneuerung von zwei eingleisigen Abschnitten mit einer Gesamtlänge von ca. 955 m. Der Streckenabschnitt West beträgt ca. 510 m und der Streckenabschnitt Ost ca. 445 m. Die vorhandene Gleisanlage besteht zum größten Teil aus Schottergleis (S41) mit Beton- bzw. Holzschwellen. Dieser wird vollständig zurückgebaut und durch ein offenes Schottergleis (49E1) mit Betonschwellen ersetzt.

Der Auftraggeber ist die MV Mannheimer Verkehr GmbH.

Wir informieren Sie darüber, dass die MV Mannheimer Verkehr GmbH die rnv zur Betreuung des von uns vergebenen Projektes einsetzt. Die rnv tritt ausschließlich im Namen und Auftrag der MV auf. Die MV ist und bleibt ihr einziger Vertragspartner, ihr Ansprechpartner ist die rnv.

### Streckenabschnitt West

Im Abschnitt West befindet sich ein Teilabschnitt von ca. 110 m aus offenem Schottergleis (49E1) mit Betonschwellen. Dieser ist zu erhalten und zu stopfen. Die restliche vorhandene Gleisanlage des westlichen Streckenabschnittes wird vollständig rückgebaut. Die geplante Strecke erfolgt als offenes Schottergleis mit Vignolschienen 49E1 auf Spannbetonschwellen.

Im Bereich des westlichen Bahnüberganges wird die Gleisanlage mit einer Eindeckung aus Asphalt durchgeführt. Kammerfüllelemente zwischen Schienenkopf und Asphaltdecke werden eingebaut.

Entlang des geplanten westlichen Streckenabschnittes wird eine Geschwindigkeit von max. 80 km/h vorgesehen. Innerhalb des westlichen Abschnittes werden zwei Bögen mit Radius  $R = 530$  m und  $R = 440$  m ausgebildet. Zwischen den einzelnen Elementen werden jeweils Übergangsbögen von mindestens 6 m Länge geplant. In beiden Gleisbögen sowie den anliegenden Übergangsbögen sind die Spannbetonschwellen mittels Sicherungskappen an jeder Schwelle zu sichern.

### Streckenabschnitt Ost

Im Abschnitt Ost ist ein Teilabschnitt des Gleises (49E1) von ca. 140 m auszubauen und nach Einbau des Bahnschotters sowie Austausch der Spannbetonschwellen wieder einzubauen. Auf dem restlichen Streckenabschnitt ist eine Gleisanlage aus Schottergleis (S41) mit Holzschwellen verbaut, welches durch ein offenes Schottergleis (49E1) mit Betonschwellen zu ersetzen ist.

Im Bereich des östlichen Bahnüberganges wird analog wie Bestand die Gleiseindeckung aus Asphalt geplant. Es ist geplant, zwischen Schienenkopf und Asphaltdecke, Kammerfüllelemente zu verbauen.

Die Gesamtbaumaßnahme umfasst im Wesentlichen:

- Rückbau der bestehenden Gleisanlage (Schienenprofil S41) und Schwellen.
- Abladen von Gleisstoffmaterialien (Schienen, Spannbetonschwellen und Sicherungskappen)
- Erneuerung des Gleises (Vignolschiene im offenen Schottergleis) auf Spannbetonschwelle einschließlich Erdarbeiten und Bahnschotter
- Aus- und Wiedereinbau des bestehenden Gleises (49E1)
- Austausch von Betonschwellen im Bereich des wiederhergestellten Gleises
- Einbau von Sicherungskappen in Radienbereichen
- Lieferung und Einbau von Kammerfüllelemente für die Bahnübergänge
- Erneuerung der Bahnübergänge
- Stopf- und Richtarbeiten
- Verkehrssicherungsmaßnahme für die gesamte Baumaßnahme

Im Maßnahmenbereich befinden sich zwei ungesicherte Bahnübergänge. Diese sind aufgrund der Erneuerung des Gleises anzupassen.

**Die Herstellung und Lieferung der Gleismaterialien ist nicht Teil der vorliegenden Ausschreibung. Die Materialien werden von AG gestellt.**

## 1.2 Gleismaterial, Lager- und Montageplatz

Nachfolgend aufgeführte Gleismaterialien und Gleisbaustoffe werden vom AG gestellt, ihre Lieferung ist **nicht** Sache des AN.

- Vignolschiene Profil 49 E1
- Spannbetonschwellen LIS 12 W für Vignolschienen
- Sicherungskapfen

Die Gleismaterialien werden von AG direkt zur Baustelle geliefert. Abladen der Gleismaterialien ist Sache des AN.

Lieferadresse:

**Wendeschleife Heddesheim**

**Bahnhofstraße**

**68542 Heddesheim**

Die Kontrolle der gelieferten Bauteile ist einzukalkulieren. Sämtliche übrigen Baustoffe sind vom AN zu liefern.

Eine Fläche für den Montageplatz zur Vormontage von Gleisjochen wird dem AN auf der Baustelleneinrichtungsfläche zur Verfügung gestellt.

Das vom AN gewählte Fahrzeug muss ein seitliches Abladen der Gleismaterialien ermöglichen.

Sämtliche Gleisbaustoffe sind nur mit geeignetem Hebegerät zu laden. Die Stellung des Hebegeräts erfolgt durch den AN.

Es wird vorgesehen, die Gleisjoche in der BE-Fläche vorzumontieren und dann direkt zu dem Einbauort zu transportieren und einzubauen.

## 1.3 Auszuführende Leistungen

### 1.3.1 Gleisanlage und Gleisoberbau

Gleisoberbau

Grundsätzlich sind für die Maßnahme folgende Oberbausysteme einbauen:

- Vignolschienen 49E1 auf Spannbetonschwellen (Schwellenabstand 0,65 m) im Schotteroberbau



- Vignolschienen 49E1 auf Spannbetonschwellen (Schwellenabstand 0,65 m) im Schotteroberbau und Eindeckung aus Asphalt. (Bereich Bahnübergänge).

Eine genaue Darstellung und Zuordnung der einzelnen Oberbausysteme ist im Lageplan (Anlage 2) dargestellt.

#### Schotteroberbau

Der Aufbau des Schotteroberbaus im Bereich der Gleisanlage aus Vignolschienen wird mit folgendem Schichtaufbau ausgeführt:

Vignolschiene 49E1  
W-Befestigung für Vignolschienen  
Spannbetonschwelle LIS 12 W für Vignolschienen  
≥ 30 cm Porphyrgleisschotter  
30 cm Frostschutzschicht 0/45 mm

#### Gleisanlage innerhalb der Bahnübergänge

Innerhalb der Bahnübergänge wird ein Oberbausystem mit Asphalteindeckung vorgesehen:

3 cm	Asphaltdeckschicht AC 5 DL
≥ 11 cm	Asphalttragschicht AC 22 TL
	Geotextil auf Betonschwellen / Füllschotter
ca. 15 cm	Spannbetonschwelle LIS 12W für Vignolschienen
≥ 30 cm	Porphyrgleisschotter K1 31,5/63
30 cm	Frostschutzschicht 0/45
≥ 89 cm	Gesamtaufbau

Als seitliche Einfassung der Asphalteindeckung innerhalb der Bahnübergänge wird ein Asphaltkeil hergestellt. Die Schwellenfächer im Bereich der Bahnübergänge werden mit **frühhochfestem** Beton aufgefüllt.

Grundsätzlich sind die Aufbauten gemäß den Regelquerschnitten herzustellen.

#### 1.3.2 Leerrohrinfrastruktur

Im Zuge der Maßnahme werden keine neuen Leerrohrtrassen oder Kabeltröge hergestellt.

#### 1.3.3 Gleisentwässerung

Die Entwässerung des Bahnkörpers mit Schotteroberbau sowie im Bereich der Übergänge erfolgt analog zum Bestand durch Versickerung in die anliegenden Flächen.

## **1.4 Maßnahmen an Versorgungsleitungen**

Entlang der Gleistrasse befinden sich mehrere Ver- und Entsorgungsleitungen. Zur Information liegt ein Leitungsbestandsplan den Ausschreibungsunterlagen bei. Die Lage der im Plan dargestellten Leitungen wird nicht garantiert. Der AN hat vor Beginn der Arbeiten eigenständig eine Leitungsabfrage sämtlicher Medien durchzuführen. Dies wird nicht gesondert vergütet und ist einzurechnen. Ggf. sind Suchschlitze zur Ortung durchzuführen.

Es ist darauf zu achten, dass eine ausreichende Überdeckung bzw. ein Überfahrverbot der Verteilungsanlagen der Leitungsträger zu jedem Zeitpunkt gewährleistet ist. Schäden, die durch eine unzureichende Überdeckung entstehen, gehen zu Lasten des AN.

Ggf. sind bestehende Leitungen und Kabelanlagen über die gesamte Bauzeit vom AN zu sichern bzw. zu schützen.

## **1.5 Ausgeführte Vorarbeiten**

Als Planungsgrundlage wurde eine tachymetrische Vermessung des Planungsbereichs durchgeführt. Zur Erkundung des Baugrunds wurden Baugrundaufschlüsse getätigt und ein Baugrundgutachten erstellt.

## **1.6 Gleichzeitig laufende Bauarbeiten**

Nachfolgend beschriebene Leistungen laufen parallel zu der vorliegenden Ausschreibung und müssen im Rahmen der Maßnahme koordiniert werden.

- Anpassung der Fahrleitungsanlage über das gesamte Planungsgebiet
- Demontage und Wiederherstellung von Koppelspule und anderen Gleiseinbauten sowie die dazugehörige Kabel- und Anschlussarbeiten.

Eine gegenseitige Rücksichtnahme bei Arbeiten anderer Firmen im Baufeld ist erforderlich. Eventuelle Erschwernisse durch diese gleichzeitigen Arbeiten anderer Unternehmer werden nicht gesondert vergütet. Die Abstimmung und Koordinierung von Arbeiten mehrerer Arbeitnehmer in einem Baufeld ist Sache des AN.

## **1.7 Kampfmitteluntersuchung**

Die Kampfmittelsondierung im Baufeld ist baubegleitend vom AN auszuführen.

Sollten im Zuge der Bauarbeiten Gegenstände aufgefunden werden, die auf Kampfmittelreste aus Kriegseinwirkungen oder prähistorische Objekte schließen lassen, so ist die örtliche BÜ unverzüglich zu informieren. Die Arbeiten in diesem Bereich sind sofort einzustellen.

Das verdächtige Objekt darf weder freigelegt noch irgendwie behandelt oder gar transportiert werden.  
Ein kampfmittelfreies Baufeld ist nicht gewährleistet.

Für die Erkundung des Baugrundes sind Leistungen im Abschnitt Baustelleneinrichtung ausgeschrieben.

Erschwernisse durch die begleitenden Kampfmittelsondierungen sind in die Einheitspreise einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

## 1.8 Bauzeit, Bauablauf, Verkehrsführung w. d. Bauzeit

### 1.8.1 Bauzeit

Die **Gleisbauarbeiten** erfolgen unter Sperrung des Straßenbahnbetriebs in einem Zeitraum von 11 Tagen – 16.09.2025 – 26.09.2025

Während der Baumaßnahme wird der Abschnitt zwischen Wallstadt-West und Heddesheim durch Schienenersatzverkehr bedient. In diesem Zeitraum müssen sämtliche Arbeiten im Gleisbereich abgeschlossen sein.

Baubeginn der Maßnahme: 01.09.2025 (inkl. Vorlaufzeit)

Bauende der Maßnahme: 30.09.2025 (inkl. Nachlaufzeit)

Die Sperrung der Stadtbahnstrecke ist wie folgt festgelegt:

Bauphase	Art der Sperrung	Tage	Sperrzeitraum	Probefahrt
1	Vollsperrung Bahn (Oberleitung stromfrei)	11	16.09.2025, ca. 06:00 Uhr bis 26.09.2025, ca. 13:00 Uhr	26.09.2025, ca. 14:00 Uhr

Zum Beginn der Vollsperrung ist ein Zeitfenster von ca. 4 Stunden für die rnv (IS1) zur Demontage der Gleisschaltmittel und ca. 5 Stunden vor Durchführung der Probefahrt zur Montage der Gleisschaltmittel sowie für die Regulierung der Fahrleitung vorzusehen.

Die erforderlichen Schweißarbeiten, teilweise auch an Einbauteilen von IS1, sind vom AN entsprechend der Bauzeit in den Bauablauf einzutakten.

Ca. 6-8 Wochen nach Fertigstellung der Gleisbauarbeiten ist ein Belastungsstopfgang während der natürlichen Sperrpause - von 1:00 Uhr bis 5:00 Uhr - durchzuführen.

Der AN hat selbst abzuschätzen, inwieweit er die vorgegebene Bauzeit aufteilt.

Mehrschichtbetrieb Nacht-, Wochen- bzw. Feiertagsarbeit ist einzuplanen und einzukalkulieren.

Die Einhaltung der vorgegebenen Bauzeit ist grundsätzlich Sache des AN.

Die rnv muss zu Baubeginn für die Demontage der Kabel ca. einen halben Tag ins Baufeld. Vor Inbetriebnahme müssen die Kabelzugarbeiten der rnv und ein Spannungsabgriff mittels Hubsteiger durchgeführt werden.

Die vorgesehenen Bauzeiten beruhen auf dem derzeitigen Planungsstand. Auf die Möglichkeiten geringfügiger zumutbarer zeitlicher Verschiebungen einzelner Leistungen aufgrund betrieblicher Belange und / oder zeitgleich laufender Bauvorhaben und Baulose wird besonders aufmerksam gemacht. Hieraus können vom AN keine Nachträge und Verschiebungen der vertraglichen Ecktermine geltend gemacht werden.

### Bauzeitenplan

Der vom AN aufzustellende Bauzeiten- bzw. Baufristenplan ist spätestens einen Monat vor Baubeginn einzureichen. Dieser soll in schematischer Darstellung alle für die Auftragsabwicklung wesentliche Arbeitsvorgänge, ihre Zeitdauer, Reihenfolge und Abhängigkeiten enthalten. Hierin sind Baustoffbeschaffung, Einrichtung und Räumen der Baustelle, Baustellenarbeiten, etc. zu berücksichtigen. Der Fertigstellungstermin und ggf. Zwischentermine, welche im Terminplan des AG vorgegeben sind, müssen in diesem Plan verbindlich eingearbeitet werden. Terminliche Verschiebungen der einzelnen Arbeiten bedürfen der vorherigen Zustimmung des Auftraggebers. Die Planunterlagen sind dem AG für jeden Änderungsindex digital unaufgefordert vorzulegen. Die Kosten für die Aufstellung und Aktualisierungen sind in die Positionen der Baustelleneinrichtung mit einzurechnen.

Weitere Detailablaufpläne wie z.B. Ablaufplan Asphaltieren, Betonage, etc. sind ebenfalls auf Verlangen vorzulegen und entsprechend einzupreisen.

### 1.8.2 Bauablauf und Verkehrsführung

Die für die Baumaßnahme erforderliche Verkehrsführung während der Bauzeit bzw. die erforderliche Sicherung des laufenden Verkehrs ist Bestandteil der zu erbringenden Leistungen. Gleiches gilt für das Einholen der verkehrsrechtlichen Anordnung und die Erstellung der dafür erforderlichen Planunterlagen. Die zu erbringenden Leistungen beinhaltet das Einholen der verkehrsrechtlichen Anordnung der Verkehrszustände gemäß dem vorabgestimmten Verkehrsführungskonzept einschließlich Umleitungsbeschilderung und das Erstellen der erforderlichen Gelbmarkierungen, Beschilderungen und Verkehrsleitelemente (Baken etc.).

Die Verkehrszeichenpläne für die Verkehrsführung während der Bauzeit sind für die beiden Abschnitte in der Anlage 09 beigelegt.

### Bauphase 0 Vorbereitung der Maßnahme

Im Wesentlichen haben in dieser Bauphase die Herstellung einer Baustelleneinrichtungsfläche bzw. eines Montageplatzes zu erfolgen. Die Gleismaterialien werden ab dem 01.09.2025 zur Baustelle

geliefert und sind abzuladen. Im Bereich der BE-Fläche / Montageplatz können die Gleisjochen vormontiert werden.

In dieser Bauphase werden keine Bauarbeiten im Bereich der Gleisstrecke geplant.

Der gemeinsame Geh- und Radweg nördlich der Gleisstrecke sowie die beiden Bahnübergänge bleiben, wie im Bestand, bestehen.

#### Bauphase 1 Gleisbauarbeiten (von 16.09.2025 bis 26.09.2025)

Am Anfang dieser Bauphase wird die Vollsperrung des Bahnbetriebes vorgesehen.

Im Wesentlichen sind in dieser Bauphase nachfolgende Arbeiten auszuführen:

- Demontage der Gleiseinbauten (Koppelspulen, Achszähler, etc.) durch Dritte
- Rückbau Gleisanlage und Erdarbeiten
- Herstellung eines Bodenaustausches und einer Frostschutzschicht
- Einbau von Bahnschotter sowie Verlegung der Gleisjochen
- Schweißungsarbeiten, Stopfarbeiten.
- Asphaltendeckung im Bereich beider Bahnübergänge
- Nach Fertigstellung der Gleisanlage ist die FL-Anlage zu regulieren
- Wiederherstellung der Gleiseinbauten (Koppelspulen, Achszähler, etc.)
- Probefahrt und Inbetriebnahme

#### **Am 26.09.2025 wird die Probefahrt vorgesehen.**

Die Bauphase 1 ist in zwei Verkehrszustände geteilt. Diese Teilung ist abhängig von der Sperrung der jeweiligen Bahnübergänge.

Die beiden Bahnübergänge dürfen nicht gleichzeitig gesperrt werden, es ist zumindest einer der beiden immer in Betrieb zu halten. Für die Sperrung des westlichen Bahnüberganges ist eine Sperrzeit von maximal vier Tagen vorgesehen. Für die Herstellung des östlichen Bahnübergangs wird mit ca. 5 Tagen geplant.

Der gemeinsame Geh- und Radweg ist jederzeit aufrecht zu erhalten und darf nicht gesperrt werden.

Der „Hoher Weg“, zwischen dem Baufeld und der Wendeschleife, ist für den MIV immer offen zu halten.

Im Bereich der Wendeschleife sind, bis auf die Herstellung einer BE-Fläche bzw. eines Montageplatzes für die Lagerung und weitere Vormontage der Gleisjochen, keine Maßnahme vorgesehen.

Es ist zu beachten, dass die Baumaßnahme in der Phase der Maisernte stattfindet. Daher sind Erschwernisse während der Baumaßnahme zu erwarten. Dies ist in die Positionen mit einzurechnen und wird nicht gesondert vergütet.

## 1.9 Erdarbeiten

### 1.9.1 Allgemeines

Im Vorfeld zur Ausführung wurden Baugrunderkundungen durch das Büro RT Consult GmbH durchgeführt. Die Ergebnisse wurden in Form eines Baugrundgutachtens zusammengefasst und als Anlage den Ausschreibungsunterlagen beigelegt.

Das Baugrundgutachten ist zu beachten.

### 1.9.2 Vorhandener Baugrund

Der Gleisschotter wurde im Mittel mit ca. 60 cm Dicke aufgeschlossen. Die Schwarzdecken im Bereich der beiden Bahnübergänge sind 16 cm bzw. 19 cm dick. Unter den Schwarzdecken befindet sich direkt Gleisschotter.

Unter dem Gleisschotter befindet sich durchgehend leicht- und mittelplastischer Ton mit meist steifer Konsistenz. Grundwasser wurde nicht angetroffen.

### 1.9.3 Oberboden

Auf den von der Maßnahme betroffenen Grünflächen ist der Oberboden abzutragen, auf einem Zwischenlager des AN zu lagern und nach Fertigstellung der Maßnahme auf den geplanten Grünflächen wieder anzudecken. Der überschüssige Boden ist auf Kosten des AN zu entsorgen.

### 1.9.4 Bodenaustausch

Im Zuge der Eigenüberwachung hat der AN auf dem Erdplanum die geforderten Tragfähigkeiten nachzuweisen.

Grundsätzlich gilt:

Sollte das Erdplanum einen Ev2-Wert von mindestens 45 MN/m<sup>2</sup> nicht erreichen ist ggf. ein Bodenaustausch erforderlich, um die geforderten Verdichtungswerte zu erreichen. Es ist eine Aushubtiefe von 1,1 m unter SO anzusetzen. Die erforderlichen Ersatzmassen müssen die Anforderungen der nachfolgenden Tabelle entsprechen.

Feinkornteil $\geq 0,063$ mm	$\geq 15\%$
Größtkorn	45 mm
Bodengruppen nach DIN 18196	GW, GI, GE, GU, SW, SI, SE, SU
Einbauwassergehalt	$W \leq W_{Pr}$
Schüttmächtigkeit	$\leq 30$ cm
Verdichtungsgrad	$D_{Pr} \geq 100\%$

Alle Ev2-Werte sind in den Regelquerschnitten dargestellt und zwingend einzuhalten.

### 1.9.5 Baugrubenaushub

Die Ausführung dieser Leistung erfolgt gemäß DIN 18 300. Die vorschriftsmäßige Durchführung des Aushubes ist allein Sache des AN.

**Für die gesamte Aushublogistik einschließlich Zuwegung und Erschließung der Baugruben ist der AN allein verantwortlich. Der AN hat einen Ablaufplan zu erstellen und dem AG vorzulegen.**

**Grundsätzlich gilt, dass sofern möglich, eine Wiederverwertung einer Entsorgung (Deponierung) vorzuziehen ist.**

Benötigt der AN einen größeren Arbeitsraum für die Erstellung als planmäßig vorgesehen, so hat er die Kosten hierfür in die Einheitspreise einzurechnen.

Die Entsorgung nicht gefährlicher Abfälle erfolgt nach Wahl des AN.

Nach Untersuchungsergebnissen ist das Material des Baugrubenaushubes wie folgt einzuordnen:

- **Abschnitt West:** in die Einbauklasse BM-F1 nach Ersatzbaustoffverordnung (EBV) und DK 0 nach Deponie-Verordnung (DepV) einzuordnen.
- **Abschnitt Ost:** in die Einbauklasse BM-F1 nach Ersatzbaustoffverordnung (EBV) und DK I nach Deponie-Verordnung (DepV) einzuordnen.

Für die Entsorgung gefährlicher Abfälle tritt der AN als Abfallerzeuger auf und holt die notwendigen Genehmigungen ein. Die hierdurch entstehenden Kosten (Genehmigungen, Übernahme / Begleitscheine usw.) sind in die entsprechenden Positionen einzukalkulieren. Die Entsorgung aller Abfälle ist durch den AN zu dokumentieren und der örtl. Bauüberwachung in Kopie zu übergeben. Bei Vorlage der Schlussrechnung ist die Dokumentation lückenlos an den AG zu übergeben. Der Auftragnehmer verpflichtet sich zur Einhaltung aller abfallrechtlichen Bestimmungen. Im Besonderen sind auch die landesspezifischen und kommunalen Andienpflichten zu beachten. Übernahme- bzw. Begleitscheine sind von der örtl. Bauüberwachung zu bestätigen. Soweit aus den Entsorgungsnachweisen der Endverbleib der Abfälle nicht ersichtlich ist, so sind diese offen zu legen und zu dokumentieren. Besondere Abnahmekriterien des durch den AN gewählten Entsorgers und damit bedingte weitere Analysen gehen zu Lasten des AN und sind in den Einheitspreisen einzukalkulieren. Weitere Ausführungshinweise:

- Die letzten Dezimeter des Aushubes sind mit einem Baggerlöffel mit Schneide vorzunehmen (glatte Aushubsohle)
- Die Aushubsohle darf nicht mit Radfahrzeugen befahren werden

- Das Freilegen des Planums / Erdplanums darf nicht bei Niederschlägen erfolgen und ist auf eine Tagesleistung zu begrenzen (Einbau der ungebundenen Tragschicht erfolgt sofort nach dem Freilegen)
- Die Vorgaben im Merkblatt „Verdichtung des Untergrundes und Unterbaus im Straßenbau“ zum Schutz des Planums / Erdplanums sind einzuhalten
- Vor dem Einbau der ungebundenen Tragschichten müssen die freigelegten Oberflächen verdichtet werden
- Bestehenden Leitungsquerungen, die nicht erneuert werden, sind fachgerecht zu sichern
- Die Verdichtung des Planums von mindestens 45 MN/m<sup>2</sup> ist immer zu erreichen. Der AN hat dem AG einen Nachweis vorzulegen.

### 1.9.6 Baugrubenverfüllung

Vor dem Einbau von Bodenmaterial hat der AN ohne besondere Aufforderung Eignungsnachweise (Gutachten) der Materialien zu erbringen.

Die Gutachten müssen u.a. über folgende Punkte Auskunft geben:

- a) Bodenart (DIN 1896)
- b) Entnahmestelle und Menge
- c) Körnungslinie (notfalls mit Schlämmanalyse)
- d) Wasserdurchlässigkeit
- e) Nachweis der Frostepfindlichkeit (z.B. Frostkriterien nach Casagrande)
- f) Nachweis der Frostbeständigkeit
- g) Nachweis über die Einhaltung der Filterregel nach Terzaghi (gegenüber dem anstehenden Boden)
- h) Nachweis der Proctordichte
- i) Nachweis der Tragfähigkeit und Verdichtung (Ev2- und Ev1-Modul und Quotient Ev2/Ev1)
- j) Genaue Einbauanweisungen (Wassergehalt, Schütthöhe, Zahl der Verdichtungsvorgänge und Angabe des Verdichtungsgerätes)

Die Kosten hierfür sind in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen.



## 1.9.7 Gleisschotter

### **Abschnitt West**

Die Mächtigkeit des Gleisschotters beträgt bis max. 0,65 m.

Nach den Untersuchungsergebnissen ist der Gleisschotter gemäß der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) in die Einbauklasse GS 0 und GS 1 und nach Deponie-Verordnung in DK 0, bzw. DK I eingestuft.

Die Gleisschottermaterialien stellen sowohl im Falle der Gesamtfraktion als auch in der Feinfraktion keinen gefährlichen Abfall dar.

Die Entsorgung des Gleisschotters ist im Vorfeld mit der entsprechenden Deponie abzustimmen.

### **Abschnitt Ost**

Die Mächtigkeit des Gleisschotters beträgt bis max. 0,70 m.

Nach den Untersuchungsergebnissen ist der Gleisschotter gemäß der Ersatzbaustoffverordnung (EBV) in die Einbauklasse GS 2 und nach Deponie-Verordnung in DK 0, bzw. DK I eingestuft.

Die Gleisschottermaterialien stellen sowohl im Falle der Gesamtfraktion als auch in der Feinfraktion keinen gefährlichen Abfall dar.

Die Entsorgung des Gleisschotters ist im Vorfeld mit der entsprechenden Deponie abzustimmen.

## **2 Angaben zur Ausführung**

### **2.1 Lage der Baustelle**

Die zu erneuernde Gleisanlage befindet sich westlich des Bahnhofs Heddesheim. Parallel zu der Strecke verläuft ein gemeinsamer Geh- und Radweg. Das Baufeld ist über den Bahnhof Heddesheim zu erreichen.

Die beiden Bahnübergänge sind während der Bauarbeiten gesperrt, jedoch dürfen nicht beide Bahnübergänge gleichzeitig gesperrt werden. Es ist zumindest einer der beiden Bahnübergänge immer im Betrieb zu halten.

### **2.2 Zugänge und Zufahrten**

Die Zufahrt zum Baufeld erfolgt aus Osten kommend über den Bahnhof Heddesheim. Die Zufahrt erfolgt über die Bahnhofstraße in Heddesheim und weiterführend über den bestehenden Geh- und Radweg, welcher parallel zu der zu erneuernden Strecke verläuft.

Weiterhin erfolgt die Zufahrt zum Baufeld aus Süden kommend über die L541 sowie den anliegenden Wirtschaftswegen bis zu den Bahnübergängen.

#### Allgemeines

Der AN hat sich vor Abgabe des Angebotes von den Örtlichkeiten, möglichen Sperrungen der Zufahrtsstraßen und vom Zustand der angegebenen Zufahrten zu informieren. Mehrkosten, die auf Unkenntnis der örtlichen Situation zurückzuführen sind, werden nicht vergütet.

Der Materialtransport kann über das öffentliche Straßennetz bis zur Baustelle erfolgen. Unvermeidliche entstehende Verschmutzungen der Fahrbahn sind vom AN umgehend auf eigene Kosten zu beseitigen. Die Anliegergrundstücke müssen während der gesamten Bauzeit für die Anlieger erreichbar sein. Hierfür erforderliche Arbeiten, wie das Herstellen von Rampen oder das Bereitstellen und Verlegen von Stahlplatten etc., sind einzukalkulieren.

Das Schaffen bzw. Erhalten des ursprünglichen Zustandes aller durch den AN benötigten Zufahrtswege nach Bauende ist in die Einheitspreise (z.B. Baustelleneinrichtung) mit einzurechnen.

## 2.3 Ver- und Entsorgungsanlagen im Baufeld

### Bestand

Seitens des AG wurde eine Erhebung des Bestandes durchgeführt und in einem Bestandsleitungsplan dargestellt. Dieser Bestandsleitungsplan liegt den Unterlagen als Anlage bei. Dieser Plan dient nur zur Information, es gibt keine Garantie auf Vollständigkeit bzw. auf Lagegenauigkeit.

Grundsätzlich ist es die Pflicht des Auftragnehmers, bei den zuständigen Ver- und Entsorgungsbetrieben die Lage der vorhandenen Kabel und Leitungen zu erfragen, auf Vollständigkeit zu prüfen und evtl. erforderliche Sicherungsmaßnahmen zu veranlassen. Darüber hinaus sind ggf. zusätzliche Forderungen der Leitungsträger zu erfragen und zu beachten.

Liste der Leitungsträger evtl. vorhandener Leitungen im Bereich der Maßnahme:

Wasserversorgung	Gemeinde Heddesheim
Abwasser	Gemeinde Heddesheim
Ferngasleitung mit Begleitkabel	OGE
Steuerkabel	Stadtwerke Viernheim
Mittelspannung Versorgungsfreileitung	Stadtwerke Viernheim
Mittelspannung Versorgungsleitung	Stadtwerke Viernheim
Strom stillgelegt	Stadtwerke Viernheim
Leerrohr – Trasse	Stadtwerke Viernheim
LWL-Trasse	Gasline
Telekommunikation	Vodafone
Verbundrohr	Fibernet

Die genaue Lage an Ort und Stelle hat der AN rechtzeitig vor Baubeginn bei den zuständigen Stellen zu erheben und durch diese am Ort markieren zu lassen, soweit die zuständigen Stellen nicht genaue Planunterlagen zur Verfügung stellen können. Der Aufsichtsführende der Baustelle hat sich durch die Leitungsträger einweisen zu lassen.

Beschädigungen an Ver- und Entsorgungsanlagen, die durch die Ausschreibungsunterlagen und Bestandspläne bekannt sind oder auf die die Eigentümer besonders hingewiesen haben, sind vom AN zu verantworten. Auf das Baufeld kreuzende Versorgungsleitungen und Kabel ist besonders zu achten. Kreuzungen von Leitungen sind zu sichern. Die Vorschriften der einzelnen Leitungsträger sind zu beachten. Diese hat sich der AN zu beschaffen. Die Leitungsgräben sind entsprechend den geltenden Vorschriften zu verfüllen und zu verdichten.

Beim Einsatz von Stampfern und Rüttlern ist die geforderte Mindestüberdeckung der Leitungen zu beachten.

Das Freilegen und Verfüllen von Leitungsgräben von Leitungen und Kabeln darf nur nach vorheriger Information des Eigentümers oder seines Bevollmächtigten erfolgen.

Ist es im Zuge der Bauarbeiten notwendig, vorhandene Ver- bzw. Entsorgungsleitungen zu unterbrechen bzw. abzuschalten, ist dies vom AN mind. 5 Werktage vorher, wenn nichts anderes vereinbart wird, mit dem zuständigen Leitungsträger und der Bauüberwachung des AG abzustimmen. Unvorhergesehene Unterbrechungen (Beschädigungen) durch den AN sind dem Leitungsträger und der Bauüberwachung des AG unverzüglich mitzuteilen, sowie kostenlos und unverzüglich durch den Auftragnehmer zu beheben.

Für die notwendige Sicherung und Verlegung von Kabelanlagen, Gas- und Wasserleitungen, Elektro-, Fernmelde- sowie Leit- und Sicherungstechnik Kabeln hat der AN sämtliche Erdarbeiten (z.B. Suchschachtungen) und soweit notwendig, die Verlegung von Leerrohren und Schächten durchzuführen. Eventuell notwendige Neuverlegungen von Kabeln und Leitungen werden durch den Leitungsträger durchgeführt; sie sind nicht Bestandteil dieser Ausschreibung.

## **2.4 Anschlussmöglichkeiten an Ver- und Entsorgungsanlagen**

Die Schaffung der notwendigen Anschlüsse und die Vereinbarungen mit den zuständigen Ämtern und Versorgungsunternehmen trifft der AN in eigener Zuständigkeit zu seinen Lasten.

## **2.5 Baustelleneinrichtungs-, Lager- und Arbeitsplätze**

Für die Baustelleneinrichtung steht eine Fläche in der Bahnhofstraße im Bereich der Wendeschleife Heddesheim in unmittelbarer Nähe der Maßnahme zur Verfügung.

Möglich Baufelder, die nicht durch den ÖPNV genutzt werden, können ebenfalls temporär als Lagerfläche genutzt werden. Die vom AN zur Verfügung gestellten Baustelleneinrichtungsflächen sind in den Bauphasenplänen dargestellt.

Sollten darüber hinaus Baustelleneinrichtungsflächen benötigt werden ist dies Sache des AN.

Sollte ein Umsetzen der Baustelleneinrichtung im Zuge des Baufortschrittes erforderlich sein, ist dies in die entsprechenden Positionen einzurechnen und wird nicht gesondert vergütet.

Benötigte Flächen hat sich der AN in Absprache mit dem AG und den angrenzenden Grundstückseigentümern selbst zu beschaffen. Nach der Durchführung der Baumaßnahme ist der ursprüngliche Zustand der benötigten Flächen wieder herzustellen.

Der Bieter ist verpflichtet, sich vor Abgabe des Angebotes an Ort und Stelle über die Art und den Umfang der Arbeiten zu unterrichten und Einsicht in die Ausschreibungspläne zu nehmen.

Der Bieter erklärt durch seine Unterschrift, dass ihm die örtlichen Verhältnisse einschließlich Baustelleneinrichtungsfläche und Transportwege bekannt sind und dass er in der Lage war, aufgrund der Leistungsbeschreibung alle für die Preisbildung in Frage kommenden Umstände zu berücksichtigen und Nachforderungen in Unkenntnis der örtlichen Verhältnisse ausgeschlossen sind. Eventuelle Unklarheiten hat der Anbieter vorab zu klären.

Die Gleisbaustoffe werden vom AG ab dem 01.09.2025 auf die Baustelle geliefert. Eine Fläche für die Montage der Gleisjoche ist innerhalb der BE-Fläche einzurichten. Nach Abschluss der Gleisarbeiten ist das Lager zu räumen und im ursprünglichen Zustand wiederherzustellen.

### 2.5.1 Erschließung und Sicherung der Baustelleneinrichtungsfläche

Die Baustelleneinrichtungsflächen sind, soweit erforderlich, zu befestigen, zu entwässern und nach Abschluss der Baumaßnahme zurückzubauen. Die Kosten hierfür sind in die Position Baustelleneinrichtung einzurechnen. Die Art der Befestigung und der Entwässerung ist im Baustelleneinrichtungsplan darzustellen. Ein dargestelltes Konzept der Baustelleneinrichtung mit den in Anspruch genommenen Flächen ist vom AN unmittelbar nach Auftragsvergabe unaufgefordert vorzulegen.

Die Verkehrssicherung innerhalb der Baustelleneinrichtungsflächen und der nichtöffentlichen Zuwegungen zu den einzelnen Baustellenabschnitten, sowie aller vom AN sonst benutzten Wege und Flächen ist Sache des AN. Er hat sie einvernehmlich mit dem AG in eigener Verantwortung durchzuführen.

Innerhalb der Baustelleneinrichtungsflächen vorhandene Schächte, Schalter, Schieber und Brunnen usw. sind zu sichern bzw. ihre Zugänglichkeit sicherzustellen.

Für die erforderliche Beschilderung an öffentlichen Straßen sind vom AN Beschilderungspläne aufzustellen und rechtzeitig von den zuständigen Behörden genehmigen zu lassen.

Die Beleuchtung der Baustelle und Zuwege muss nach den jeweiligen Erfordernissen ausgelegt sein.

Die Stromkosten hierfür sind mit den Pauschalen der Baustelleneinrichtung abgegolten.

Alle Bereiche der Baustelle sind der Bauüberwachung des AG zugänglich zu machen. Hierfür erforderliche Bohlenwege, Leitern und Treppen sind vom Auftragnehmer vorzuhalten. Alle Zugänge haben den geltenden Sicherheitsbestimmungen zu entsprechen.

Leitungen und Kabel innerhalb der Baustelleneinrichtungsflächen sind vom AN selbst zu ermitteln, zu berücksichtigen und falls erforderlich, in Abstimmung mit den Versorgungsträgern zu sichern.

Alle Kosten für die Erschließung und Sicherung der Baustelle sind, soweit keine gesonderten Positionen ausgewiesen sind, in die Pauschalen der Baustelleneinrichtung einzurechnen.

## 2.5.2 Baustelleneinrichtungsplan

Der Auftragnehmer erstellt innerhalb von 10 Werktagen nach Auftragsvergabe einen ausführlichen Baustelleneinrichtungsplan im Maßstab 1:500, und übergibt diesen dem AG.

In diesen Plänen sind die Baustelleneinrichtungen, alle für den Baustellenbetrieb vorgesehenen Straßen und Wege, Hilfswege, Depots, Unterkünfte, sanitären Anlagen mit Abwasserbeseitigung und dergleichen sowie der Ver- und Entsorgungsleitungen darzustellen.

Die Kosten für die Aufstellung sind in die Positionen der Baustelleneinrichtung mit einzurechnen.

## 2.5.3 Ver- und Entsorgung der Baustelle

Die Ver- und Entsorgung der Baustelle mit Strom, Wasser, Telefon, etc. obliegt dem AN und ist mit den örtlichen Versorgern abzustimmen. Die im Zusammenhang mit der Ver- und Entsorgung der Baustelle entstehenden Kosten, die Kosten für die Herstellung aller Anschlüsse und die Kosten für den Verbrauch werden nicht gesondert vergütet und sind in die Pauschalen der LV-Positionen für die Baustelleneinrichtung einzurechnen.

Alle aus den Baubaracken, Kantinen und sonstigen Baustelleneinrichtungen anfallenden Abwässer müssen den allg. Vorschriften entsprechend entsorgt werden. Die entsprechenden Vorschriften der zuständigen Wasserbehörden sind einzuhalten. Wasserrechtliche Genehmigungen sind durch den AN rechtzeitig einzuholen. Auf den befestigten Flächen der Baustelleneinrichtung anfallendes Oberflächenwasser ist soweit erforderlich zu sammeln, über einen Schlammfang zu leiten und einer natürlichen Vorflut zuzuleiten.

Treibstofflager, Reparatur- und Waschplätze sind von den zuständigen Wasserbehörden genehmigen zu lassen, und so anzulegen, dass eine Verschmutzung des Grundwassers nicht eintreten kann. In diesen Bereichen anfallendes Oberflächenwasser ist vor der Zuleitung zum Vorfluter über einen Benzinabscheider zu leiten. Die Vorschriften über die Verordnung über das Lagern wassergefährdender und brennbarer Flüssigkeiten sind einzuhalten. Die Umschlagstellen müssen wasserdicht und flüssigkeitsfest befestigt sein. Abläufe in unmittelbarer Nähe dürfen nicht vorhanden sein oder müssen mit selbstschließenden Leichtflüssigkeitsabscheidern gemäß DIN 1999 versehen sein.

Soweit die Lagerung wassergefährdenden Flüssigkeiten nicht durch landesrechtliche Vorschriften geregelt ist, wird festgesetzt:

Kraftstoffbehälter sowie Öl- und Schmierstoffe dürfen auf der Baustelle nur in einem abgeschlossenen Raum oder in einem abschließbaren umfriedeten Teil der Baustelle gelagert werden. Der Lagerplatz ist so zu wählen, dass kein Kraft- oder Schmierstoff in den Untergrund oder in ein oberirdisches Gewässer gelangen kann. Die Lagerung solcher Stoffe auf der Baustelle ist auf das zur Aufrechterhaltung des Betriebes notwendige Maß zu beschränken.

Die Leitung zur öffentlichen Kanalisation und die sonstigen im Zusammenhang mit der Ver- und Entsorgung der Baustelle entstehenden Kosten sind, soweit keine gesonderten Positionen ausgewiesen sind, in die Pauschalen der Baustelleneinrichtung einzurechnen und werden nicht gesondert vergütet.

## 2.6 Räumung der Baustelle

Nach Räumung der Baustelle hat der AN binnen 4 Wochen Bescheinigungen der privaten und öffentlichen Grundstückseigentümer bzw. Nutzungsberechtigten, deren Flächen und Anlagen während der Bauzeit von ihm benutzt wurden, dem AG vorzulegen, aus denen hervorgeht:

- dass der ursprüngliche Zustand wieder hergestellt ist,
- dass alle Auflagen erfüllt sind und
- dass der Grundstückseigentümer/Nutzungsberechtigte den AG von Forderungen jeglicher Art freistellt.

Die Kosten sind in die Einheitspreise der Baustelleneinrichtung einzurechnen.

## 2.7 Baugeräte

Fahrzeuge und Maschinen müssen ordnungsgemäß gewartet sein, dem Stand der Technik entsprechen und sich in technisch einwandfreiem Zustand befinden.

Generell ist vom Auftragnehmer die Allgemeine Verwaltungsvorschrift Baulärm (AVV-Baulärm) einzuhalten und dies dem Auftraggeber nachzuweisen.

Zur Minimierung der Immissionsbelastung für die Schutzgüter Wohnumfeld/Erholungsnutzung und Biotop- und Artenschutz sind immissionsarme, dem Stand der Technik entsprechende Arbeits- und Baumaschinen mit Abgasreduzierung und Staubfilter einzusetzen.

Alle Fahrzeuge und Maschinen müssen mit doppelwandigen Kraftstofftanks ausgestattet sein. Weiterhin wird zur sofortigen Schadensbegrenzung im Falle von Havarien das Mitführen von Ölbindemitteln, Schaufeln, Folien etc. auf den Fahrzeugen vorgeschrieben. Das entsprechende Baustellenpersonal muss in den Umgang der Ölbindemittel eingewiesen sein, damit eventuell freigesetzte Kraft- und Schmierstoffe sofort behandelt werden können und das Ausbreiten von Schadstoffen verhindert wird. Eingetretene Schäden mit grundwasserschädigender Auswirkung sind sofort an den Auftraggeber sowie an die zuständige Behörde zu melden.

Die Verwendung von synthetischem Hydrauliköl ist generell untersagt. Stattdessen ist biologisch abbaubares Öl zu verwenden.

Alle vorgenannten Maßnahmen werden nicht gesondert vergütet und sind in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen.

## 2.8 Besondere Anmerkungen zur Baustelle

Alle in diesem Abschnitt genannten Behinderungen und Erschwernisse werden nicht gesondert vergütet und sind in die entsprechenden Einheitspreise einzurechnen.

### 2.8.1 Immissionsschutz

#### Grundsätzliches

Bei den durchzuführenden Arbeiten ist der Baulärm auf das unumgängliche Maß zu beschränken. Es sind Maschinen mit möglichst geringer Geräuschentwicklung einzusetzen sowie die technischen Möglichkeiten voll zu nutzen, um die Bauausführung umweltgerecht zu gestalten. Die gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz gegen Immission (z.B. Lärm, Staub) sind vom AN zwingend einzuhalten. Die erforderlichen gewerbepolizeilichen Genehmigungen zum Beispiel für Sonntags- oder Nachtarbeit und die Regelungen evtl. Einsprüche in Bezug auf den Immissionsschutz sind Sache des AN.

#### Baulärm

Während der Bauzeit hat der AN sicherzustellen, dass die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum Schutz gegen Baulärm vom 19.08.1970 - AVV Baulärm - beachtet wird.

Lärmintensive Arbeiten (insb. Aufstemmen von Asphaltdecken mittels Presslufthammer, Verdichten von Schotter mit Rüttelplatten) dürfen arbeitstäglich maximal acht Stunden zum Einsatz kommen.

Es sind geräuscharme Bauverfahren und Baumaschinen nach dem Stand der Lärminderungstechnik zu wählen.

Die Baustelleneinrichtung ist unter Lärmschutzgesichtspunkten zu optimieren. Stationäre geräuschintensive Baumaschinen, deren Einsatz nicht vermeidbar ist, sind möglichst weit von der Wohnbebauung entfernt zu platzieren.

#### Erschütterungen

Es dürfen grundsätzlich nur erschütterungsarme Bauverfahren und Baumaschinen eingesetzt werden. Die DIN 4150-2 (Erschütterungen im Bauwesen - Einwirkungen auf Menschen in Gebäuden) und die DIN 4150-3 (Erschütterungen im Bauwesen - Einwirkungen auf bauliche Anlagen) sind einzuhalten.

### 2.8.2 Baustellenkontrollen



Der AN ist verpflichtet, an arbeitsfreien Tagen oder bei ein- oder mehrtägigen Arbeitsunterbrechungen der jeweiligen Bauabschnitte die Baustelle zu kontrollieren. Dies ist schriftlich zu dokumentieren und zu unterzeichnen.

Die Kontrollen sind von fachkundigen Kräften auszuführen, die bei besonderen Vorkommnissen als 24h Notdienst einsetzbar sind, und die in der Lage sind, Gefahr drohende Zustände zu erkennen und ggf. zu beseitigen.

Bei unvorhergesehenen Ereignissen - bei Unfällen und dgl. - ist nach einem vom SiGe-Koordinator aufgestellten Alarmplan zu verfahren.

### 2.8.3 Schäden gegenüber Dritten

Der AN haftet für alle Schäden, die er schuldhaft bei Durchführung seiner vertragsgemäßen Leistungen gegenüber Dritten verursacht.

## 2.9 Benennen eines Bauleiters; Baustellenpersonal

Der Bauleiter des AN und seine Vertreter sind sofort nach Auftragserteilung unaufgefordert schriftlich zu benennen. Die ständige Anwesenheit des Bauleiters bzw. seines Vertreters ist sicherzustellen. Jeder Wechsel verantwortlicher Personen ist sofort der bauüberwachenden Stelle mitzuteilen.

Der Bauleiter und der Leiter der technischen Bearbeitung haben auf Verlangen an den Baubesprechungen mit dem AG teilzunehmen.

Auf der Baustelle muss während der Bauarbeiten ständig ein verantwortlicher, der deutschen Sprache in Wort und Schrift kundiger, mit Mobiltelefon ausgestatteter Polier oder Schachtmeister anwesend sein. Es darf nur entsprechend ausgebildetes und mit den anfallenden Arbeiten und vorgesehenen Materialien vertrautes Personal zum Einsatz kommen. Referenzen für das eingesetzte Personal sind dem AG und der Bauüberwachung auf Verlangen vorzulegen.

### **3 Angaben zur Ausführung**

#### **3.1 Arbeiten im Gleisbereich**

##### **3.1.1 Sicherheitsbelehrung über Gefahren der Bahnstromanlagen bzw. im Gleisbereich**

Vor Beginn der Baumaßnahme führt der AN in eigener Zuständigkeit in Zusammenwirken mit Rhein-Neckar-Verkehr GmbH die Sicherheitsbelehrung seines Führungspersonals über die Gefahren aus erdverlegten Leitungen und Bahnstromanlagen bzw. für Arbeiten im Gleisbereich durch. Diese Sicherheitsbelehrung ist mit Unterschrift zu dokumentieren.

Die Arbeiten finden teilweise unter der Oberleitung (ausgeschaltet) statt. Ein Höhenbegrenzer ist während der Baumaßnahme erforderlich. Das ist Sache des AN und ist in die entsprechenden Einheitspreise einzukalkulieren.

Für eventuelle Arbeiten vor und nach der Vollsperrung des Bahnbetriebs sind Sicherungsposten / Sicherungsaufsichtskraft durch den AN zu stellen. Erschwernisse durch laufenden Bahnbetrieb sind in den Einheitspreisen zu berücksichtigen.

##### **3.1.2 Arbeitsstellenbeleuchtung**

Die Arbeitsstellenbeleuchtung bei Nachtarbeiten ist grundsätzlich Sache des Auftragnehmers und in die Einheitspreise der betreffenden Positionen einzurechnen. Die Leistungen umfassen das Aufstellen, Betreiben und ggf. Umsetzen der Beleuchtung im Zuge des Baufortschritts sowie das Abbauen der Beleuchtungsanlagen nach Wahl des AN.

##### **3.1.3 Stopfarbeiten**

Soweit im Positionstext keine Angaben über die Art des Stopfens gemacht werden, bleibt die Wahl des Stopfverfahrens, maschinell oder von Hand, dem AN überlassen. Die Preise sind vom AN entsprechend seiner Wahl zu kalkulieren. Zulagen für Handstopfen werden nicht gewährt.

##### **3.1.4 Ladearbeiten, Baugeräte**

Für Ladearbeiten erforderliches Hebezeug hat der AN zu stellen und in die Einheitspreise der entsprechenden Positionen einzurechnen. Das Hebezeug muss zum Schutz von Arbeiten unter Bahnstromanlagen unbedingt mit Hubbegrenzung ausgestattet sein.

#### **3.2 Sicherheits- und Gesundheitsschutz auf Baustellen**

Der AG beauftragt einen Dritten mit den Aufgaben des SiGeKo während der Ausführungsphase. Der SiGeKo weist die am Bau Beteiligten vor Baubeginn ein.

Der AN übergibt 2 Wochen vor Baubeginn die Gefährdungsanalysen an den AG. Der AG leitet den freigegebenen Bauzeitenplan und die o.g. Daten zur Einarbeitung in den SiGe-Plan an den SiGeKo weiter.

Der AN aktualisiert im Bedarfsfall die Nachunternehmerliste und legt diese dem AG (SiGeKo) unaufgefordert und rechtzeitig vor dem geplanten Einsatz des Subunternehmers einschließlich dessen Gefährdungsanalyse vor. Der SiGeKo schreibt den SiGe-Plan fort und weist die am Bau Beteiligten vor Baubeginn ein. Die Pflichten der Arbeitgeber entsprechend den gesetzlichen Arbeitsschutzbestimmungen bleiben hiervon unberührt.

Die Baustellenordnung ist zu beachten.

### **3.3 Vermessung**

Der AN erhält vom AG Deckenhöhenpläne, Achsübersichtspläne und Achslisten mit allen Hauptpunkten (Lage & Höhe) für die Gleise und alle relevanten Ränder.

Weiterhin erfolgt eine einmalige Absteckung der Hauptpunkte der Gleisachsen durch den Vermesser des AG.

Von Seiten des AG werden dem AN im Baubereich folgende Absteckungspunkte / – unterlagen übergeben:

1. Angabe von Maßen (Abstand und Höhe) zu vermarkten Abstecksicherungspunkten. Gleisachsen in Bögen und Klothoiden: in 5 m-Intervallen. Gleisachsen in der Geraden: in 10 m-Intervallen
2. Übergabe der gerechneten Achsen und Gradienten 1-fach digital / analog sowie der Koordinaten und Höhen der Festpunkte.

Ab der Übergabe ist der AN für die Erhaltung dieser Punkte verantwortlich. Bei Beschädigung oder Verlust muss er diese wieder auf seine Kosten herrichten lassen. Alle weiteren Absteckungen und Vermessungen, welche für und während der Ausführung erforderlich werden, hat der Auftragnehmer selbst und in eigener Regie und auf eigene Rechnung durchzuführen.

Sämtliche weitere für die Durchführung der Baumaßnahme erforderlichen vermessungstechnischen Arbeiten wie z.B. das Berechnen und Abstecken von Achskleinpunkten / Fahrbahnränder / Festpunkte / usw. sind vom AN auszuführen und sind in die Position der Vermessungsarbeiten einzurechnen.

Eventuell erforderliche Vermessungsarbeiten zur Anpassung an örtliche Gegebenheiten sind anhand der vorhandenen Ausführungsunterlagen bzw. nach Angabe des Auftraggebers vom Auftragnehmer durchzuführen. Die Leistungen sind in die jeweiligen Positionen einzurechnen und werden nicht

gesondert vergütet.

Vorhandene Grenz- und Vermessungszeichen sind zu sichern.

Der AN hat im Bedarfsfall die Sicherung von Grenzsteinen, Polygonpunkten usw. beim zuständigen Katasteramt zu veranlassen.

Beschädigte oder entfernte Grenz- oder Vermessungspunkte werden auf Kosten des AN wiederhergestellt.

Die örtlichen Aufmaße sind in einem Aufmaßplan im Maßstab 1:250 zusammenzufassen. Die Kosten sind in die entsprechenden Positionen einzukalkulieren.

Sämtliche Absteckungsarbeiten sind Sache des AN. Sämtliche Vermessungsarbeiten, die der Erfassung und Erstellung der Abrechnungsgrundlagen dienen, sind vom AN durchzuführen.

Die Unterlagen sind in digitaler Form mit Soll-Ist-Vergleich unmittelbar nach der Aufnahme vorzulegen. Die Lage- und Höhengenaugigkeit der Straßen, Bauwerke usw. ist gemäß dem Leistungsverzeichnis und der einschlägigen Vorschriften zu erstellen. Dies gilt ebenso für das Planum so-wie alle Tragschichten, Asphalt-schichten und Betonschichten.

### **3.4 Bestandsunterlagen**

Der AN ist verpflichtet während den Arbeiten die eingebauten Leerrohre aufzumessen. Die Daten sind entsprechend den Vorgaben aus der Position im LV an die rnv zu übergeben. Die Herstellung der Bestandsunterlagen an sich erfolgt durch den AN.

Der Auftragnehmer hat eine Bestandsvermessung und Dokumentation gemäß der Beschreibung im Leistungsverzeichnis zu erbringen. Der Auftragnehmer hat sich an die Vorschriften zur CAD-Dokumentation der rnv zu halten. Diese sind im Anhang 2 dieser Ausschreibung beigelegt.

### **3.5 Baustoffe**

Der AN ist verpflichtet, vor der Bestellung bzw. Beifuhr von Baustoffen die im LV aufgeführten Massen zu überprüfen. Für Fehlbestellungen und Restmengen wird kein Kostenersatz geleistet.

Alle zu liefernden Stoffe und Bauteile müssen den jeweiligen DIN bzw. den technischen Vorschriften entsprechen.

Eignungsprüfungen sind rechtzeitig vor Einbau vorzulegen.

Dem AG sind alle Originallieferscheine zu übergeben, insbesondere die Originallieferscheine der im LV in Kilogramm oder Tonnen ausgeschriebenen Mengen.

Alle zu entsorgenden nicht-kontaminierten Materialien gehen in Eigentum des AN über. Alle kontaminierten Materialien, die zu entsorgen sind, gehen in den Besitz des AN über. Die Beseitigung von Abfallstoffen durch Recycling ist anzustreben. Bei Nichtverwertbarkeit hat die ordnungsgemäße Entsorgung unter Beachtung abfallrechtlicher Vorschriften zu erfolgen. Über die Nichtverwertbarkeit und somit über die Schadstoffklasse des Aushubs entscheidet ein Fachingenieur (Bodengutachter bzw.

Bodenchemiker), der über den AG beim Auftreten zweifelhafter Aushubmassen umgehend anzufordern ist. Dem AG ist durch den AN die geordnete Entsorgung nachzuweisen.

Alle durch neue Baustoffe verdrängten Materialien sind vom AN auf eine geordnete Deponie zu bringen. Alle recyclingfähigen Stoffe sind auszusondern und genehmigten Aufbereitungsanlagen zuzuführen. Die Transport-, Aufbereitungs- und Deponiekosten sind in entsprechende Einheitspreise einzurechnen.

Bei Sonderabfällen sind die gesetzlichen Richtlinien und Entsorgungswege einzuhalten. In diesem Fall werden Deponie- und ggf. Sonderdeponiekosten auf Nachweis erstattet. Evtl. erforderliche Analysen für die vom AN vorgesehenen Verwertungs- bzw. Entsorgungswege der Abbruchmaterialien sind in die entsprechenden Leistungspositionen einzurechnen.

Die abfalltechnische Begleitung der Baumaßnahme wird an den AN übertragen. Der AN fungiert als Abfallerzeuger. Er übernimmt die durch seine Tätigkeit anfallenden Abfälle in sein Eigentum – er wird Abfallbesitzer. Damit obliegen ihm alle abfallrechtlichen Verpflichtungen bezüglich der ordnungsgemäßen Verwertung bzw. Entsorgung gemäß Kreislaufwirtschaftsgesetz. Die Verwertung bzw. Entsorgungsweg muss frühzeitig zwischen AN und AG abgestimmt werden. Bei nachweispflichtigen Abfällen erhält der AG eine Kopie des Entsorgungsnachweises. Zur Verbleibskontrolle erhält der AG je nach Überwachungsbedürftigkeit der Abfälle Kopien aller Begleit- bzw. Übernahme- oder Wiegescheine.

Die Übernahme bzw. Begleitscheine sind von der örtlichen Bauüberwachung zu bestätigen zu lassen.

Die Übergabe der Belege hat baubegleitend zu erfolgen. Soweit aus den Entsorgungsnachweisen der Endverbleib der Abfälle nicht ersichtlich ist, sind diese offen zu legen und zu dokumentieren. Die Entsorgung hat unter Beachtung der geltenden Gesetze, Vorschriften, Richtlinien und Satzungen zu erfolgen.

Hierzu zählen u. a.:

- KrWG – Kreislaufwirtschaftsgesetz vom 24.02.2012
- LAbfG, Landesabfallgesetz vom 14.10.2008
- Bauschuttrichtlinie der Landesregierung

Soweit im Leistungsverzeichnis nichts anderes bestimmt ist, sind sämtliche Bau-, Behelfs- und Betriebsstoffe vom AN zu beschaffen und in die Einheitspreise einzurechnen.

### **3.6 Einbau von Asphalt**

Beim Einbau ist darauf besonders zu achten, dass es zu keiner Entmischung des Tragschichtasphalts kommt. Die Einbautemperatur der Asphaltschichten darf nicht unter 130 C° und über 180 C° liegen (erfordert ggf. Thermobehälter).

Deckschichten sollen mit einem Asphaltfertiger eingebaut werden. Entwässerung der Oberfläche durch eine entsprechende Querneigung ist sicherzustellen.

Alle Anschlüsse zur Schiene, Einbauten im Gleis (GEK'S, Koppelpulen etc.), Schächte etc. sind mit entsprechenden Fugen herzustellen.

Verdichtung der Asphalttrag- und Binderschicht im Gleisbereich ist mittels Rüttelplatte oder Walze vorzunehmen.

Die Verdichtung soll dabei von der Gleisachse in Richtung Kammerfüllelement erfolgen. Der Bereich neben den Kammerfüllelementen ist zusätzlich mit einem handgeführten Kleinstampfer (10 cm x 20 cm) nachzuverdichten.

Alle Verdichtungsarbeiten müssen bei einer Asphalttemperatur von 90 C° abgeschlossen sein.

### **3.7 Beweissicherung**

Es wird besonders darauf hingewiesen, dass bei durch die Bauarbeiten verursachte Schäden die Schadensregulierung dem AN obliegt.

Vor Beginn der Bauarbeiten führen der AG und der AN ein Beweissicherungsverfahren gemäß VOB B § 3 Abschnitt 4 durch.

Der AN hat vor Beginn der Bauarbeiten unter Mitwirkung der Bauüberwachung unter Beteiligung der betroffenen städtischen bzw. kommunalen Fachbereiche ein Beweissicherungsverfahren durchzuführen. Durch das Beweissicherungsverfahren soll der Zustand der Wege, Straße-Bahnverkehrsflächen sowie Freiflächen einschließlich Bewuchs, öffentliche Anlagen, vorhandene Einbauten und Möblierungen etc., festgestellt werden. Zu diesem Zweck ist durch den AN eine Fotodokumentation anzufertigen. Erkennbare Schäden sind darüber hinaus in geeigneter Weise zu dokumentieren.

Das Betreten fremder Grundstücke, das Anbringen von Marken u. ä. auf fremden Grundstücken ist nur mit Zustimmung des Eigentümers, ggf. auch des Pächters oder Mieters zulässig. Der AN hat das schriftliche Einverständnis der Betroffenen rechtzeitig herbeizuführen und sie dabei über die Zwecke des Beweissicherungsverfahrens zu unterrichten.

Der Auftragnehmer hat an den Beweissicherungsterminen zu beteiligen:

- Die Bauüberwachung der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH
- -Bei Grundstücken, die nicht Eigentum der Rhein-Neckar-Verkehr GmbH sind, die Eigentümer sowie ggf. die Pächter bzw. Mieter des Grundstücks
- -Bei öffentlichen Anlagen die zuständigen Behörden

Der AN hat über jeden Termin eine Niederschrift zu fertigen. Diese Niederschrift ist von allen am Termin Beteiligten durch Unterschrift anzuerkennen. Die Dokumentation (mit zuordenbaren, qualitativen Fotos) ist dem AG digital und in 2-facher Ausfertigung spätestens zwei Wochen vor Baubeginn zu übergeben.

Die Kosten für die Durchführung der Beweissicherung einschließlich der Anfertigung der erforderlichen Dokumentationen und Niederschriften sind in die Position Beweissicherung einzurechnen. Darüber hinaus erfolgt keine weitere Vergütung. Eventuelle Schadensersatzansprüche der Eigentümer hinsichtlich Schäden, welche durch den AN durch unsachgemäßes Arbeiten oder Fahrlässigkeit verursacht wurde, gehen zu Lasten des AN und sind zwischen diesem und den Betroffenen eigenständig zu regulieren.

Die im Vorfeld vom AN durchgeführte Beweissicherung wird dabei zu Grunde gelegt. Es wird besonders darauf hingewiesen, dass bei Schäden während der Ausführung die Schadensregulierung dem AN obliegt.

### **3.8 Wasserhaltung / Grundwasser**

Der AN hat während der Bauzeit für eine einwandfreie Oberflächenentwässerung zu sorgen. Ein länger offenstehendes Planum ist zu vermeiden. Treten während der Bauausführung größere Niederschlagsmengen auf, sind vom AN Maßnahmen zum Schutz des Planums zu ergreifen. Die Leistungen hierfür werden nicht gesondert vergütet.

Eine offene Wasserhaltung für anfallendes Oberflächenwasser wird nicht gesondert vergütet.

### **3.9 Abrechnung**

Für beide Abschnitte sind gemeindesame Abschlagsrechnungen aufzustellen. Die Abschlags- und Schlussrechnungen der Teilabschnitte sind gemeinsam an den AG zu senden.

Für beide Abschnitte wird eine gemeinsame Bestellung erteilt.

Zu jeder Position ist ein Aufmaßblatt zu erstellen, welches durch die örtliche Bauüberwachung zu unterzeichnen ist. Der Bezug zu Abrechnungsplänen und -skizzen ist herzustellen.

**Ab der 1. Abschlagsrechnung sind nachvollziehbare Massenermittlungen auf der**

**Grundlage von gemeinsam durchzuführenden Aufmaßen (AN und örtliche Bauüberwachung) vorzulegen.**

Es werden nur massenechte Abschlagszahlungen gewährt.

**Innerhalb von 12 Werktagen nach Inbetriebnahme der Stadtbahn ist eine Teilschlussrechnung zu stellen**

Zusätzlich zum Aufmaß und zum Abnahmeprotokoll ist vom Auftragnehmer ein Aufmaßplan zu fertigen. Angaben über die Lage verlegter Leitungen und Leerrohre erfolgen im Aufmaßplan durch Eintragung nachvollziehbarer Maßketten.

Der zuständige Abrechner der ausführenden Firma erstellt gemeinsam mit der BÜ des AG das Feldaufmaß. Auf Basis dieser Feldaufmaße sind elektronisch Aufmaßblätter zu erstellen, die zur Prüfung an die BÜ des AG übergeben werden. Diese sind binnen einer Frist von einer Woche von der BÜ zu prüfen und mit dem AN abzustimmen. Auf Grundlage dieser geprüften Aufmaße wird dann die Abschlagsrechnung erstellt.

Zu jeder Abschlagsrechnung ist ein akkumulierter Soll-Ist-Vergleich der ausgeführten bzw. beauftragten Leistungen als Excel-Tabelle beizulegen. Die Aufmaße der Baufirma sind in Papierform sowie im Datenformat DA 11 an den AG zu übergeben.

Werden Positionen nach Liefer- bzw. Wiegescheinen abgerechnet, so sind diese täglich der örtlichen Bauüberwachung vorzulegen und bestätigen zu lassen. Zur Schlussrechnung sind die Originalscheine nach Positionen geordnet beizufügen.

Eventuelle Mehraufwendungen für das Aufmaßwesen hat der AN in die Einheitspreise einzurechnen.

Sämtliche Zuschläge für Schichtbetrieb, Wochenend- Feiertags- und Nachtarbeit sind in die entsprechenden Positionen einzurechnen. Eine gesonderte Vergütung erfolgt nicht.



### 3.10 Umrechnungsfaktoren

Soweit im LV nicht gesondert aufgeführt, gelten für ggf. erforderliche Umrechnungen von Volumen in Gewicht und umgekehrt die nachfolgend genannten Schütt- und Raumdichten. Vom AG werden ausschließlich diese Werte akzeptiert bzw. herangezogen.

<b>Stoffart</b>	<b>Schüttdichte [t/m³]</b>	<b>Raumdichte [t/m³]</b>
Rheinsand 0/2 mm	1,60	1,85
Rollkies 16/32 mm	1,60	1,75
Filterkies 0/32	1,70	2,05
Filterkies 0/56	1,75	2,03
Kiessand 0/32 mm	1,80	2,30
Wandkies 0/X mm	1,80	2,30
Grobschotter 0/100, 0/200 mm	1,60	2,00
FSS/STS 0/32 bis 0/56	1,80	2,30
Gleisschotter	1,60	1,75
Siebschutt	1,70	2,00
Walzasphalt		2,40
Gußasphalt		2,45

### 3.11 Ausführungsunterlagen

Dem Auftragnehmer werden die Ausführungspläne rechtzeitig übergeben. Nicht in den Ausführungsplänen enthaltene Details und Angaben, die zur Bauausführung aber benötigt werden, sind mindestens 10 Werktage vor Gebrauch einzufordern. Der Auftragnehmer hat vor Ausführung der Arbeiten sämtliche Planmaße zu prüfen und bei Abweichungen mit der Bauleitung des AG Rücksprache zu nehmen.

Für die Bauausführung dürfen nur Pläne verwendet werden, die den Freigabevermerk des AG tragen. Eine Prüfung und Genehmigung von Ausführungsunterlagen Dritter durch den Auftraggeber schränken die Verantwortung und Haftung des Auftragnehmers nach dem Vertrag nicht ein.

Vom AG werden im Wesentlichen folgende Unterlagen erstellt:

- Lagepläne, Regelquerschnitte und Höhenpläne
- Bestandsleitungsplan

- Detaillierter Bauphasen- und Verkehrszeichenpläne
- Deckenhöhenpläne
- Achsübersichtsplan, Achs- und Gradientenlisten (Hauptpunkte)
- Gleistrassierungspläne

Vom AN sind folgende Unterlagen zu liefern:

- Baustelleneinrichtungsplan und Rahmenterminplan
- Gefahrenanalyse und Nachunternehmerliste (für SiGe-Plan)
- Entsorgungsnachweise
- Eignungsprüfungen und Gütenachweise der Baustoffe
- Prüfergebnisse der Eigenüberwachungen gem. ZTV
- Prüfergebnisse der Fremdüberwachungen gem. ZTV
- Verkehrsrechtliche Anordnungen mit Verkehrszeichenplänen (4-fach)
- Notwendige statische Nachweise und Ausführungszeichnungen für Baugrubenverbau
- Genehmigung der Gemeinde Heddesheim für Arbeiten an öffentlichen Straßen, Aufgrabungsanzeige

Ggf. erforderliche Prüfdauern hat der AN rechtzeitig vorher bei den genehmigenden Behörden zu erfragen und bei der Terminplanung zu berücksichtigen.

Die örtliche Überprüfung sämtlicher Maße und Höhen, der Bauzeitenplan einschl. Fortschreibung sowie der Baustelleneinrichtungsplan werden – sofern keine Positionen für die einzelnen Leistungen im LV vorhanden sind – **nicht gesondert vergütet** und sind in die entsprechenden Einheitspreise der LV-Positionen **einzurechnen**.

### 3.12 Absteckung / Festpunkte

Die Absteckung erfolgt durch einen Vermesser des AN. Die Arbeiten werden nicht gesondert vergütet und sind in den jeweiligen LV-Positionen einzurechnen.

Der AN ist für die Erhaltung der Festpunkte im Baufeld verantwortlich. Bei Beschädigung muss er diese wieder auf seine Kosten herstellen lassen. Alle weiteren vermessungstechnischen Arbeiten, die zur Fertigstellung der Maßnahme erforderlich sind, werden nicht gesondert vergütet und sind in den jeweiligen LV-Positionen einzurechnen.

Vor Beginn der Bauarbeiten hat sich der AN über die Lage der Grenz- und sonstigen Vermessungspunkte zu orientieren.

### **3.13 Koordination zwischen verschiedenen Unternehmen**

Der Rückbau und Neubau der Verkabelung zu der Lichtsignaltechnik (Koppelspule, etc.) erfolgt über die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH selbst bzw. einen Dritten. Die Regulierung der Fahrleitungsanlage nach Fertigstellung der Gleisstrecke erfolgt gleichfalls über die Rhein-Neckar-Verkehr GmbH selbst bzw. einen Dritten.

Aufgrund der verschiedenen Bauunternehmen im Baufeld wird Koordination untereinander unumgänglich sein.

Eventuelle Erschwernisse durch zeitgleichen Arbeiten Dritter im Baufeld werden nicht gesondert vergütet.

## **4 Sonstiges**

### **4.1 Allgemeines zum Leistungsverzeichnis**

Die Angebote werden elektronisch ausgewertet, dazu ist es erforderlich, bei allen Positionen den EP und GB einzutragen, d.h. auch bei Positionen, welche die Menge 1 haben.

Im nachfolgenden Leistungsverzeichnis ist die gesamte zu erbringende Leistung beschrieben.

Vom AN für notwendig erachtete Änderungen, Ergänzungen und Zusatzkonstruktionen, bedingt durch

- fachtechnische Regeln
- Herstellungs- und Produktionsverfahren

sind bei der Kalkulation zu berücksichtigen; abgerechnet wird nach der LV-Position.

**Nebenangebote sind nicht zugelassen.**

### **4.2 Bedenken des Bieters gegen die vorgesehene Ausführung**

Wenn der Bieter gegen die in den Ausschreibungsunterlagen beschriebene Ausführungsart insgesamt oder auch nur in Teilbereichen Bedenken hat, ist er verpflichtet diese Bedenken oder Einwände schon im Anschreiben zu seinem Angebot mit der Angebotsabgabe anzumelden. Die Bedenken sind im Einzelnen zu erläutern bzw. zu belegen.

Der Bieter muss sich also über die technischen Möglichkeiten zu der Ausführung der Baumaßnahme in dem ausgeschriebenen Sinne durch Rücksprache mit dem AG genau informieren.

Mit dem Verzicht auf Anmeldung von Bedenken gegen die vorgesehene Ausführung erklärt der Bieter, dass sein Angebot eine bindende Zusage darstellt und er die Bauleistungen in dem im Leistungsverzeichnis dargelegten Sinne auszuführen gewillt ist.

### **4.3 Änderungen der Mengenansätze**

Der Auftragnehmer ist verpflichtet, die eingebauten Mengen im Zuge seiner Arbeiten zu überwachen. Sollte bei der Ausführung eine wesentliche Mengenmehrung ersichtlich sein, so ist dies dem AG unverzüglich mitzuteilen.

### **4.4 Nachtragsangebote und außervertragliche, vorgesehene Arbeiten**

Für Leistungsänderungen und Zusatzleistungen gemäß VOB/B § 2 Nr. 5 und 6 gelten die Vertragsbedingungen des Hauptangebotes.

Die Nachtragsbearbeitung erfolgt gemäß den AGB's der rnv. Die AGB's können online unter <http://www.rnv-online.de> sowie unter <http://www.rnv-online.de/agb-planung-bau/> eingesehen werden.

Für sämtliche zusätzlichen Leistungen sind vor Ausführung Mehrkostenanmeldungen einzureichen. Im Nachgang eingereichte Mehrkostenanmeldungen werden nicht anerkannt. Die Nachträge sind den Mehrkostenanmeldungen zuzuordnen und gemäß der LV-Struktur aufzubauen.

Für Nachtragsangebote gelten die Bedingungen des Hauptauftrags einschließlich der dort vereinbarten Nachlässe.

Sollten neue Preise oder zusätzliche Leistungen vereinbart werden, so hat der AN die Preisermittlung (Nachtragskalkulation) einschließlich eventueller Lieferrechnungen, Rabattvereinbarungen u. ä. rechtzeitig dem AG zu übergeben.

Die Preisermittlung wird nach vorbehaltloser Annahme der Schlusszahlung zurückgegeben.

Der Mittellohn ist auf der Lohnbasis des Hauptangebotes vom AN in dieser Preisermittlung nachzuweisen.

#### **4.5 Vorschriften und Richtlinien**

Für alle Materialien und Teile sowie für die Ausführung der gesamten Leistungen gelten die anwendbaren DIN- und sonstigen technischen und gesetzlichen Vorschriften in der neuesten Fassung, auch wenn sie in den Verdingungsunterlagen nicht ausdrücklich erwähnt sind (vgl. auch die zusätzlichen technischen Vorschriften).

#### **4.6 Angebotsbegleitschreiben**

Begleitschreiben zum Angebot, die den Sinn einzelner Positionen näher festlegen sollen, sowie Änderungen durch Streichungen oder Zusätze in der Angebotsbeschreibung sind unzulässig. Beim Verstoß hiergegen kann das Angebot vom Wettbewerb ausgeschlossen werden.

Etwaige Unklarheiten über die Leistungsbeschreibung oder die dazugehörigen Ausschreibungsunterlagen sind rechtzeitig vor Abgabe des Angebotes der Vergabestelle mitzuteilen. Fristende für die Stellung von Bieterfragen wird in den Vergabeunterlagen benannt. Fragen, die nach Ablauf der genannten Frist gestellt werden, können als verspätet zurückgewiesen werden.

#### **4.7 Mehrkosten**

Während der Ausführungszeit eventuell eintretende Mehrkosten des AN durch steigende Baustoff-, Bauhilfsstoff- und Betriebsstoffpreise oder Fuhrkosten und dergl. bedingen keine Erhöhung der Angebotspreise.

Angebote mit Preisvorbehalt werden vom Wettbewerb ausgeschlossen.

Es wird keine Lohn- und Stoffpreisgleitklausel vereinbart. Zu erwartende Erhöhungen sind in die Einheitspreise einzurechnen.

#### **4.8 Güte und Beschaffenheit der Baustoffe**

Für die Güte und einwandfreie Beschaffenheit der zur Verwendung kommenden Baustoffe haftet dem AG gegenüber allein der AN, nicht etwa die Hersteller- oder Lieferfirmen.

Der Auftragnehmer hat die erforderlichen Stoffprüfungen durchführen zu lassen, die Kosten dafür zu tragen und das Ergebnis auf Verlangen dem Auftraggeber mitzuteilen.

#### **4.9 Durchführung der Arbeiten**

Vorhandene Grenzsteine oder Polygonpunkte auf öffentlichen Flächen sind vor Beginn der Grabarbeiten durch das zuständige Vermessungsamt zu sichern. Die Beauftragung erfolgt durch den AN zu seinen Lasten.

Der Auftragnehmer ist für alle auf der Baustelle in seinem Auftrag tätigen Unternehmer, für die Verhandlungen mit dem Ordnungsamt und der Polizeibehörde verantwortlich. Der AG ist über alle Verhandlungen so rechtzeitig zu informieren, dass seine Teilnahme möglich ist.

Der Auftraggeber kann über eine Arbeitsunterbrechung verfügen, wenn nicht einwandfreies Material eingebaut wird oder wenn nach der Ansicht des Auftraggebers die Güte der Arbeit nicht den Erfordernissen entspricht. Eine derartige vom Auftraggeber angeordnete Arbeitsunterbrechung berechtigt den Auftragnehmer nicht zu Ersatzansprüchen.

#### **4.10 Nachträge, Stundenlohn- und Zeitrachweise**

Stundenlohnarbeiten dürfen nur dann ausgeführt werden, wenn sie vom AG angeordnet worden sind. Mehr-, Nacht-, Sonntags- und Feiertagsarbeit wird nur vergütet, wenn diese vom AG ausdrücklich angeordnet wurde oder zur Durchführung der vertraglichen Leistung im besonderen Interesse des AG notwendig war.

Stundenlohnnachweise sind am nächsten Werktag der zuständigen Bauleitung zur Anerkennung vorzulegen. Ebenso wird bei unvorhergesehenen Erschwernissen verfahren. Verrechnungssätze für Stundenlohnarbeiten sind im Leistungsverzeichnis aufgeführt

#### **4.11 Bautagebuch**

Der AN ist verpflichtet, ein Bautagebuch zu führen und dem AG wöchentlich die entsprechende Durchschrift zu übergeben. Das Bautagebuch muss insbesondere Angaben enthalten über Tagelohnarbeiten, Prüfungen, Wetter, Temperaturen, Maschinen oder Geräte und den wesentlichen Baufortschritt.

## Vertragsgrundlagen

Als spätere Vertragsgrundlagen gelten in folgender Reihenfolge:

1. Zusätzliche Besondere Vertragsbedingung „Gutschrift bei Schrotterlösen“
2. Die „Bedingungen für Bauleistungen für alle Gesellschaften der rnv-Gruppe“
3. Das (letzverbindliche) Angebot des Auftragnehmers inkl. Sämtlicher auf gesonderte Anforderung vorgelegter oder nachgereichter Unterlagen, Konzepte, Skizzen, Nachweise, Erklärungen und Angaben
4. Das Bieter-/ und Verhandlungsgesprächsprotokoll sowie die Beantwortung von Bewerber-/ Bieterfragen (soweit vorhanden)
5. Die weiteren Vergabeunterlagen inkl. Leistungsbeschreibung mit Anlagen
6. Die aktuell gültige Fassung der VOB/B
7. Die aktuell gültige Fassung des BGB

Vergabenummer

053-25-EK7

Baumaßnahme

O331

Leistung

Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim

**BESONDERE VERTRAGSBEDINGUNGEN****1 Ausführungsfristen (§ 5 VOB/B)****1.1 Fristen für Beginn und Vollendung der Leistung (=Ausführungsfristen):**

Mit der Ausführung ist zu beginnen

- ☒ am 01.09.2025
- ☐ spätestens Werktagen nach Zugang des Auftragsschreibens.
- ☐ in der KW , spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ innerhalb von 12 Werktagen nach Zugang der Aufforderung durch den Auftraggeber (§ 5 Absatz 2 Satz 2 VOB/B). Die Aufforderung wird Ihnen voraussichtlich bis zum zugehen; Ihr Auskunftsrecht gemäß § 5 Absatz 2 Satz 1 VOB/B bleibt hiervon unberührt.
- ☐ nach der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Frist für den Ausführungsbeginn.

Die Leistung ist zu vollenden (abnahmereif fertig zu stellen)

- ☒ am 30.09.2025
- ☐ innerhalb von Werktagen nach vorstehend angekreuzter Frist für den Ausführungsbeginn.
- ☐ in der KW , spätestens am letzten Werktag dieser KW.
- ☐ in der im beigefügten Bauzeitenplan ausgewiesenen Fertigstellungsfrist.

**1.2 Verbindliche Fristen (=Vertragsfristen) gemäß § 5 Absatz 1 VOB/B sind:**

- ☐ vorstehende Frist für den Ausführungsbeginn
- ☐ vorstehende Frist für die Vollendung (abnahmereife Fertigstellung) der Leistung
- ☒ folgende als Vertragsfrist vereinbarte Einzelfristen \_\_\_\_\_
- ☐ aus dem beigefügten Bauzeitenplan:

- ☒ Probefahrt: 26.09.2025, ca. 14 Uhr

**2 Vertragsstrafen (§ 11 VOB/B)****2.1 Der Auftragnehmer hat bei Überschreitung der unter 1. als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen oder der Frist für die Vollendung als Vertragsstrafe für jeden Werktag des Verzugs zu zahlen:**

- ☐ \_\_\_\_\_ € (ohne Umsatzsteuer)
- ☒ 0,15 Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme ohne Umsatzsteuer; Beträge für angebotene Instandhaltungsleistungen bleiben unberücksichtigt. Die Bezugsgröße zur Berechnung der Vertragsstrafe bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist der Teil dieser Auftragssumme, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.

**2.2 Die Vertragsstrafe wird auf insgesamt 5 Prozent der im Auftragsschreiben genannten Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt. Bei der Überschreitung von als Vertragsfrist vereinbarten Einzelfristen ist die Vertragsstrafe auf den in Satz 1 genannten Prozentsatz des Teils der Auftragssumme (ohne Umsatzsteuer) begrenzt, der den bis zu diesem Zeitpunkt vertraglich zu erbringenden Leistungen entspricht.**



- 2.3 Verwirkte Vertragsstrafen für den Verzug wegen Nichteinhaltung als Vertragsfrist vereinbarter Einzelfristen werden auf eine durch den Verzug wegen Nichteinhaltung der Frist für die Vollendung der Leistung verwirkte Vertragsstrafe angerechnet.

### 3 Zahlung (§ 16 VOB/B)

Aufgrund der besonderen Natur oder Merkmale der Vereinbarung wird die Frist für die Schlusszahlung gem. § 16 Absatz 3 Nummer 1 VOB/B und den Eintritt des Verzuges gem. § 16 Absatz 5 Nummer 3 VOB/B verlängert auf

Tage.

### 4 Sicherheitsleistung für die Vertragserfüllung (§ 17 VOB/B)

- ☐ Auf Sicherheit für die Vertragserfüllung wird verzichtet.  
☒ Soweit die Auftragssumme mindestens 250.000 Euro ohne Umsatzsteuer beträgt, ist Sicherheit für die Vertragserfüllung in Höhe von fünf Prozent der Auftragssumme (inkl. Umsatzsteuer, ohne Nachträge) zu leisten.

### 5 Sicherheitsleistung für Mängelansprüche

- ☐ Auf Sicherheit für die Mängelansprüche wird verzichtet.  
☒ Die Sicherheit für Mängelansprüche beträgt drei Prozent der Summe der Abschlagszahlungen zum Zeitpunkt der Abnahme (vorläufige Abrechnungssumme).

### 6 Bürgschaften (§ 17 VOB/B)

Wird Sicherheit durch Bürgschaft geleistet, ist dafür das jeweils einschlägige Formblatt des Auftraggebers zu verwenden, und zwar für

- |   |  |
|---|--|
| - die Vertragserfüllung das Formblatt   | „Vertragserfüllungsbürgschaft“                 |
| - die Mängelansprüche das Formblatt   | „Mängelansprüchebürgschaft“                    |
| - vereinbarte Vorauszahlungen und Abschlagszahlungen gem. § 16 Absatz 1 Nummer 1 Satz 3 VOB/B das Formblatt | „Abschlagszahlungs-/ Vorauszahlungsbürgschaft“ |

### 7 Technische Spezifikationen

Soweit im Leistungsverzeichnis auf Technische Spezifikationen (z.B. nationale Normen, mit denen europäische Normen umgesetzt werden, europäische technische Bewertungen, gemeinsame technische Spezifikationen, internationale Normen) Bezug genommen wird, werden auch ohne den ausdrücklichen Zusatz: "oder gleichwertig", immer gleichwertige Technische Spezifikationen in Bezug genommen.

### 8 Werbung

Werbung auf der Baustelle ist nur nach vorheriger Zustimmung des Auftraggebers zulässig.

### 9 frei

### 10 Weitere Besondere Vertragsbedingungen

- 10.1. Sicherheit für die Vertragserfüllung und Sicherheit für die Mängelerfüllung kann nur durch Bürgschaft erfolgen. Die Vertragserfüllungsbürgschaft ist unaufgefordert nach Eingang der Bestellung einzureichen. Die Bürgschaft ist mit Bezug zur Bestellnummer auszustellen. Ohne Bürgschaft wird keine Rechnung beglichen.
- 10.2 Entgegen dem Punkt 5, wird Sicherheit für Mängelansprüche in Höhe von 3 Prozent der endgültigen Abrechnungssumme verlangt. Sicherheit für die Mängelerfüllung kann nur durch Bürgschaft erfolgen. Die Bürgschaft ist nach erfolgreicher Abnahme mit Bezug zur Bestellnummer auszustellen und unaufgefordert zu stellen.
- 10.3 Ist der Auftraggeber mit Abschluss des Vertrages zu einer Vorauszahlung verpflichtet, leistet er diese Zug um Zug gegen Übergabe einer unbefristeten, selbstschuldnerischen Bürgschaft eines deutschen Kreditinstituts oder eines vergleichbaren Kreditinstituts aus einem Mitgliedsstaat der EU in Höhe der vereinbarten Vorauszahlung. Eine Hinterlegung eines Geldbetrages als Sicherheit für den Auftraggeber durch den Auftragnehmer ist ausgeschlossen. Die Bürgschaft dient als Sicherheit für Ansprüche des Auftraggebers auf Rückzahlung der Vorauszahlung. Die Vorauszahlungsbürgschaftsurkunde ist unverzüglich zurückzugeben, wenn der Auftragnehmer Leistungen im Wert der Vorauszahlung erbracht hat.
- 10.4 Rückgabezeitpunkt für eine nicht verwertete Sicherheit für Mängelansprüche (§ 17 Abs. 8 Nr. 2 VOB/B): mit Ablauf der vereinbarten Verjährungsfrist für Mängelansprüche.
- 10.5 Die Gewährleistungszeit wird auf 5 Jahre nach Abnahme festgesetzt.
- 10.6 Der Auftragnehmer erstellt innerhalb von 10 Werktagen nach Auftragsvergabe einen ausführlichen Baustelleneinrichtungsplan im Maßstab 1:500, und übergibt diesen dem AG.
- 10.7 Der Bauleiter des AN und seine Vertreter sind sofort nach Auftragserteilung unaufgefordert schriftlich zu benennen.
- 10.8 Der Bauzeitenplan ist ein Monat vor Baubeginn einzureichen.

### **Zusätzliche Besondere Vertragsbedingung**

Vergabenummer: 053-25-EK7

Verfahren: Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim

IPL-Nummer: O331

#### **1. Gutschriften bei Schrotterlösen**

Mögliche Gutschriften für Schrotterlöse sind direkt an die

MV Mannheimer Verkehr GmbH (MV)  
Möhlstraße 27  
68165 Mannheim

zu adressieren.

Die E-Mailadresse für die Rechnungs-/Gutschriftsversendung erhalten Sie nach Zuschlagserteilung.

Wichtig ist, dass die Gutschrift klar und eindeutig zuordenbar ist. Das heißt, dass auf der Gutschrift jeweils eindeutig das Projekt „O331 Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim“ und die beauftragte Menge stehen muss.

## PDF-Versand und Qualitätsanforderungen für Eingangsrechnung

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

im Rahmen der Optimierung unserer Buchhaltungsprozesse möchten wir Ihnen, wie auch uns, zukünftig den Papierversand Ihrer Rechnungsdokumente ersparen. Sie unterstützen uns bei diesen Bemühungen, in dem Sie Ihre **Rechnungen und Rechnungskorrekturen** ab sofort **im PDF-Format** per Email übermitteln und uns hierdurch auch helfen die Bearbeitungszeit Ihrer Rechnungen zu reduzieren.

Damit auch Sie diese Vorteile nutzen können, bitten wir Sie die Hinweise und Anforderungen, sowie die Qualitätsstandards in beigefügter Übersicht zwingend zu beachten und Ihre Dokumente ausschließlich an das, für die jeweilige Gesellschaft freigegebene Postfach zu versenden. Bitte Berücksichtigen Sie, dass eine Abweichung von unseren Anforderungen und Qualitätsstandards zu einer erheblichen Verzögerung bei der Bearbeitung und Begleichung führen kann.

Dieses Schreiben stellt bis auf Widerruf, die schriftliche Zustimmung der RNV, sowie der in beiliegender Übersicht genannten Gesellschaften zum Empfang von PDF-Rechnungen dar.

Im Falle weiterer Fragen zum PDF-Versand, beantworten wir Ihnen diese unter der Email-Adresse: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung.

Mit freundlichen Grüßen

**Rhein-Neckar-Verkehr GmbH**  
**Kreditorenbuchhaltung**

# Anforderungen an den Rechnungsversand per PDF

Sehr geehrter Lieferant und Geschäftspartner,

mit dem Versand Ihrer Rechnung per PDF entscheiden sie sich für eine schnelle und effiziente Art der Übermittlung.

Hierdurch wird der Prozess der Rechnungsverarbeitung verkürzt und eine termingerechte Zahlung ermöglicht.

**Bei Nutzung des Rechnungsversands per PDF beachten Sie bitte die im folgenden aufgeführten Anforderungen und Qualitätsstandards.**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

## Anforderungen an den PDF-Rechnungsversand

Wenn Sie den elektronischen Rechnungsversand im PDF Format nutzen wollen, bestehen folgende Anforderungen:

### Dateiformat:

- Es werden nur Dokumente mit der Dateiendung **.pdf** akzeptiert und verarbeitet.
- Bitte verwenden Sie keinen Passwortschutz
- Keine Sonderzeichen (:\*?/"><) im Dateinamen

### Dateiinhalt:

- Nur eine Rechnung je PDF-Datei
- Mehrseitige Dokumente und Anlagen bitte immer in einem PDF-Dokument zusammenfassen
- Keine separaten Anlagen möglich

### Emailversand:

- Jede Gesellschaft besitzt Ihre eigene Email-Adresse. **Abweichende Belegeingänge werden nicht bearbeitet.**
- Bitte senden sie ausschließlich Rechnungen und Gutschriften/Rechnungskorrekturen an die jeweilige Email-Adresse.
- Abweichende Dokumente oder Anfragen können nicht berücksichtigt werden.

Mahnungen und sonstige Rückfragen richten Sie bitte an: **Kreditorenbuchhaltung@rnv-online.de**

## Rechnungs- und Email-Adressen

**Rhein-Neckar-Verkehr GmbH**  
**Möhlstraße 27**  
**68165 Mannheim**

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:  
**RG\_RNV@rnv-online.de**

**MV Mannheimer Verkehr GmbH**  
**Möhlstraße 27**  
**68165 Mannheim**

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:  
**RG\_MV@rnv-online.de**

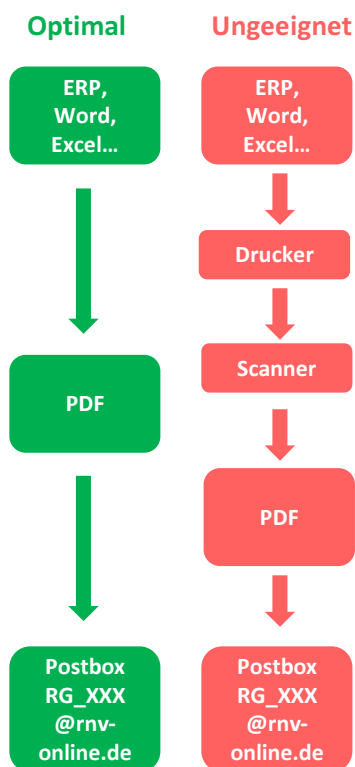
**Zentralwerkstatt für Verkehrsmittel**  
**Mannheim GmbH**  
**Möhlstraße 27**  
**68165 Mannheim**

Email-Adresse für PDF-Rechnungsversand:  
**RG\_ZWM@rnv-online.de**

# Anforderungen an die Rechnungsqualität

## Erstellungsprozess für PDF-Rechnungen

Optimaler Weise erstellen Sie das PDF-Dokument direkt aus einem Programm (ERP, Word, Excel,...) und **nicht** aus einem gescannten Papierdokument.



## Qualitätsanforderungen an eine Rechnung

Als Voraussetzung für eine schnelle Bearbeitung und Begleichung einer Rechnung, stellt die Rechnungsqualität einen entscheidenden Faktor dar. Unterstützen Sie daher die Verbesserung der Rechnungsverarbeitungszeiten in dem Sie die folgenden **Mindestanforderungen** beachten:

- Korrekte und vollständige Rechnungsanschrift der beauftragenden Gesellschaft
- Angabe der korrekten RNV-Bestellnummer
- Rechnungsdetails (Menge, Preis, Bezeichnung, Zahlungsbedingung,...) und Abrechnungsweise entsprechen der zugehörigen Bestellung
- Es wird nur eine Bestellung je Rechnung abgerechnet
- Ausweis von Netto-, Steuer- und Bruttobetrag
- Angabe der Währung
- Ausweis des Liefer- / Leistungsdatums
- Ihre Umsatzsteuer-ID ist enthalten
- Ihre Bankverbindung (IBAN + BIC) ist angegeben
- Keine handschriftlichen Angaben
- Um eine gute Lesbarkeit zu gewährleisten, sollte möglichst ein weißer Rechnungshintergrund gewählt werden

**Für den Ausnahmefall einer Rechnung ohne Bestellung geben Sie bitte den vollständigen Namen, sowie die Email-Adresse des Anforderers an.**

## Beispielrechnung

Entsprechend dem RNV-Qualitätsstandard

Rechnung	
<div>Rechnungsdatum: 01.10.2020</div> <div>Rechnungsnummer: RG123456</div>	
<div>Rechnungsanschrift:</div> <div>Rhein-Neckar-Verkehr GmbH</div> <div>Möhlstraße 27</div> <div>68165 Mannheim</div>	
<div>RNV-Bestellnummer: 4xxxxxxx</div>	
<div>Bezeichnung, Menge, Preis, Lieferschein, Positionsbetrag, ...</div>	
<div>Liefer- / Leistungsdatum: 30.09.2020</div>	
<div>Zahlungsbedingung:</div> <div>30 Tage netto</div>	<div>Netto: 1.000,00 EUR</div> <div>MwSt 16 %: 160,00 EUR</div> <div>Gesamt: 1.160,00 EUR</div>
<div>IBAN: DExx xxxx xxxx xxxx xx</div> <div>BIC: xxxxxxxxxxxx</div>	<div>Ust.ID: DE123456789</div>

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

### Wichtiger Hinweis an Bieter als Arbeitgeber:

Wir verarbeiten im Rahmen des Vergabeverfahrens die personenbezogenen Daten von Mitarbeitern Ihres Unternehmens, aus denjenigen Unterlagen, die Sie im Vergabeverfahren an uns übermitteln (insbesondere Teilnahmeanträge und Angebote). Im Hinblick auf die insoweit von Ihnen an uns übersandten Informationen zu Mitarbeitern Ihres Unternehmens delegieren wir hiermit unsere Informationspflichten gemäß den Artt. 13 und 14 DSGVO gegenüber den betroffenen Personen auf Sie als Bieter. Wir bitten Sie deshalb, dieses Hinweisblatt vor der Übermittlung solcher Unterlagen allen betroffenen Beschäftigten auszuhandigen.

### 1. Einleitung

Die im Rahmen des Vergabeverfahrens zur **Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim** bei der rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH („rnv“, „wir“ und „uns“) einzureichenden Dokumente enthalten personenbezogene Daten, die für die Kommunikation und für die Entscheidungsfindung im Vergabeverfahren erforderlich sind. Der Schutz dieser Daten ist uns wichtig. Wir verarbeiten sie daher mit größtmöglicher Sorgfalt und in Einklang mit den gesetzlichen Bestimmungen.

Nachfolgend informieren wir Sie gemäß den Vorgaben der Artt. 13 und 14 der Europäischen Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns und die Ihnen nach den datenschutzrechtlichen Regelungen zustehenden Ansprüche und Rechte als Betroffener.

### 2. Wer ist für die Datenverarbeitung verantwortlich und an wen kann ich mich wenden?

#### Verantwortlicher im Sinne der DSGVO:

rnv Rhein-Neckar-Verkehr GmbH  
Möhlstraße 27  
68165 Mannheim  
Tel.: 0621-465-0  
E-Mail: [kundenservice@rnv-online.de](mailto:kundenservice@rnv-online.de)

#### Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten:

CTM-COM GmbH  
Herr Mentges  
Marienburgstraße 27  
64297 Darmstadt  
Tel.: 06154-57605 111  
E-Mail: [datenschutz@ctm-com.de](mailto:datenschutz@ctm-com.de) oder [datenschutz@rnv-online.de](mailto:datenschutz@rnv-online.de)

### 3. Welche Quellen und Daten nutzen wir?

Wir verarbeiten personenbezogene Daten, die wir im Rahmen des Vergabeverfahrens von Ihnen

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

oder Ihrem Arbeitgeber erhalten. Das sind insbesondere die Daten aus Teilnahmeanträgen oder Angeboten, die im Vergabeverfahren gefordert und einzureichen sind. Regelmäßig handelt es sich dabei um:

- dienstliche Kontaktdaten von Ihnen als Einzelunternehmer oder Mitarbeiter Ihres Arbeitgebers, wie Vor- und Nachname, Position im Unternehmen, berufliche Telefonnummer und E-Mail-Adresse,
- Angaben zu Ihrem beruflichen Werdegang und Ihrer beruflichen Qualifikation, wie Lebensläufe, Berufsabschlüsse und persönliche Berufserfahrungen.

Darüber hinaus verarbeiten wir – soweit für das Vergabeverfahren erforderlich – personenbezogene Daten, die wir aus öffentlich zugänglichen Quellen wie Handels- und Vereinsregister, Gewerbezentralregister bzw. Wettbewerbsregister, Presse, Internet zulässigerweise erheben dürfen oder die uns von anderen Behörden des Bundes und der Länder oder von sonstigen Dritten (z.B. Auskunftsteilen) berechtigt übermittelt werden.

Wir erheben darüber hinaus personenbezogene Daten, z.B. im Zusammenhang mit Bedarfserhebungen, Beschaffungsvorhaben, Teilnahmeanträgen, Angeboten, Fragen, welche z.B. über Webformulare in eVergabeplattformen oder per E-Mail an uns übermittelt werden, Daten aus der Erfüllung unserer vertraglichen Verpflichtungen (z.B. Zahlungsverkehr) sowie Dokumentationsdaten (z.B. über Fragen und Antworten zu unseren Vergabeverfahren).

### 4. Wofür verarbeiten wir Ihre Daten (Zweck der Verarbeitung) und auf welcher Rechtsgrundlage?

Wir verarbeiten Ihre personenbezogenen Daten im Einklang mit den Bestimmungen der Datenschutzgrundverordnung („**DSGVO**“) und – soweit anwendbar – des Bundesdatenschutzgesetzes („**BDSG**“) sowie gegebenenfalls weiteren anwendbaren Datenschutzbestimmungen.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten erfolgt zum Zweck der rechtmäßigen Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens, im Einzelnen zur:

- Einhaltung der geltenden vergaberechtlichen Vorschriften, insbesondere der Vergabe Grundsätze des Wettbewerbs, der Transparenz, der Wirtschaftlichkeit, der Verhältnismäßigkeit, der Gleichbehandlung
- Prüfung und Beantwortung von Fragen und Hinweisen von Bietern im Vergabeverfahren
- Prüfung und Wertung von Interessensbekundungen, Interessensbestätigungen, Teilnahmeanträgen und Angeboten im Vergabeverfahren, insbesondere auf vergaberechtliche Ausschlussgründe
- Dokumentation des Vergabeverfahrens
- Führung einer sachdienlichen Kommunikation während des Vergabeverfahrens.

Soweit die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten zur Durchführung der für uns verpflichtenden Eignungsprüfung (insbesondere Angaben zur Befähigung und gegebenenfalls Erlaubnis zur Berufsausübung sowie zur technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit) und für die Prüfung zwingender Ausschlussgründe wegen eines Verstoßes gegen bestimmte Strafvorschriften erfolgt, ist diese gemäß Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. c), Absatz 3 DSGVO in Verbin-

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

dung mit den §§ 122 und 123 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen („GWB“) zur Erfüllung dieser rechtlichen Verpflichtungen zulässig.

Im Übrigen ist die Rechtsgrundlage der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten im Rahmen des Vergabeverfahrens Art. 6 Absatz 1 Satz 1 lit. f) DSGVO. Diese Vorschrift gestattet uns die Verarbeitung personenbezogener Daten, soweit dies zur Wahrung unserer berechtigten Interessen oder der Interessen eines Dritten erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Personen, die den Schutz personenbezogener Daten erforderlich machen, überwiegen. Unser berechtigtes Interesse besteht in der ordnungsgemäßen Durchführung des Vergabeverfahrens unter Beachtung der insoweit geltenden gesetzlichen Vorgaben.

### 5. Wer bekommt Ihre Daten?

Eine Weitergabe Ihrer Daten erfolgt nur, soweit eine Rechtsgrundlage dies gestattet. Ihre personenbezogenen Daten werden – soweit erforderlich und zulässig – weitergegeben an:

- Bundesamt für Justiz zur Einholung von Gewerbezentralregister-Auskünften gem. § 150a GewO
- zuständige Stellen für vergaberechtliche relevante Register (z.B. Wettbewerbsregister, Transparenzregister)
- zuständige Stellen zur Einholung von Auskünften betreffend das Vorliegen von vergaberechtlichen Ausschlussgründen
- Referenzgeber zur Überprüfung von Referenzen
- Sicherheits- und Ordnungsbehörden zur Überprüfung etwaiger bewachungsrechtlicher Voraussetzungen
- mit der Beratung oder Unterstützung im Vergabeverfahren beauftragte Dritte (z.B. Ingenieurbüros, Beratungsunternehmen, Rechtsanwaltskanzleien)
- Teilnehmer am Vergabeverfahren zur Information über die Vergabeentscheidung
- Instanzen für die Nachprüfung von Vergabeverfahren und die dort beteiligten Parteien
- Rechnungsprüfungs-, Revisions- und Kontrollinstanzen.

Soweit wir mit **Auftragsverarbeitern** zusammenarbeiten, werden Ihre Daten an diese weitergegeben. Auftragsverarbeiter sind Unternehmen, die wir im gesetzlich vorgesehenen Rahmen (Art. 28 DSGVO) mit der Verarbeitung von Daten beauftragen (Dienstleister, Erfüllungsgehilfen) und entsprechend anweisen. Wir bleiben auch in diesem Fall weiterhin für den Schutz Ihrer personenbezogenen Daten verantwortlich. Beauftragt werden diese Unternehmen von uns insbesondere in folgenden Bereichen:

- Bereitstellung und Betrieb der im Vergabeverfahren eingesetzten eVergabeplattformen
- ggf. Digitalisierung von in Papierform im Vergabeverfahren eingereichten Unterlagen,

### 6. Wie lange werden Ihre Daten gespeichert?

Ihre Daten werden nach der Erhebung so lange gespeichert, wie dies zur Durchführung des Vergabeverfahrens und unter Beachtung der gesetzlichen Aufbewahrungsfristen erforderlich ist. Als Bestandteil der Dokumentation des Vergabeverfahrens fallen Ihre Daten unter die Aufbewahrungsfristen gemäß § 8 Abs. 4 VgV (bis zum Ende der Laufzeit des Vertrages oder Rah-



# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

menvertrages, mindestens jedoch für drei Jahre ab dem Tag des Zuschlages) oder im Fall einer Unterschwellenvergabe gemäß § 6 Abs. 2 UVgO (mindestens drei Jahre ab dem Tag des Zuschlags).

Darüber hinaus können für uns abweichende Aufbewahrungsfristen gelten, die in Rechts- und Verwaltungsvorschriften wie denjenigen zur Bundeshaushaltsordnung festgelegt sind. Gemäß diesen Vorschriften kann eine Speicherung Ihrer personenbezogenen Daten für einen Zeitraum von bis zu zehn Jahren erforderlich sein.

Soweit nach Beendigung des Vergabeverfahrens durch Ihr Unternehmen oder durch uns noch Ansprüche bestehen oder geltend gemacht werden, werden Ihre personenbezogenen Daten jedoch erst dann gelöscht, wenn diese Ansprüche abschließend geklärt sind, spätestens jedoch mit Ablauf der gesetzlichen Verjährungsfrist. Gemäß den §§ 195 ff. des Bürgerlichen Gesetzbuches („BGB“) können diese Verjährungsfristen bis zu 30 Jahre betragen, wobei die regelmäßige Verjährungsfrist drei Jahre beträgt.

Sofern die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten für die vorgenannten Zwecke nicht mehr erforderlich ist, löschen wir diese.

### 7. Werden Daten in ein Drittland oder an eine internationale Organisation übermittelt?

Eine Datenübermittlung in Drittländer (Staaten außerhalb der europäischen Union und des Europäischen Wirtschaftsraums - EWR) oder an eine internationale Organisation findet nicht statt.

### 8. Welche Rechte haben Sie?

Sie haben unter den jeweiligen gesetzlichen Voraussetzungen uns gegenüber folgende Rechte:

#### a. Recht auf Auskunft (Art. 15 DSGVO)

Gemäß Art. 15 DSGVO haben Sie das Recht, von uns eine Bestätigung darüber zu verlangen, ob wir personenbezogene Daten verarbeiten, die Sie betreffen. Ist dies der Fall, so haben Sie ein Recht auf detaillierte Auskunft über die Verarbeitung dieser personenbezogenen Daten. Die Auskunftserteilung kann in begründeten Einzelfällen auf Grundlage des Art. 12 Abs. 5 Satz 2 lit. b) DSGVO oder der in § 34 BDSG geregelten Fälle abgelehnt werden.

#### b. Recht auf Berichtigung (Art. 16 DSGVO)

Sie können von uns die unverzügliche Berichtigung unrichtiger Daten verlangen, die Sie betreffen. Unter Berücksichtigung der Zwecke der Verarbeitung haben Sie zudem das Recht, die Vervollständigung unvollständiger personenbezogener Daten – auch mittels einer ergänzenden Erklärung – zu verlangen.

#### c. Recht auf Löschung oder „Recht auf Vergessenwerden“ (Art. 17 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 17 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Löschung Ihrer personenbezogenen Daten. Dieses Recht ist in den in Artikel 17 Abs. 3 DSGVO genann-

# Hinweise zum Datenschutz

## Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

ten Fällen eingeschränkt.

### d. Recht auf Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DSGVO)

Sie haben unter den in Art. 18 DSGVO genannten Voraussetzungen das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, u.a. wenn und solange Uneinigkeit über die Richtigkeit Ihrer Daten besteht, Sie eine Löschung der Daten ablehnen oder Sie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen und noch nicht feststeht, ob unsere berechtigten Interessen überwiegen.

### e. Recht auf Datenübertragbarkeit (Art. 20 DSGVO)

Soweit eine Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten durch uns ausnahmsweise auf Ihrer freiwillig erteilten und jederzeit widerrufbaren Einwilligung oder einem Vertrag gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. b) DSGVO beruht, können Sie bei Vorliegen der in Art. 20 DSGVO genannten Voraussetzungen auch die Herausgabe der im Rahmen des Vergabeverfahrens bereitgestellten personenbezogenen Daten oder deren Übermittlung an einen anderen Verantwortlichen verlangen (**Recht auf Datenübertragbarkeit**).

### f. Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde (Art. 77 DSGVO)

Ferner haben Sie das Recht auf Beschwerde bei einer Aufsichtsbehörde insbesondere in dem EU-Mitgliedstaat ihres Aufenthaltsorts, Ihres Arbeitsplatzes oder des Ortes des mutmaßlichen Verstoßes, wenn Sie der Ansicht sind, dass die Verarbeitung der Sie betreffenden Daten gegen die DSGVO oder andere Datenschutzvorschriften verstößt.

Die Anschrift der für die rnv zuständigen Aufsichtsbehörde lautet:

Landesbeauftragter für den Datenschutz und die Informationsfreiheit  
Königstraße 10a  
70173 Stuttgart  
Tel: 0711 61 55 41-0  
E-Mail: [poststelle@ldi.bwl.de](mailto:poststelle@ldi.bwl.de)

Weitere verwaltungsrechtliche oder gerichtliche Rechtsbehelfe, die Ihnen möglicherweise zustehen, bleiben hiervon unberührt.

## 9. Besteht für Sie eine Pflicht zur Bereitstellung von Daten?

Im Rahmen des Vergabeverfahrens müssen diejenigen Ihrer personenbezogenen Daten bereitgestellt werden, die für die Durchführung und Verwaltung eines rechtmäßigen Vergabeverfahrens und der damit verbundenen vergaberechtlichen Rechte und Pflichten von uns als öffentlichem Auftraggeber erforderlich sind.

Ohne diese Daten wird die rechtmäßige Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens gefährdet.

## 10. Inwieweit gibt es eine automatisierte Entscheidungsfindung im Einzelfall?

## Hinweise zum Datenschutz

### Informationen zur Erhebung personenbezogener Daten nach Artikel 13, 14 Datenschutzgrundverordnung (DSGVO)

Zur Durchführung und Verwaltung des Vergabeverfahrens findet grundsätzlich keine vollautomatisierte Entscheidungsfindung gemäß Art. 22 DSGVO statt. Sollten wir diese Verfahren in Einzelfällen einsetzen, werden wir Sie hierüber gesondert informieren.

#### Widerspruchsrecht gemäß Art. 21 DSGVO

Sie haben zudem das Recht, aus Gründen, die sich aus Ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten, die gemäß Art. 6 Abs. 1 Satz 1 lit. f) DSGVO (Datenverarbeitung auf der Grundlage einer Interessenabwägung) erfolgt, Widerspruch gemäß Art. 21 Abs. 1 DSGVO einzulegen. Dies gilt auch für ein etwa auf diese Bestimmung gestütztes Profiling im Sinne von Art. 4 Nr. 4 DSGVO.

Legen Sie Widerspruch ein, werden wir Ihre personenbezogenen Daten nicht mehr verarbeiten; es sei denn, wir können zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die Ihre Interessen, Rechte und Freiheiten überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Der Widerspruch ist formfrei möglich und an die unter Ziffer 2 angegebenen Kontaktdaten zu richten.

\*\*\*

Name und Anschrift des Bieters  
(Firmenname lt. Handelsregister)

Ort:  
Datum:  
Tel.:  
Fax:  
e-mail:  
USt.-ID-Nr.:  
HR-Nr.:  
Registergericht:  
BlmA-Nummer:

(Name und Anschrift der Vergabestelle)  
MV Mannheimer Verkehr GmbH

Möhlstr.27  
68165 Mannheim  
Deutschland

## Angebotsschreiben

Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer      Baumaßnahme  
O331

Vergabenummer      Leistung  
053-25-EK7      Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim

### Anlagen<sup>1</sup>, die Vertragsbestandteil werden

- ☐ Leistungsverzeichnis/Leistungsprogramm (Kurz- oder Langfassung) mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- ☐ Vertragsformular für Instandhaltung mit den Preisen sowie den geforderten Angaben und Erklärungen
- ☐ 224 Lohnleitklausel - Berechnung des Änderungssatzes
- ☐ 233 Nachunternehmerleistungen
- ☐ 234 Bieter-/Arbeitsgemeinschaft
- ☐ 235 Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmen
- ☐ 248 Erklärung zur Verwendung von Holzprodukten
- ☐ Nebenangebot(e)
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐
- ☐

### Anlagen<sup>1</sup>, die der Angebotserläuterung dienen, ohne Vertragsbestandteil zu werden

- ☐ 124 Eigenerklärung zur Eignung
- ☐ Einheitliche Europäische Eigenerklärung
- ☐ 221 oder 222 Angaben zur Preisermittlung
- ☐
- ☐

<sup>1</sup> vom Bieter anzukreuzen und beizufügen

- 1** Ich/Wir biete(n) die Ausführung der oben genannten Leistung zu den von mir/uns eingesetzten Preisen an.  
An mein/unser Angebot halte(n) ich/wir mich/uns bis zum Ablauf der Bindefristfrist gebunden.
- 2** Die Angebotsendsumme des Hauptangebotes gem. Leistungsbeschreibung beträgt einschl. Umsatzsteuer \_\_\_\_\_ Euro
- 2.1** Die Gesamtsumme der jährlichen Vergütung gem. Instandhaltungsvertrag<sup>2</sup> beträgt einschl. Umsatzsteuer \_\_\_\_\_ Euro\*
- \* nur ausfüllen, wenn den Vergabeunterlagen ein Instandhaltungsvertrag beiliegt
- 3** Anzahl der Nebenangebote \_\_\_\_\_ St.
- 4** Preisnachlass ohne Bedingung auf die Abrechnungssumme für Haupt- und alle Nebenangebote<sup>3</sup> sowie auf die Preise für angeordnete Leistungen, die auf Grundlage der Preisermittlung für die vertragliche Leistung zu bilden sind \_\_\_\_\_ %
- 5** Bestandteil meines/unseres Angebots sind neben diesem Angebotsschreiben und seinen Anlagen:
- Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Bauleistungen (VOB/B), Ausgabe 2016,
  - Unterlagen gem. Aufforderung zur Angebotsabgabe, Anlagen – Teil B
- 6** ☐ Ich bin/Wir sind für die zu vergebende Bauleistung präqualifiziert und im Präqualifikationsverzeichnis eingetragen unter Nummer:
- |             |                  |
|-------------|------------------|
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
| Name: _____ | PQ_Nummer: _____ |
- ☐ Ich bin/Wir sind kleines oder mittleres Unternehmen – KMU - (< 250 Beschäftigte und ≤ 50 Mio Euro Jahresumsatz bzw. ≤ 43 Mio Jahresbilanzsumme).<sup>4</sup>
- 7** Ich/Wir erkläre(n), dass
- ☐ ich/wir alle Leistungen im eigenen Betrieb ausführen werde(n).
  - ☐ ich/wir die Leistungen, die nicht im Verzeichnis Nachunternehmerleistungen bzw. Verzeichnis der Leistungen/Kapazitäten anderer Unternehmer aufgeführt sind, im eigenen Betrieb ausführen werde(n).

<sup>2</sup> Bei mehreren Instandhaltungsverträgen ist die Summe der jährlichen Vergütungen einzutragen.

<sup>3</sup> Preisnachlass gilt nicht für Instandhaltungsangebot

<sup>4</sup> Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.

**8 Ich/Wir erkläre(n), dass**

- ich/wir den Wortlaut der vom Auftraggeber verfassten Langfassung des Leistungsverzeichnisses als alleinverbindlich anerkenne(n).
- mir/uns zugewandene Änderungen der Vergabeunterlagen Gegenstand meines/unseres Angebotes sind.
- ein nach der Leistungsbeschreibung ggf. zu benennender Sicherheits- und Gesundheitsschutzkoordinator gemäß Baustellenverordnung und dessen Stellvertreter über die nach den „Regeln zum Arbeitsschutz auf Baustellen; geeigneter Koordinator (Konkretisierung zu § 3 BaustellV) (RAB 30)“ geforderte Qualifikation verfügen, um die nach Baustellenverordnung übertragenen Aufgaben fachgerecht zu erfüllen.
- das vom Auftraggeber vorgeschlagene Produkt Inhalt meines/unseres Angebotes ist, wenn Teilleistungsbeschreibungen des Auftraggebers den Zusatz „oder gleichwertig“ enthalten und von mir/uns keine Produktangaben (Hersteller- und Typbezeichnung) eingetragen wurden.
- falls von mir/uns mehrere Nebenangebote abgegeben wurden, mein/unser Angebot auch die Kumulation der Nebenangebote, die sich nicht gegenseitig ausschließen, umfasst.
- ich/wir einen pauschalen Schadensersatz in Höhe von 15 Prozent der Bruttoabrechnungssumme dieses Vertrages entrichten werde, falls ich/wir aus Anlass der Vergabe nachweislich eine Abrede getroffen habe(n), die eine unzulässige Wettbewerbsbeschränkung darstellt, es sei denn, ich/wir weise(n) einen geringeren Schaden nach.
- ich/wir jede vom zuständigen Finanzamt vorgenommene Änderung in Bezug auf eine vorgelegte Freistellungsbescheinigung (§ 48b EStG) dem Auftraggeber unverzüglich in Textform mitteilen.

Unterschrift (bei schriftlichem Angebot)

**Ist**

- bei einem elektronisch übermittelten Angebot in Textform der Bieter nicht erkennbar,
- ein schriftliches Angebot nicht an dieser Stelle unterschrieben oder
- ein elektronisches Angebot, das signiert/mit elektronischem Siegel versehen werden muss, nicht wie vorgegeben signiert/mit elektronischem Siegel versehen,

**wird das Angebot ausgeschlossen.**

## Eigenerklärung für nicht präqualifizierte Unternehmen in folgendem Vergabeverfahren

Maßnahmennummer

Vergabenummer  
053-25-EK7

Vergabeart

☐ Öffentliche Ausschreibung☐ Beschränkte Ausschreibung☐ Freihändige Vergabe☐ Internationale NATO-Ausschreibung☒ Offenes Verfahren☐ Nichtoffenes Verfahren☐ Verhandlungsverfahren☐ Wettbewerblicher Dialog

Baumaßnahme

O331

Leistung

Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim

☐ Bewerber\*)☐ Bieter<sup>1</sup>☐ Mitglied der Bewerber- bzw. Bietergemeinschaft<sup>1</sup>☐ Nachunternehmer<sup>1</sup>☐ anderes Unternehmen<sup>1</sup>

Umsatz des Unternehmens in den letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahren, soweit er Bauleistungen und andere Leistungen betrifft, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind unter Einschluss des Anteils bei gemeinsam mit anderen Unternehmen ausgeführten Leistungen

Euro

Euro

Euro

*Angaben zu Leistungen, die mit der zu vergebenden Leistung vergleichbar sind*

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir in den letzten fünf Kalenderjahren bzw. dem in der Auftragsbekanntmachung angegebenen Zeitraum<sup>1</sup> vergleichbare Leistungen ausgeführt habe/haben.

Bei einem Teilnahmewettbewerb füge(n) ich/wir meinem/unserem **Teilnahmeantrag** eine Referenzliste bei.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir drei Referenznachweise mit mindestens folgenden Angaben vorlegen:

Ansprechpartner; Art der ausgeführten Leistung; Auftragssumme; Ausführungszeitraum; stichwortartige Benennung des mit eigenem Personal ausgeführten maßgeblichen Leistungsumfanges einschl. Angabe der ausgeführten Mengen; Zahl der hierfür durchschnittlich eingesetzten Arbeitnehmer; stichwortartige Beschreibung der besonderen technischen und gerätespezifischen Anforderungen bzw. (bei Komplettleistung) Kurzbeschreibung der Baumaßnahme einschließlich eventueller Besonderheiten der Ausführung; Angabe zur Art der Baumaßnahme (Neubau, Umbau, Denkmal); Angabe zur vertraglichen Bindung (Hauptauftragnehmer, ARGE-Partner, Nachunternehmer); ggf. Angabe der Gewerke, die mit eigenem Leitungspersonal koordiniert wurden; Bestätigung des Auftraggebers über die vertragsgemäße Ausführung der Leistung

\*) zutreffendes ankreuzen

<sup>1</sup> Der längere Zeitraum ist maßgebend.

**Angaben zu Arbeitskräften**

Ich/Wir erkläre(n), dass mir/uns die für die Ausführung der Leistungen erforderlichen Arbeitskräfte zur Verfügung stehen.

Falls mein/unser Teilnahmeantrag/Angebot in die engere Wahl gelangt, werde ich/werden wir die Zahl der in den letzten drei abgeschlossenen Kalenderjahren jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte gegliedert nach Lohngruppen mit extra ausgewiesenem Leitungspersonal angeben.

**Registereintragungen**

Ich bin/Wir sind

- ☐ im Handelsregister eingetragen.
- ☐ für die auszuführenden Leistungen in die Handwerksrolle eingetragen.
- ☐ bei der Industrie- und Handelskammer eingetragen.
- ☐ zu keiner Eintragung in die genannten Register verpflichtet.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir zur Bestätigung meiner/unserer Erklärung vorlegen:

Gewerbeanmeldung, Handelsregistrauszug und Eintragung in der Handwerksrolle (Handwerkskarte) bzw. bei der Industrie- und Handelskammer

**Angabe zu Insolvenzverfahren und Liquidation**

- ☐ Ich/Wir erkläre(n), dass ein Insolvenzverfahren oder ein vergleichbares gesetzlich geregeltes Verfahren weder beantragt noch eröffnet wurde, ein Antrag auf Eröffnung nicht mangels Masse abgelehnt wurde und sich mein/unser Unternehmen nicht in Liquidation befindet.
- ☐ Ein Insolvenzplan wurde rechtskräftig bestätigt, auf Verlangen werde ich/werden wir ihn vorlegen.

**Angabe, dass nachweislich keine schwere Verfehlung begangen wurde, die die Zuverlässigkeit als Bewerber oder Bieter in Frage stellt**

Ich/Wir erkläre(n), dass

- ☐ für mein/unser Unternehmen keine Ausschlussgründe gemäß § 6e EU VOB/A vorliegen.
- ☐ ich/wir in den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften, der zu einem Eintrag im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2.500 Euro belegt worden bin/sind.
- ☐ für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 6e EU Absatz 6 VOB/A vorliegt.
- ☐ zwar für mein/unser Unternehmen ein Ausschlussgrund gemäß § 6e EU Absatz 1 bis 4 VOB/A vorliegt, ich/wir jedoch für mein/unser Unternehmen Maßnahmen zur Selbstreinigung ergriffen habe(n), durch die für mein/unser Unternehmen die Zuverlässigkeit wieder hergestellt wurde.

Ab einer Auftragssumme von 30.000 Euro wird der Auftraggeber für den Bieter, auf dessen Angebot der Zuschlag erteilt werden soll, einen Auszug aus dem Gewerbezentralregister gem. § 150a GewO beim Bundesamt für Justiz anfordern.

**Angaben zur Zahlung von Steuern, Abgaben und Beiträgen zur Sozialversicherung**

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir meine/unsere Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur Sozialversicherung, soweit sie der Pflicht zur Beitragszahlung unterfallen, ordnungsgemäß erfüllt habe/haben.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine Unbedenklichkeitsbescheinigung der tariflichen Sozialkasse<sup>2</sup>, eine Unbedenklichkeitsbescheinigung des Finanzamtes bzw. Bescheinigung in Steuersachen<sup>3</sup> sowie eine Freistellungsbescheinigung nach § 48b EStG vorlegen.

<sup>2</sup> soweit mein Betrieb beitragspflichtig ist

<sup>3</sup> soweit das Finanzamt derartige Bescheinigungen ausstellt



*Angabe zur Mitgliedschaft bei der Berufsgenossenschaft*

Ich bin/Wir sind Mitglied der Berufsgenossenschaft.

Falls mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag in die engere Wahl kommt, werde ich/werden wir eine qualifizierte Unbedenklichkeitsbescheinigung der Berufsgenossenschaft des für mich zuständigen Versicherungsträgers mit Angabe der Lohnsummen vorlegen.

Mir/Uns ist bekannt, dass die jeweils genannten Bestätigungen/Nachweise zu den Eigenerklärungen auf gesondertes Verlangen der Vergabestelle innerhalb der gesetzten angemessenen Frist vorgelegt werden müssen und mein/unser Angebot/Teilnahmeantrag ausgeschlossen wird, wenn die Unterlagen nicht vollständig innerhalb dieser Frist vorgelegt werden.

(Ort, Datum, Unterschrift)<sup>4</sup>

<sup>4</sup> nur erforderlich, wenn diese Eigenerklärung nicht Bestandteil eines unterschriebenen Angebotes ist

## Bezeichnung der Bauleistung:

Maßnahmennummer	Baumaßnahme <b>O331</b>
Vergabenummer <b>053-25-EK7</b>	Leistung <b>Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim</b>

**Erklärung der Bieter- /Arbeitsgemeinschaft**

Wir, die nachstehend aufgeführten Unternehmen einer Bietergemeinschaft,

**Bevollmächtigter Vertreter**

Mitglied \_\_\_\_\_

USt-ID: \_\_\_\_\_

**Weitere Mitglieder**

Mitglied \_\_\_\_\_

USt-ID: \_\_\_\_\_

Mitglied \_\_\_\_\_

USt-ID: \_\_\_\_\_

Mitglied \_\_\_\_\_

USt-ID: \_\_\_\_\_

beschließen, im Falle der Auftragserteilung eine Arbeitsgemeinschaft zu bilden und erklären<sup>1</sup>, dass der bevollmächtigte Vertreter die Mitglieder gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt, zur Entgegennahme der Zahlungen mit befreiender Wirkung berechtigt ist und alle Mitglieder als Gesamtschuldner haften.

\_\_\_\_\_  
Ort Datum Unterschrift

\_\_\_\_\_  
Ort Datum Unterschrift

\_\_\_\_\_  
Ort Datum Unterschrift

\_\_\_\_\_  
Ort Datum Unterschrift

<sup>1</sup> Die Bietergemeinschaft hat mit ihrem Angebot eine Erklärung aller Mitglieder in Textform abzugeben, Auf Verlangen der Vergabestelle ist eine von allen Mitgliedern unterzeichnete bzw. fortgeschritten oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	<b>053-25-EK7</b>	
Baumaßnahme		
<b>O331</b>		
Leistung		
<b>Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim</b>		

**Ergänzung des Angebotsschreibens****Verzeichnis über Art und Umfang der Leistungen, für die sich der Bieter der Kapazitäten anderer Unternehmen bedienen wird**

Zur Ausführung der im Angebot enthaltenen Leistungen benenne ich Art und Umfang der Teilleistungen, für die ich mich/wir uns anderer Unternehmen bedienen werde(n).

OZ/Leistungsbereich	Beschreibung der Teilleistungen

<b>In Hinsicht auf meine/unsere wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit</b>	
Name des Unternehmens	Angabe zu der von diesem Unternehmen überlassenen Eignung

Bieter	Vergabenummer	Datum
	053-25-EK7	
Baumaßnahme O331		
Leistung Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim		

### Angaben zur Kalkulation mit vorbestimmten Zuschlägen

1	Angaben über den Verrechnungslohn	Zuschlag %	€/h
1.1	<b>Mittellohn ML</b> einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohngleitklausel vereinbart wird		
1.2	<b>Lohngebundene Kosten</b> Sozialkosten und Soziallöhne, als Zuschlag auf <b>ML</b>		
1.3	<b>Lohnnebenkosten</b> Auslösungen, Fahrgelder, als Zuschlag auf <b>ML</b>		
1.4	<b>Kalkulationslohn KL</b> (Summe 1.1 bis 1.3)		
1.5	<b>Zuschlag auf Kalkulationslohn</b> (aus Zeile 2.4, Spalte 1)		
1.6	<b>Verrechnungslohn VL</b> (Summe 1.4 und 1.5, VL im Formblatt 223 berücksichtigen)		

2	Zuschläge auf die Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten	Zuschläge in % auf				
		Lohn	Stoffkosten	Gerätekosten	Sonstige Kosten	Nachunternehmerleistungen
2.1	<b>Baustellengemeinkosten</b>					
2.2	<b>Allgemeine Geschäftskosten</b>					
2.3	<b>Wagnis und Gewinn</b>					
2.3.1	<b>Gewinn</b>					
2.3.2	<b>betriebsbezogenes Wagnis<sup>1</sup></b>					
2.3.3	<b>leistungsbezogenes Wagnis<sup>2</sup></b>					
2.4	<b>Gesamtzuschläge</b>					

<sup>1</sup> Wagnis für das allgemeine Unternehmensrisiko

<sup>2</sup> Mit der Ausführung der Leistungen verbundenes Wagnis

<b>3.</b>	<b>Ermittlung der Angebotssumme</b>			
		Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Her- stellungskosten €	Gesamt- zuschlä- ge gem. 2.4 %	Angebotssumme  €
<b>3.1</b>	<b>Eigene Lohnkosten</b> Verrechnungslohn (1.6) x Gesamtstunden			X
	_____ x _____			
<b>3.2</b>	<b>Stoffkosten</b> (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)	_____	_____	_____
<b>3.3</b>	<b>Gerätekosten</b> (einschließlich Kosten für Energie und Be- triebsstoffe)	_____	_____	_____
<b>3.4</b>	<b>Sonstige Kosten</b> (vom Bieter zu erläutern)	_____	_____	_____
<b>3.5</b>	<b>Nachunternehmerleistungen <sup>3</sup></b>	_____	_____	_____
<b>Angebotssumme ohne Umsatzsteuer</b>				_____

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

<sup>3</sup> Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

Bieter	Vergabenummer	Datum
	053-25-EK7	
Baumaßnahme O331		
Leistung Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim		

**Angaben zur Kalkulation über die Endsumme**

1.	Angaben über den Verrechnungslohn	Lohn €/h
1.1	<b>Mittellohn ML</b> einschl. Lohnzulagen u. Lohnerhöhung, wenn keine Lohnleitklausel vereinbart wird	
1.2	<b>Lohngebundene Kosten</b> Sozialkosten und Soziallöhne	
1.3	<b>Lohnnebenkosten</b> Auslösungen, Fahrgelder	
1.4	<b>Kalkulationslohn KL</b> (Summe 1.1 bis 1.3)	

Berechnung des Verrechnungslohnes nach Ermittlung der Angebotssumme (vgl. Blatt 2)

1.5	<b>Umlage auf Lohn</b> (Kalkulationslohn x v.H. Umlage aus 2.1)	€/h _____	v.H. _____	
1.6	<b>Verrechnungslohn VL</b> (Summe 1.4 und 1.5)			

eventuelle Erläuterungen des Bieters:

(Preisermittlung bei Kalkulation über die Endsumme)

Ermittlung der Angebotssumme		Betrag €	Gesamt €	Umlage Summe 3 auf die Einzelkosten für die Ermittlung der EH-Preise	
2	Einzelkosten der Teilleistungen = unmittelbare Herstellungskosten			%	€
2.1	<b>Eigene Lohnkosten</b>				
	Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden:				
	x			x	
2.2	<b>Stoffkosten</b> (einschl. Kosten für Hilfsstoffe)			x	
2.3	<b>Gerätekosten</b> (einschl. Kosten für Energie und Betriebsstoffe)			x	
2.4	<b>Sonstige Kosten</b> (Vom Bieter zu erläutern)			x	
2.5	<b>Nachunternehmerleistungen</b> <sup>1</sup>			x	
<b>Einzelkosten der Teilleistungen (Summe 2)</b>				<b>noch zu verteilen</b>	

Zusammensetzung der Umlagesummen				
	Umlage gesamt (€)	Anteil BGK (€)	Anteil AGK (€)	Anteil W+G (€)
2.1 eigene Lohnkosten				
2.2 Stoffkosten				
2.3 Gerätekosten				
2.4 Sonstige Kosten				
2.5 Nachunternehmerleistungen				

3	<b>Baustellengemeinkosten, Allgemeine Geschäftskosten, Wagnis und Gewinn</b>		
3.1	<b>Baustellengemeinkosten</b> (soweit hierfür keine besonderen Ansätze im Leistungsverzeichnis vorgesehen sind)		
3.1.1	Lohnkosten einschließlich Hilfslohne		
	Bei Angebotssummen unter 5 Mio € : Angabe des Betrages		
	Bei Angebotssummen über 5 Mio € : Kalkulationslohn (1.4) x Gesamtstunden: x		
3.1.2	Gehaltskosten für Bauleitung, Abrechnung Vermessung usw.		
3.1.3	Vorhalten u. Reparatur der Geräte u. Ausrüstungen, Energieverbrauch, Werkzeuge u. Kleingeräte, Materialkosten f. Baustelleneinrichtung		
3.1.4	An- u. Abtransport der Geräte u. Ausrüstungen, Hilfsstoffe, Pachten usw.		
3.1.5	Sonderkosten der Baustelle, wie techn. Ausführungsbearbeitung, objektbezogene Versicherungen usw.		
<b>Baustellengemeinkosten (Summe 3.1)</b>			
3.2	<b>Allgemeine Geschäftskosten (Summe 3.2)</b>		
3.3	<b>Wagnis und Gewinn (Summe 3.3)</b>		
3.3.1.	Gewinn		
3.3.2	Betriebsbezogenes Wagnis (Wagnis für das allgemeine Unternehmensrisiko)		
3.3.3	Leistungsbezogenes Wagnis ( mit der Ausführung der Leistungen verbundenes Wagnis)		
<b>Umlage auf die Einzelkosten (Summe 3)</b>			
<b>Angebotssumme ohne Umsatzsteuer (Summe 2 und 3)</b>			

<sup>1</sup> Auf Verlangen sind für diese Leistungen die Angaben zur Kalkulation der(s) Nachunternehmer(s) dem Auftraggeber vorzulegen.

Entsprechend der Verordnung (EU) 2022/576 dürfen öffentlichen Aufträge und Konzessionen nach dem 9. April 2022 nicht an Personen oder Unternehmen vergeben werden, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen. Dies umfasst sowohl unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftretende Personen oder Unternehmen als auch mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die **russische Staatsangehörigkeit** des Bewerbers/Bieters oder die **Niederlassung** des Bewerbers/Bieters in Russland,
- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das **Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent**,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder **auf Anweisung von Personen oder Unternehmen**, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Bereits vor dem 9. April 2022 geschlossene Verträge mit solchen Personen oder Unternehmen mit Bezug zu Russland dürfen nur bis zum 10. Oktober 2022 fortgeführt werden.

Baumaßnahme

Leistung

Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim

Ich/Wir erkläre(n), dass für mein/unser Unternehmen **keiner** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Fälle zutrifft.

Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir zur Ausführung des Auftrags für Teile der Leistung

☐ **nicht** die Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ folgende Kapazitäten der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen in Anspruch nehmen werde(n) / genommen habe(n) (Eignungsleihe).

☐ Die Leistungen **keines** Eignungsverleihers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.

☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.

☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.



- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Nachunternehmen beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Nachunternehmers überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

- ☐ **keine** der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftrage(n) / beauftragt habe(n).
- ☐ folgende der in den Buchstaben a) bis c) genannten Personen oder Unternehmen als Lieferanten beauftragen werde(n) / beauftragt habe(n).

- ☐ Die Leistungen **keines** Lieferanten überschreiten zehn Prozent der Auftragssumme.
- ☐ Die Beauftragung ist aufgrund einer Ausnahme (Artikel 5k Absatz 2 der Verordnung (EU) 2022/576) zulässig.
- ☐ Der Vertrag wurde vor dem 9. April 2022 geschlossen und die Zusammenarbeit wird zum 10. Oktober 2022 beendet.

Datum/Unterschrift (bei elektronischer Übermittlung: Name der erklärenden Person)



Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen, 11014 Berlin

- Nur per E-Mail -

Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung  
Fachaufsicht führende Ebenen in den Ländern

Krausenstraße 17-18  
10117 Berlin  
Postanschrift  
11014 Berlin  
Tel +49 30 18 681-16882  
Fax +49 30 18 681-516882  
BW17@bmi.bund.de  
www.bmwsb.bund.de

## Sanktionen der EU gegen Russland

Verordnung (EU) 2022/576  
BW17-70409/2#1  
Berlin, 14. April 2022  
Seite 1 von 3

### I. EU-Sanktionen gegen Russland

Durch *Verordnung (EU) 2022/576 des Rates vom 8. April 2022 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 über restriktive Maßnahmen angesichts der Handlungen Russlands, die die Lage in der Ukraine destabilisieren* hat die EU verschärfte Sanktionen gegen Russland erlassen.

Vorbehaltlich kommender Auslegung durch die Europäische Kommission werden nachfolgend erste Hinweise dazu gegeben.

### II. Verbot der Auftragsvergabe

Nach Artikel 5k der Verordnung ist es verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen an Personen oder Unternehmen zu vergeben, die einen Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift aufweisen und im Vergabeverfahren unmittelbar als Bewerber, Bieter oder Auftragnehmer auftreten.

Ein Bezug zu Russland im Sinne der Vorschrift besteht

- a) durch die russische Staatsangehörigkeit des Bewerbers/Bieters oder die Niederlassung des Bewerbers/Bieters in Russland,

- b) durch die Beteiligung einer natürlichen Person oder eines Unternehmens, auf die eines der Kriterien nach Buchstabe a zutrifft, am Bewerber/Bieter über das Halten von Anteilen im Umfang von mehr als 50 Prozent,
- c) durch das Handeln der Bewerber/Bieter im Namen oder auf Anweisung von Personen oder Unternehmen, auf die die Kriterien der Buchstaben a und/oder b zutreffen.

Das Verbot erstreckt sich auch auf mittelbar am Auftrag beteiligte Unterauftragnehmer, Lieferanten und Eignungsverleiher eines Bewerbers oder Bieters, soweit ihr Anteil, gemessen am Auftragswert, zehn Prozent übersteigt.

Ebenfalls vom Verbot umfasst sind Verträge, die vom Anwendungsbereich des GWB ausgenommen sind (insbesondere § 107 Absatz 1 Nummer 1 und 4, Absatz 2 Nummer 1, § 116 und § 145 Nummer 1 bis 6).

Von den Bewerbern oder Bietern in neuen und laufenden Vergabeverfahren ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern. Angebote von Unternehmen, die eine solche Erklärung trotz entsprechender Anforderung nicht abgeben, sind von der Wertung auszuschließen (§ 16 EU Nummer 4, § 16 VS Nummer 4 VOB/A).

### III. Fortführung bestehender Verträge

Bestehende Verträge mit den unter II. a)-c) Genannten, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden, dürfen nach dem 10. Oktober 2022 nicht fortgeführt werden.

Das gilt auch für Verträge mit Auftragnehmern, an denen die unter II. a)-c) Genannten mittelbar, mit mehr als zehn Prozent, gemessen am Auftragswert, als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher beteiligt sind. Die Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Eignungsverleiher sind vorzugsweise auszutauschen. Ist der Hauptauftragnehmer nicht zum Austausch bereit, ist der Vertrag unter Berufung auf das EU-rechtlich unmittelbar geltende Erfüllungsverbot zum 10. Oktober 2022 zu kündigen.

Auch für bestehende Verträge ist die als Anlage beigefügte Eigenerklärung abzufordern.

### IV. Ausnahmen

Von dem Verbot der Auftragsvergabe und der Fortführung der Verträge enthält Art 5k Absatz 2 Ausnahmen. Für den Bundeshochbau können insbesondere Buchstabe a (Baumaßnahmen im Zusammenhang mit Atomanlagen/Endlagern) und Buchstabe d (Auslandsbau) einschlägig sein.

Eine Ausnahme bedarf der über mich einzuholenden Genehmigung der durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz noch zu benennenden zuständigen Behörde.

## V. Zuwendungsbau

Die EU-Verordnung gilt für öffentliche Aufträge (§ 103 GWB) und Konzessionen (§ 106 GWB). Sie findet damit im Zuwendungsbau Anwendung, falls der Zuwendungsempfänger öffentlicher Auftraggeber nach § 99 GWB, Sektorenauftraggeber nach § 100 GWB oder Konzessionsgeber nach § 101 GWB ist. Liegen diese Voraussetzungen nicht vor, kommt es auf den Inhalt des Zuwendungsbescheids an.

## VI. Inkrafttreten

Der Erlass gilt mit sofortiger Wirkung und setzt die Verordnung (EU) 2022/576 um. Eine Erstreckung auf den Unterschwellenbereich wird noch geprüft.

Im Auftrag

gez.

Janssen

Anlagen  
Verordnung (EU) 2022/576 vom 8. April 2022  
Formblatt für Eigenerklärungen

**Merkblatt für die Abgabe der Verpflichtungserklärung  
zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen  
nach den Vorgaben  
des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-  
Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

Dieses Merkblatt soll die betroffenen Unternehmen bei der Abgabe der notwendigen Erklärung unterstützen.

**Allgemeines**

Das LTMG verpflichtet öffentliche Auftraggeber, öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen ab einem geschätzten **Auftragswert von 20.000 Euro** (ohne Umsatzsteuer) nur an solche Unternehmen zu vergeben, die sich bei der Angebotsabgabe schriftlich verpflichten, ihren Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, soweit nicht eine Tariftreueverpflichtung besteht und die danach maßgebliche tarifliche Regelung für die Beschäftigten günstiger ist.

Die **Schätzung des Auftragswertes** richtet sich nach der Vergabeverordnung (VgV). Danach ist vom voraussichtlichen Gesamtwert der vorgesehenen Leistung ohne Umsatzsteuer einschließlich etwaiger Prämien oder sonstiger Zahlungen an Bewerber oder Bieter auszugehen. Dabei sind etwaige Optionen oder Vertragsverlängerungen zu berücksichtigen. Der Wert eines beabsichtigten Auftrags darf nicht in der Absicht geschätzt oder aufgeteilt werden, ihn der Anwendung dieser Bestimmung zu entziehen.

**Informationen zum LTMG**

Beim **Regierungspräsidium Stuttgart** ist eine **Servicestelle** eingerichtet, die über das LTMG umfassend informiert und die Entgeltregelungen aus den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen zur Verfügung stellt (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx>). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>). Die Servicestelle gibt auch Muster für die Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen bekannt. Außerdem fungiert die Service-

stelle als Geschäftsstelle des Beirats für die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge im Verkehrsbereich.

### **Zur Verpflichtungserklärung im Einzelnen:**

#### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- *dass meinen / unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des AEntG gebunden ist;*
- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, und die ein Tarifentgelt auf der Grundlage des AEntG erhalten oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.*

In § 3 Abs. 1 LTMG wird festgelegt, dass öffentliche Aufträge über Bau- und Dienstleistungen, die vom AEntG erfasst werden, nur an solche Unternehmen vergeben werden dürfen, die sich vorher verpflichten, ihren Beschäftigten mindestens das auf der Grundlage des AEntG für allgemeinverbindlich erklärte Entgelt zu zahlen. Das AEntG gilt derzeit für folgende Wirtschaftsbereiche:

- Baugewerbe, Dachdeckerhandwerk, Maler- und Lackiererhandwerk, Elektrohandwerk, einschließlich der Erbringung von Montageleistungen auf Baustellen außerhalb des Betriebssitzes,
- Gebäudereinigung,
- Briefdienstleistungen,
- Sicherheitsdienstleistungen,
- Bergbauspezialarbeiten auf Steinkohlebergwerken,
- Wäschereidienstleistungen im Objektkundengeschäft,
- Abfallwirtschaft einschließlich Straßenreinigung und Winterdienst,
- Aus- und Weiterbildungsdienstleistungen nach dem Zweiten oder Dritten Buch Sozialgesetzbuch,

- Pflegedienstleistungen
- Schlachten und Fleischverarbeitung.

Voraussetzung ist jedoch, dass das Unternehmen überwiegend in einer dieser Branchen tätig ist. Dies ist dann der Fall, wenn die Beschäftigten im jeweiligen Kalenderjahr - bezogen auf die Gesamtarbeitszeit - zeitlich überwiegend die jeweiligen branchentypischen Tätigkeiten erbracht haben. Hierbei sind Hilfs- und Nebenarbeiten hinzuzurechnen, wenn sie zu einer sachgerechten Ausführung der Tätigkeit notwendig sind und deshalb mit ihnen in Zusammenhang stehen.

Möglich ist auch, dass im Rahmen eines öffentlichen Auftrags nur ein Teil der Beschäftigten des Unternehmens dem AEntG unterfällt. In diesem Fall muss sich das Unternehmen hinsichtlich der restlichen Beschäftigten verpflichten, bei der Ausführung der Leistung mindestens das nach § 4 des LTMG zu zahlende Mindestentgelt (brutto) pro Stunde zu zahlen.

Die Tarifverträge, die nach dem AEntG auf ein Unternehmen Anwendung finden, lassen sich z. B. folgender Internetseite der Zollverwaltung entnehmen:

<http://www.zoll.de/DE/Fachthemen/Arbeit/Mindestarbeitsbedingungen/Mindestlohn-AEntG-Lohnuntergrenze-AUeG/Branchen-Mindestlohn-Lohnuntergrenze/branchen-mindestlohn-lohnuntergrenze.html>.

#### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) im Bereich des freigestellten Verkehrs gemäß § 1 der Freistellungs-Verordnung bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, wenn die Leistung nicht vom Anwen-

dungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst wird;

- dass mein/unser Unternehmen während der Ausführung der Leistung eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachvollzieht.

Öffentlichen Personenverkehrsdienste sind gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 Dienstleistungsaufträge im straßengebundenen öffentlichen Personenverkehr mit Bussen und Straßenbahnen, sonstige Dienstleistungsaufträge im schienegebundenen Personenverkehr sowie Dienstleistungskonzessionen in diesen Bereichen. Dies umfasst sämtliche, insbesondere auch die nach § 13 des Personenbeförderungsgesetzes genehmigten Verkehrsdienstleistungen. Vom LTMG erfasst sind auch Auftragsvergaben über die nicht als öffentliche Personenverkehre geltenden Verkehrsaufträge im Sinne der Freistellungsverordnung; hierzu gehören insbesondere der freigestellte Schülerverkehr sowie der Transport von körperlich, geistig oder seelisch behinderten Personen zu oder von Einrichtungen, die deren Betreuung dienen.

Sind im öffentlichen Personenverkehr mehrere Tarifverträge einschlägig, müssen Auftragnehmer ihren Beschäftigten zur Erfüllung ihrer Tariftreuepflichten insgesamt mindestens das in einem der einschlägigen und als repräsentativ festgestellten Tarifverträge vorgesehene Entgelt zahlen.

Die Feststellung der repräsentativen Tarifverträge erfolgt durch das Wirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Verkehrsministerium unter Berücksichtigung der Empfehlungen eines mit den im betroffenen Verkehrsbereich tätigen Sozialpartnern paritätisch besetzten Beirats.

Die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge werden vom Auftraggeber in der Bekanntmachung und den Vergabeunterlagen des öffentlichen Auftrags benannt. Das Verzeichnis der repräsentativen Tarifverträge für öffentliche Aufträge über Verkehrsdienstleistungen nach § 1 Absatz 3 der Verordnung des Sozialministeriums zur Durchführung des § 3 Absatz 4 des LTMG wurde als Verwaltungsvorschrift im Gemeinsamen Amtsblatt des Landes Baden-Württemberg veröffentlicht. Zugleich stellt die beim Regierungspräsidium Stuttgart eingerichtete Servicestelle das Verzeichnis und die darin enthaltenen Tarifverträge im Internet zur Verfügung ([https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative\\_Tarifvertraege.aspx](https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/Repraesentative_Tarifvertraege.aspx)). Auf die Internetseite der Servicestelle gelangen Sie auch über den QuickLink (Der



schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).

Grundsätzlich gilt das LTMG auch für den freigestellten Verkehr. Ob im Einzelfall bei öffentlichen Aufträgen über Verkehrsdienstleistungen für den freigestellten Verkehr Tariftreue nach den einschlägigen und repräsentativen Tarifverträgen einzuhalten ist oder das Mindestentgelt des § 4 LTMG gilt, hängt von der jeweils ausgeschriebenen Leistung ab. Es gelten die einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr, sobald der freigestellte Verkehr vom Anwendungsbereich des jeweiligen Tarifvertrages umfasst wird.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von bis zu neun Personen einschließlich des Fahrzeugführers, wird der Verkehr mit Personenkraftwagen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 1 Personenbeförderungsgesetz (PBefG) betrieben. Im Hinblick auf Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf der Straße, die die Beförderungen der mit Personenkraftwagen i.S.d. § 4 Abs. 4 Nr. 1 PBefG durchgeführten freigestellten Verkehre erfassen, gelten die Regelungen der WBO-Tarifwerke, soweit der jeweilige Sachverhalt von deren Geltungsbereich erfasst wird und sofern die Vergabe nach dem 1. Januar 2022 eingeleitet wurde. Ansonsten gilt für die betreffenden Verkehre zum jetzigen Zeitpunkt nur das derzeit geltende vergabespezifische Mindestentgelt.

Bei Ausschreibungen über die Beförderung von mehr als neun Personen einschließlich Fahrer wird der Verkehr mit Kraftomnibussen im Sinne des § 4 Abs. 4 Nr. 2 PBefG betrieben. Diese Verkehre fallen unter den Anwendungsbereich der WBO-Tarifwerke.

#### ***Ich erkläre/Wir erklären,***

- *dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht*  
*oder*
- *dass mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.*

Diese Erklärung ist abzugeben, wenn

- Unternehmen zwar an das AEntG gebunden sind, aber ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- tarifgebundene Unternehmen im Bereich der Personenverkehrsdienste ihren Beschäftigten weniger als das aktuell gültige Mindestentgelt bezahlen,
- es sich um sonstige Unternehmen handelt, tarifgebunden oder nicht tarifgebunden.

Sofern keine Tariftreue gefordert werden kann, müssen sich Unternehmen nach § 4 LTMG verpflichten, ihren unter das Mindestlohngesetz (MiLoG) fallenden Beschäftigten bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt zu zahlen, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht. Dies gilt jedoch nicht für die Leistungserbringung durch Auszubildende.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass ich mir/wir uns
  - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);
  - oder
  - von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

§ 6 Abs. 2 LTMG verpflichtet die Unternehmen dem öffentlichen Auftraggeber Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen der Nachunternehmen vorzulegen. Gleiches gilt, wenn das Unternehmen oder ein beauftragtes Nachunternehmen zur Ausführung des Auftrags Arbeitskräfte eines Verleihunternehmens einsetzt. Dies gilt grundsätzlich auch für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der vom be-

auftragten Unternehmen eingeschalteten Nachunternehmen. Auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen kann verzichtet werden, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens **weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer)** beträgt. Hierfür gilt die erste Variante.

Die zweite Variante trägt dem EuGH-Urteil vom 18. September 2014, Az.: C-579/13 Rechnung, in dem dieser entschieden hat, dass die Bezahlung eines vergabespezifischen Mindestlohns nicht verlangt werden darf, wenn ein Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmern eines Nachunternehmers ausgeführt wird.

***Ich erkläre/Wir erklären,***

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

Auch wenn auf die Verpflichtung zur Vorlage von Tariftreue- und Mindestentgelterklärungen verzichtet werden kann, wenn das Auftragsvolumen eines Nachunternehmens oder Verleihunternehmens weniger als 10.000 Euro (ohne Umsatzsteuer) beträgt, muss das beauftragte Unternehmen gleichwohl dafür sorgen, dass Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Pflicht zur Tariftreue- und Mindestentgeltzahlung einhalten.

***Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,***

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

In § 7 Abs. 1 LTMG sind die Nachweispflichten der Auftragnehmer sowie ihrer Nachunternehmen und Verleihunternehmen über die Einhaltung ihrer Verpflichtungen zur Tariftreue- bzw. Mindestentgeltzahlung festgelegt.

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,

Die öffentlichen Auftraggeber haben das Recht, Kontrollen durchzuführen. Sie haben die Möglichkeit, die Einhaltung der Vorgaben durch ihre Vertragspartner durch anlass- oder stichprobenbezogene Prüfungen aufgrund der von den Unternehmen vorzulegenden Unterlagen sicherzustellen. Vorbereitend darauf haben die Unternehmen entsprechende vollständige und prüffähige Unterlagen bereitzuhalten.

- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,

§ 8 LTMG regelt die Sanktionsmöglichkeiten gegenüber dem Auftragnehmer bei Verstößen.

Im Vertrag werden die Bezahlung einer Vertragsstrafe bei vorsätzlichen oder fahrlässigen Verstößen gegen die §§ 3 bis 7 LTMG und die Voraussetzungen für ihre Verwirkung vereinbart. Die Vertragsstrafe beträgt ein Prozent, bei Verkehrsdienstleistungen beträgt die Vertragsstrafe bis zu einem Prozent des Auftragswerts je Verstoß. Die Obergrenze bei mehreren Verstößen beträgt innerhalb eines Auftrags fünf Prozent.

- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung,
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,

Der öffentliche Auftraggeber kann Auftragnehmer, Nachunternehmen oder Verleihunternehmen bei ihm bekannt gewordenen schuldhaften Verstößen gegen ihre Verpflichtungen nach dem LTMG bis zu drei Jahre lang von weiteren Auftragsvergaben ausschließen. Die Entscheidung sowie die konkrete Dauer des Ausschlusses stehen

im pflichtgemäßen Ermessen des öffentlichen Auftraggebers und haben sich an den Umständen des Einzelfalls zu orientieren. Selbstreinigende Maßnahmen der Unternehmen (z. B. arbeitsrechtliche Maßnahmen) werden angemessen berücksichtigt.

- *dass der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.*

Der öffentliche Auftraggeber kann als weitere Sanktion fristlos kündigen, wenn dies vereinbart wurde. Der Auftragnehmer ist dann verpflichtet, dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen (§ 8 Abs. 2 LTMG).

- *dass der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.*

Der öffentliche Auftraggeber ist verpflichtet, die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung bei entsprechenden Verstößen zu informieren.

**Sie erhalten weitere Informationen auf der Internetseite der Servicestelle unter <https://rp.baden-wuerttemberg.de/Themen/Wirtschaft/Tariftreue/Seiten/default.aspx> oder über den Quick-Link (Der schnelle Klick) „Tariftreue“ auf der Startseite des Regierungspräsidiums Stuttgart (<https://rp.baden-wuerttemberg.de/rps/Seiten/default.aspx>).**

**Verpflichtungserklärung**  
**für öffentliche Aufträge, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz erfasst werden**

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

**Ich erkläre/Wir erklären,**

- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung, die vom Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung erfasst wird, diejenigen Arbeitsbedingungen einschließlich des Entgelts gewährt werden, die nach Art und Höhe mindestens den Vorgaben desjenigen Tarifvertrages entsprechen, an den mein/unser Unternehmen aufgrund des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes gebunden ist;
- dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden), die nicht dem Arbeitnehmer-Entsendegesetz (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfallen oder auf die der Tarifvertrag nach dem AEntG keine Anwendung findet, bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht.
- dass ich mir/wir uns von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege;
- sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen.

**Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben,
  - der öffentliche Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung informiert.

---

 Ort, Datum

---

 Unterschrift, Firmenstempel

**Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:**

---

 Ort, Datum

---

 Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

---

 Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

## **Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt**

(sofern der öffentliche Auftrag nicht vom AEntG erfasst wird und es sich nicht um Dienstleistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene handelt)

zur Tariftreue und Mindestentlohnung für Bau- und Dienstleistungen nach den Vorgaben des Tariftreue- und Mindestlohngesetzes für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg (Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)

**Ich erkläre/Wir erklären,**

- ☐ dass meinen/unseren Beschäftigten (mit Ausnahme der Auszubildenden) bei der Ausführung der Leistung ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht  
oder
- ☐ mein/unser Unternehmen in einem anderen Mitgliedstaat der EU ansässig ist und die Leistung ausschließlich im EU-Ausland mit dort tätigen Beschäftigten ausgeführt wird.

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mir/wir uns
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen oder beauftragten Verleihunternehmen eine Verpflichtungserklärung im vorstehenden Sinne ebenso abgeben lasse/lassen wie für alle weiteren Nachunternehmen und Verleihunternehmen der Nachunternehmen und Verleihunternehmen und diese dann dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);  
oder
- ☐ von einem von mir/uns beauftragten Nachunternehmen eine schriftliche Versicherung geben lasse/lassen, dass dieses den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführt und diese Versicherung dem öffentlichen Auftraggeber vorlege(n);

*Zutreffendes bitte ankreuzen.*

- dass ich mich verpflichte/wir uns verpflichten sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen, wenn sie nicht in einem anderen Mitgliedstaat ansässig sind



und den Auftrag ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ausführen.

**Ich bin mir/Wir sind uns bewusst,**

- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen verpflichtet sind, dem öffentlichen Auftraggeber die Einhaltung der Verpflichtung aus dieser Erklärung auf dessen Verlangen jederzeit nachzuweisen,
- dass mein/unser Unternehmen sowie die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vollständige und prüffähige Unterlagen im vorstehenden Sinne über die eingesetzten Beschäftigten bereitzuhalten haben,
- dass zur Einhaltung der Verpflichtungen aus dieser Erklärung zwischen dem öffentlichen Auftraggeber und meinem/unserem Unternehmen eine Vertragsstrafe für jeden schuldhaften Verstoß vereinbart wird,
- dass bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß meines/unseres Unternehmens sowie der von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen aus dieser Erklärung
  - den Ausschluss meines/unseres Unternehmens und die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen von diesem Vergabeverfahren zur Folge hat,
  - mein/unser Unternehmen oder die von mir/uns beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vom öffentlichen Auftraggeber für die Dauer von bis zu drei Jahren von Vergaben des öffentlichen Auftraggebers ausgeschlossen werden kann/können,
  - der öffentliche Auftraggeber nach Vertragsschluss zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt ist und dass ich/wir dem öffentlichen Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen habe/haben.

---

Ort, Datum

---

Unterschrift, Firmenstempel

**Sofern die Verpflichtungserklärung in Textform nach § 126b BGB mithilfe elektronischer Mittel übermittelt wird:**

---

Ort, Datum

---

Name der erklärenden Person (in Druckbuchstaben)

---

Unterschrift (Faksimile oder Scan)

Statt einer Unterschrift kann auch der Zusatz „diese Erklärung ist nicht unterschrieben“ ergänzt werden.

**Besondere Vertragsbedingungen zur Erfüllung der Tariftreue- und Mindestentgeltverpflichtungen nach dem Tariftreue- und Mindestlohngesetz für öffentliche Aufträge in Baden-Württemberg  
(Landestariftreue- und Mindestlohngesetz - LTMG)**

**1. Mindestentgelte**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) für Leistungen, deren Erbringung dem Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung unterfällt, seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts zu gewähren, die durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrag oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsverordnung für die betreffende Leistung verbindlich vorgegeben werden;

(2) für Leistungen im Bereich des öffentlichen Personenverkehrs auf Straße und Schiene seinen Beschäftigten bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags ein Entgelt zu bezahlen, das insgesamt mindestens dem in Baden-Württemberg für diese Leistung in einem der einschlägigen und repräsentativen mit einer tariffähigen Gewerkschaft vereinbarten Tarifverträge vorgesehenen Entgelt nach den tarifvertraglich festgelegten Modalitäten, einschließlich der Aufwendungen für die Altersversorgung, entspricht, und während der Ausführung des öffentlichen Auftrags eintretende tarifvertragliche Änderungen des Entgelts nachzuvollziehen;

(3) für Leistungen,

- deren Erbringung nicht dem Geltungsbereich des AEntG in der jeweils geltenden Fassung unterfallen,
- die den freigestellten Verkehr betreffen und die nicht vom Anwendungsbereich der einschlägigen und repräsentativen Tarifverträge für den straßengebundenen Personenverkehr umfasst werden,
- die nicht den öffentlichen Personenverkehr betreffen,

seinen Beschäftigten (ohne Auszubildende) bei der Ausführung des öffentlichen Auftrags wenigstens ein Entgelt bezahlt wird, das mindestens den Vorgaben

des Mindestlohngesetzes (MiLoG) und der gemäß § 1 Absatz 2 Satz 2 MiLoG erlassenen Rechtsverordnung entspricht, es sei denn, bei dem Unternehmen handelt es sich um eine anerkannte Werkstatt für behinderte Menschen, einen Inklusionsbetrieb oder eine anerkannte Blindenwerkstatt (bevorzugtes Unternehmen gemäß §§ 224 und 226 Sozialgesetzbuch (SGB) Neuntes Buch (IX) – Rehabilitation und Teilhabe von Menschen mit Behinderungen) oder der Auftrag wird ausschließlich im Ausland mit dort tätigen Arbeitnehmerinnen oder Arbeitnehmern eines Nachtunternehmens ausgeführt;

(4) sofern die Voraussetzungen von mehr als einer der in (1) bis (3) getroffenen Regelungen erfüllt sind, die für seine Beschäftigten jeweils günstigste Regelung anzuwenden.

## **2. Nachunternehmen**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) seine Nachunternehmen und Verleihunternehmen sorgfältig auszuwählen,

(2) sicherzustellen, dass die Nachunternehmen und Verleihunternehmen die Verpflichtungen nach den §§ 3 und 4 LTMG erfüllen,

(3) die von den Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgegebene Verpflichtungserklärung oder Versicherung nach den §§ 3 und 4 LTMG dem Auftraggeber auf Verlangen vorzulegen,

(4) Nachunternehmen und Verleihunternehmen davon in Kenntnis zu setzen, dass es sich um einen öffentlichen Auftrag handelt.

## **3. Kontrolle**

Der Auftragnehmer verpflichtet sich,

(1) dem Auftraggeber bei einer Kontrolle Entgeltabrechnungen, die Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abgaben sowie die zwischen Unternehmen und Nachunternehmen und Verleihunternehmen abgeschlossenen Verträge zum Zwecke der Prüfung der Einhaltung des LTMG vorzulegen,

(2) seine Beschäftigten auf die Möglichkeit solcher Kontrollen hinzuweisen,

(3) dem Auftraggeber ein Auskunfts- und Prüfrecht im Sinne des § 7 Absatz 1 LTMG bei der Beauftragung von Nachunternehmen und Verleihunternehmen einräumen zu lassen,

(4) vollständige und prüffähige Unterlagen zur Prüfung der Einhaltung der Vorgaben der §§ 3 und 4 LTMG in erforderlichem Umfang bereitzuhalten und auf Verlangen dem Auftraggeber vorzulegen und zu erläutern sowie die Einhaltung dieser Pflicht durch die beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen vertraglich sicherzustellen.

#### **4. Sanktionen**

(1) Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die Verpflichtungen nach den §§ 3 bis 7 LTMG wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe vereinbart, deren Höhe eins von Hundert, bei Verkehrsdienstleistungen bis zu einem von Hundert beträgt. Bei mehreren Verstößen gegen das LTMG sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf fünf von Hundert des Auftragswertes begrenzt. Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch ein von dem Auftragnehmer eingesetztes Nachunternehmen oder Verleihunternehmen begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmens und des Verleihunternehmens nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste. Bei einer unverhältnismäßig hohen Vertragsstrafe kann der Auftragnehmer beim Auftraggeber die Herabsetzung der Vertragsstrafe beantragen.

(2) Die schuldhafte Nichterfüllung einer Verpflichtung nach den §§ 3 bis 7 LTMG durch den Auftragnehmer berechtigen den Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.

(3) Die Bestimmungen des § 11 VOB/B bzw. VOL/B bleiben hiervon unberührt.

(4) Bei einem nachweislich schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers sowie der von ihm beauftragten Nachunternehmen und Verleihunternehmen gegen die Verpflichtungen des LTMG

- kann der Auftraggeber diese für die Dauer von bis zu drei Jahren von ihren Auftragsvergaben ausschließen,
- informiert der Auftraggeber die nach dem AEntG für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten zuständigen Behörden der Zollverwaltung.

# LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

25.02.2025

Verfahren: 053-25-EK7 - Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim

## SKONTO

Skonto zugelassen	Nein
Zahlungsziel (falls zugelassen)	Tag(e)
Skonto	_____ %

## AUFLISTUNG ALLER POSITIONEN

ALLE PREISE SIND OHNE UMSATZSTEUER ANZUGEBEN

1	Wertungsrelevanter Agnebotspreis (ohne Schrotterlös)	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....
Bitte übertragen Sie hier den wertungsrelevanten Angebotspreis aus dem Leistungsverzeichnis.						

2	Wertungsrelevante Gutschrift für Schrotterlöse	USt. [%]	Menge	Einheit	Einzelpreis [EUR]	Gesamtpreis [EUR]
		19%	1,00	Leistungseinheit	..... pro 1,00 Leistungseinheit	.....
Bitte übertragen Sie den Angebotspreis aus der Excel-Datei in den Anlagen.						
Die Gutschrift muss mit negativem Vorzeichen angegeben werden, da andernfalls der Gesamtangebotspreis nicht richtig ermittelt werden würde.						

---

## ANGEBOTSSUMME(N)

Summe exkl. Nachlass (netto)	_____
Nachlass (netto)	_____
Summe inkl. Nachlass (netto)	_____
Umsatzsteuer	_____
<b>Summe (brutto)</b>	_____

# LEISTUNGSVERZEICHNIS

Ausschreibung

25.02.2025

Verfahren: 053-25-EK7 - Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim

---

## AUFLISTUNG ALLER DATEIANLAGEN ZU DEN POSITIONEN

Name	Dateiname	Größe	MIME-Type
------	-----------	-------	-----------



Verfahren: 053-25-EK7 - Gleiserneuerung 9403 MA Richtung Heddesheim

### EIGNUNGSKRITERIEN

#### 1 Erklärungen zur Technischen Leistungsfähigkeit

Gewichtung: 0,00%

##### 1.1 Information zur Technischen Leistungsfähigkeit

K.O.-Kriterium: Nein

Zum Nachweis der technischen und beruflichen Leistungsfähigkeit sind mit dem Angebot Referenzprojekte anzugeben, die erkennen lassen, dass der Bieter zur Erbringung der ausgeschriebenen Leistung im Hinblick auf Art und Umfang in der Lage ist.

Der Bieter hat dazu mindestens 2 Referenzprojekte anzugeben, aus denen sich ergibt, dass der Bieter in der Vergangenheit bereits nach Art, Komplexität und Umfang vergleichbare Aufträge erfolgreich durchgeführt hat.

Mindestanforderung:

- Durchführung vergleichbarer Gleiserneuerungsmaßnahmen aus den letzten 5 abgeschlossenen Geschäftsjahren

Beantworten Sie bitte die folgenden Fragen zu Ihren Referenzen und geben die entsprechenden Informationen an. Nichtbeantwortung der Fragen kann zum Ausschluss führen.

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind diese Angaben für weitere Mitglieder der Bietergemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen unter "Bietergemeinschaft/Eignungsleihe" anzugeben.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend. Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

##### 1.2 Referenzen Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft

Gewichtung: 0,00%

##### 1.2.1 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

##### 1.2.1.1 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

##### 1.2.1.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Bieter/Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 1.2.1.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten. Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

##### 1.2.1.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2022" oder "Juni 2022 bis September 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 1.2.1.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 1.2.1.6 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an, die auf vergleichbare Leistungen schließen lässt.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 1.2.2 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

#### 1.2.2.1 Mindestanforderung an Referenz [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 1.2.2.2 Referenzinhaber [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Bieter/Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 1.2.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber) [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten. Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 1.2.2.4 Leistungszeitraum [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2022" oder "Juni 2022 bis September 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 1.2.2.5 Auftragsvolumen [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 1.2.2.6 Projekttitel und Projektbeschreibung [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an, die auf vergleichbare Leistungen schließen lässt.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 1.2.3 Bieter/ Mitglied 1 Bietergemeinschaft - Referenz 3

Gewichtung: 0,00%

#### 1.2.3.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Ja

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

#### 1.2.3.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Bieter/Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 1.2.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- ggf. Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 1.2.3.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an. (Z.B. "06/2022 bis 09/2022" oder "Juni 2022 bis September 2022")

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 1.2.3.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 1.2.3.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an, die auf vergleichbare Leistungen schließen lässt.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 1.3 Referenzen Bietergemeinschaft /Eignungsleihe

Gewichtung: 0,00%

#### 1.3.1 Referenzen bei Bietergemeinschaft/Eignungsleihe

K.O.-Kriterium: Nein

Sollten Sie eine Bietergemeinschaft sein oder sich einer Eignungsleihe bei einem anderen Unternehmen bedienen, so sind hier die Angaben für weitere Bieter der Gemeinschaft oder eignungsgebenden Unternehmen zu machen.

Die Mindestkriterien für die Referenzen gelten auch hier.

Die Beantwortung der Fragen ist bei einer Eignungsleihe oder Bietergemeinschaft verpflichtend.

Eine Nichtbeantwortung kann zum Ausschluss führen.

Sollte mehr Platz für weitere Referenzen oder Bieter benötigt werden, kontaktieren Sie uns über die Nachrichtenfunktion auf dieser Plattform. Wir passen dann die Struktur entsprechend an.

### 1.3.2 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 1

Gewichtung: 0,00%

#### 1.3.2.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Nein

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

#### 1.3.2.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 1.3.2.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 1.3.2.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 1.3.2.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

#### 1.3.2.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an, die auf vergleichbare Leistungen schließen lässt.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 1.3.3 ggf. Mitglied 2 Bietergemeinschaft - Referenz 2

Gewichtung: 0,00%

#### 1.3.3.1 Mindestanforderung an Referenz

K.O.-Kriterium: Nein

Erfüllt die nachfolgend beschriebene Referenz die vorbenannten Mindestanforderungen?

(K.O.-Kriterium)

- ☐ *Keine Angabe* (0)  
☐ Ja (0)  
☐ Nein (0)

Nur eine Antwort wählbar

### 1.3.3.2 Referenzinhaber

K.O.-Kriterium: Nein

Welches Unternehmen (Mitglied der Bietergemeinschaft/ Unternehmen dessen Eignung geliehen werden soll) hat den in der Referenz benannten Auftrag ausgeführt?

Geben Sie Namen und Anschrift des Unternehmens an.

Eine nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 1.3.3.3 Auftraggeber (Referenzgeber)

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte nennen Sie uns hier den Auftraggeber des Projektes, dass Sie als Referenz angeben möchten.

Folgende Angaben müssen enthalten sein:

- Name des Auftraggebers
- Anschrift
- Ansprechpartner

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 1.3.3.4 Leistungszeitraum

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Leistungszeitraum des durchgeführten Projektes an.

Geben Sie den Zeitraum monatsgenau an.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 1.3.3.5 Auftragsvolumen

K.O.-Kriterium: Nein

Angabe des Nettoauftragsvolumens des Projektes in Euro.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

### 1.3.3.6 Projekttitel und Projektbeschreibung

K.O.-Kriterium: Nein

Geben Sie hier den Projekttitel sowie eine Inhaltlich aussagekräftige Kurzbeschreibung zum Projekt an, die auf vergleichbare Leistungen schließen lässt.

Nichtbeantwortung der Frage kann zum Ausschluss führen.

## 2 Eigenerklärung zur Akzeptanz von Ausführungsbedingungen zur Versicherungspflicht

Gewichtung: 0,00%

### 2.1 Eigenerklärung zur Versicherungspflicht

K.O.-Kriterium: Nein

Der Bieter/ Die Bietergemeinschaft muss unverzüglich nach Zuschlagserteilung über eine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung verfügen, die über die gesamte Vertragslaufzeit aufrecht erhalten bleiben muss.

Die Deckungssumme dieser Versicherung muss je Schadensfall mindestens betragen:

- für Personenschäden: 3 Mio. Euro
- für Sachschäden: 3 Mio. Euro

Zum Nachweis, dass die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung rechtzeitig vorhanden sein wird, gibt der Bieter eine entsprechende Eigenerklärung ab und reicht den entsprechenden Nachweis ein.

Achtung: Bitte beachten Sie, dass ein Nachfordern eines unzureichenden Versicherungsnachweises unzulässig ist und zum Ausschluss des Angebots von der Wertung führt.

### 2.2 Variante 1 [Mussangabe]

K.O.-Kriterium: Ja

Sofern der Bieter über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung mit mindestens den genannten Deckungssummen je Schadensart bereits verfügt, ist dies hier anzugeben. Der Bieter hat sich zu vergewissern, dass seine Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung tatsächlich die hier geforderten Mindestdeckungssummen vollständig abdeckt. Nur, wenn er dies positiv festgestellt hat, hat er dies hier anzugeben.

Zum Nachweis ist die Versicherungsbestätigung mit dem Angebot einzureichen.

Liegt eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung wie in Ziffer 9.1 beschrieben bereits zum Zeitpunkt der Angebotsabgabe vor und ist zum Nachweis die Versicherungsbestätigung dem Angebot beigelegt?

- ☐ Keine Angabe
- ☐ Ja
- ☐ Nein

**2.3 Variante 2 [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Ja

Alternativ: Sofern der Bieter zum Zeitpunkt der Abgabe des Angebots über die oben beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung noch nicht verfügt oder aber sofern die bestehende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung herung nicht die genannten Deckungssummen aufweist, hat der Bieter zu prüfen, ob ihm im Zuschlagsfall eine entsprechende Versicherung gewährt werden wird. Sofern das bejaht werden kann, hat er hier anzugeben, dass er in der Lage ist, spätestens im Auftragsfall eine entsprechende Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung für den Zeitraum von Auftragsbeginn bis zum Vertragsende mit der geforderten Mindestdeckungssumme abzuschließen und entsprechenden Nachweis dem Angebot beizufügen.

Der Bieter / Die Bietergemeinschaft ist in der Lage, im Falle der Auftragserteilung, für den Zeitraum seiner Leistungsverpflichtung eine wie in Ziffer 9.1 beschriebene Berufs- bzw. Betriebshaftpflichtversicherung abzuschließen und eine entsprechende Versicherungsbestätigung ist dem Angebot beigelegt?

- ☐ Keine Angabe  
☐ Ja  
☐ Nein

Nur eine Antwort wählbar

**3****KMU**

Gewichtung: 0,00%

**3.1****Kleines oder mittleres Unternehmen [Mussangabe]**

K.O.-Kriterium: Nein

Bitte geben Sie Ihre Unternehmensgröße an.

Die Einordnung bezieht sich auf die Definition des Statistischen Bundesamt.

Es gelten folgende Grenzen:

Kleinstunternehmen bis 9 tätige Personen und bis 2 Mio. EUR Jahresumsatz

Kleines Unternehmen bis 49 tätige Personen und bis 10 Mio. EUR Jahresumsatz

Mittleres Unternehmen bis 249 tätige Personen und bis 50 Mio. EUR Jahresumsatz

Großunternehmen über 249 tätige Personen oder über 50 Mio. EUR Jahresumsatz

(Bietergemeinschaften gelten nur dann als KMU, wenn der überwiegende Teil des Auftrags von (einem) Partner(n) der Bietergemeinschaft erbracht wird, der/die als KMU einzustufen ist/sind.)

Ich bin/Wir sind ein \_\_\_\_\_.

- ☐ Keine Angabe (0)  
☐ Kleinstunternehmen (0)  
☐ Kleines Unternehmen (0)  
☐ Mittleres Unternehmen (0)  
☐ Großunternehmen (0)

Nur eine Antwort wählbar

## LEISTUNGSKRITERIEN

Typ	Dateiname	Größe	MIME-Type
Dateianlage	00-1_Deckblatt.pdf	805,85 KB	pdf
Dateianlage	00-2_Unterlagenverzeichnis.pdf	68,53 KB	pdf
Dateianlage	00-3_Anlagenverzeichnis.pdf	192,20 KB	pdf
Dateianlage	Leistungsverzeichnis.pdf	698,27 KB	pdf
Dateianlage	Leistungsverzeichnis.X83	362,99 KB	xml
Dateianlage	4_Anlagen.zip	24,12 MB	zip